

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.  
 Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 Beträgt für die hochgehaltene Koloniale oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengehabe und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Wort unter 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Sonntag, den 9. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

## Die Berufszählung.

Zwölf Jahre werden am 12. Juni 1907 fast auf den Tag verfloßen sein, seitdem — am 14. Juni 1895 — die letzte Berufs- und Gewerbezahlung im Deutschen Reich stattgefunden hat. Zwischen den beiden vorangegangenen Zählungen vom 5. Juni 1882 und 14. Juni 1895 waren dreizehn Jahre verstrichen. Bei der raschen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse dürften die letzten zwölf Jahre stärkere Veränderungen in der beruflichen Gliederung der Bevölkerung des Deutschen Reiches herbeigeführt haben, als die dem 14. Juni 1895 vorangegangenen dreizehn Jahre. Daß die Berufszählungen, die jetzt besser als Berufs- und Betriebszählung bezeichnet wurden, außerordentlich wichtige Erhebungen sind, weiß jeder, der die ununterbrochenen Verschiebungen in der Berufsgliederung kennt. Zwischen zwei Berufszählungen finden heute viel stärkere Veränderungen wirtschaftlicher Natur statt als in der vorkapitalistischen Produktionsweise während ganzer Jahrhunderte. Zur Feststellung der sozialen und wirtschaftlichen Zustände bildet die Berufs- und Betriebszählung eine wichtige Grundlage, ja die unentbehrliche Voraussetzung; denn sie zeigt uns den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung, die Verdrängung der Hand- durch Maschinenarbeit, das Vordringen der Frauen- und Kinderarbeit, die Entwicklung der Groß- und Kleinbetriebe und die hierdurch bewirkte Beeinflussung der Mittel-, Klein- und Alleinbetriebe, das Verhältnis der Fabrik zum Handwerk und zur Hausindustrie, die Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeiter, die Geschlechts- und Altersverteilung in den verschiedenen Erwerbsgruppen, das Aufstehen neuer Industrien, das Verhältnis der Unternehmerrzahl zur Anzahl der kaufmännischen und technischen Angestellten sowie zum Kreise der Lohnarbeiter, der Ausläufer von Nebenberufen zu denen der Hauptberufe, die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe und ihren Anteil an dem Gesamtareal des Reiches und der einzelnen Bundesstaaten. Schon diese Beispiele beweisen, von welcher großen Bedeutung für die Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Zustände eine gründliche und umfassende Berufs- und Betriebszählung werden kann.

Man hat viel zu lange gezögert; schon längst hätte die Zählung der deutschen Bevölkerung nach Berufen vorgenommen werden sollen. Unzweifelhaft sind die Veränderungen im sozialen Aufbau unserer Bevölkerung weit erheblicher und gehen rascher vor sich, als die Wandlungen, die durch unsere Volkszählungen festgestellt werden. Dennoch nimmt das Deutsche Reich in regelmäßigen, durch ein Gesetz festgelegten fünfjährigen Zwischenräumen Volkszählungen vor, während die Berufszählungen in viel längeren Abständen erfolgen, und zwar immer erst auf Grund von Spezialgesetzen, die keinerlei Garantie für die regelmäßige Wiederholung bieten. Schaffen die Volkszählungen durch ihr, wenn auch nicht vollkommenes, Zusammenfallen in den meisten Kulturstaaten die Möglichkeit internationaler Vergleiche, so fehlen diese Möglichkeiten für die Ergebnisse der Berufszählungen fast gänzlich; obgleich es keines Zweifels bedarf, daß die Vergleichung der volkswirtschaftlichen Ergebnisse der Berufszählungen nicht bloß von Bedeutung für die Wissenschaft, sondern auch in sicherlich gleichem Maße für die praktische Volkswirtschaft, für die Gesetzgebung, den Handelsverkehr usw. wäre.

Meist wie ein Jahrzehnt haben wir mit den am 14. Juni 1895 erhobenen Zahlen arbeiten müssen, obwohl bei der außerordentlich raschen Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse diese Angaben und Verhältniszahlen bis zur völligen Unbrauchbarkeit veraltet waren. Sie boten ein verzerrtes und falsches, vielfach irreführendes Bild unserer Verhältnisse. Das Deutsche Reich spart häufig an unrichtiger Stelle. Es schließt dringliche Aufgaben hinaus, weil die Lasten für Arme und Marine, für Kolonien und desgl. den Etat vollständig in Unordnung gebracht haben. Während jeder Abstrich an den Heeresforderungen und Schiffsbauten als eine Vorbereitung zum Hoch- und Landesverrat angesehen wird, entschließt man sich leicht den Herzens bis zur Niedrigkeit sparsam zu sein, wo, wie bei der Berufs- und Betriebszählung, wichtige Verpflichtungen der Reichsverwaltung vorliegen und die Voraussetzungen für die wirtschaftliche und sozialpolitische Gesetzgebung geschaffen werden.

Vor uns liegt ein vom März 1904 datierter amtlicher Entwurf für die Berufs- und Betriebszählungen am 7. Juni 1905, und doch findet die Erhebung erst nach mehr als zwei weiteren Jahren statt. Damit ist auch die Hoffnung wieder vermindert, daß in wenigstens regelmäßig zehn-jährigen Zwischenräumen diese Zählungen vorgenommen werden. Diese Verschiebung ist umso bedauerlicher, als zwischen Zählungstag und Abschluß der Verarbeitung und Veröffentlichung der Resultate eine sehr lange, den Wert der Ergebnisse stark vermindern Zeit verfließen wird. Erst im Jahre 1910 werden wir die vom Reichsstatistischen Amt bekanntgegebenen Ergebnisse ganz kennen, 2 1/2 Jahre rechnet es für die Verarbeitung des Materials. Was mögen diese Jahre unserer Volkswirtschaft bringen? Wahrscheinlich eine schwere Wirtschaftskrise, sicherlich tiefgreifende Verschiebungen der Verhältnisse in der Industrie, vermutlich auch manche Trübs-

bildungen. Unzweifelhaft wird man die deutsche Volkswirtschaft von 1910 nicht mehr nach den Ergebnissen einer Zählung vom Juni 1907 beurteilen dürfen; und wenn man das notgedrungen tun wird, erhält man ein verzerrtes Bild.

Den Laien versucht man weiszumachen, daß man das gewaltige Material nicht rascher aufarbeiten kann. Man erzählt, daß 350 Personen zur Bearbeitung der Zählungsergebnisse neu angestellt wurden, als ob man nicht ebensogut auch 1000 oder 1200 Personen hierzu anstellen könnte, um im dritten oder vierten Teile der Zeit das Material aufzuarbeiten. Sparsamkeitsrücksichten, mangelnder Unternehmungsgest, bürokratischer Sinn, Verschmähen der technischen und maschinellen Mittel, die in der Statistik anderer Länder angewendet werden, vornehmlich der schweizerischen Erfahrungen, wo der Fragebogen in sinnreicher Weise mit der Zählkarte kombiniert worden ist, verursachen diese Verzögerungen. Man braucht nur auf die letzte Volkszählung in — Indien hinzuweisen, um zu zeigen, daß man selbst die größten statistischen Erhebungen bei gutem Willen und zielbewusster Energie überaus rasch und tadellos ausführen kann. Am 1. März 1901 wurde in Britisch-Indien, einem Lande, das größer ist als Europa ohne das Russische Reich, eine Bevölkerung von 294 361 056 Köpfen, fast fünfmal mehr als die des Deutschen Reiches, unter den schwierigsten Verhältnissen und in der einfachsten Weise gezählt. In 147 Sprachen wurde gefragt, 2378 verschiedene Kasten und Stämme festgestellt und die Bevölkerungslage nach den verschiedenen Richtungen aufgenommen; und doch waren schon 1 Jahr nach der Volkszählung außer dem in zwei Teile zerfallenden Generalbericht 60 Foliohände mit Volkszählungsergebnissen und Tabellenwerken veröffentlicht, und ferner eine Anzahl weiterer Bände von Sonderausweisen, die nur für den Gebrauch der Verwaltungen in Indien herausgegeben wurden.

Man würde übrigens gewaltig fehlgehen, wollte man annehmen, daß bei uns die Veröffentlichung der in so langwieriger Arbeit fertiggestellten Resultate berechtigten Wünschen entspricht. Sind die Resultate gefunden, so sucht man bei der Veröffentlichung zu sparen. Zahlreiche Gewerbe zieht man in Gruppen zusammen, so daß man vielfach außerstande ist, die Zahlen für die einzelnen Berufe zu finden und sie mit den Ergebnissen der früheren Zählungen in Vergleich zu stellen.

Man hat die Erhebungen von 1882 und 1895 in der wissenschaftlichen Literatur kritisiert. Wir verweisen nur auf Georg v. Mayr, Ernst Hoffe, Karl Bücher, Schöbel, Silbergleit, Rauchberg usw. sowie auf die trefflichen Bemerkungen Bruno Schoenlank bei der Beratung des Gesetzes, auf Grund dessen die Berufszählung vom 14. Juni 1895 vorgenommen wurde. In mancher Hinsicht sind die Fragebogen nun verbessert worden, wenn auch viele beachtenswerte Vorschläge unberücksichtigt blieben. Die stark angefeindete Frage der Ermittlung der Hausindustrie: „Arbeiten Sie zu Hause für fremde Rechnung?“ ließ man z. B. endlich fallen. Wir fürchten aber, daß die neue Fragestellung von den Hausindustriellen auch nicht erfahrt werden wird. Sie heißt jetzt:

„Arbeiten Sie in Ihrer eigenen Wohnung (oder in eigener oder selbst gemieteter Werkstätte; für einen oder mehrere andere (fremde) Meister, Fabrikanten, Kaufleute oder sonstige Unternehmer als Hausgewerbetreibender? (Ja oder nein!) ... oder als Heimarbeiter? (Ja oder nein!) ...“

Wir möchten die Bitte eingehen, daß unter den auf den Universitäten herangebildeten Nationalökonomien ein erheblicher Bruchteil den Unterschied zwischen Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern nicht karmachen kann. Werden die Gemeindebehörden, die freiwilligen Zähler die Verantwortung dieser Frage auf ihre Richtigkeit prüfen oder dem Ausfüller des Fragebogens mit zweckdienlichen Ratschlägen dienen können? Sicherlich nicht. Rechtswidrigerweise behandeln die „Erläuterungen zum Gewerbeformular“ (Drucksache I) zwar die Frage, aber nicht den Unterschied von „Hausgewerbetreibenden“ und „Heimarbeiter“.

Keine Partei hat mehr wie die Sozialdemokratie den Tiefstand und die Lücken unserer Wirtschafts- und Sozialstatistik beklagt. In der Vorrede zum ersten Bande des „Kapital“ heißt es:

„Im Vergleich zur englischen ist die soziale Statistik Deutschlands und des übrigen kontinentalen Westeuropas elend. Dennoch läßt sich der Schleier gerade genug, um hinter denselben ein Nebenamt ahnen zu lassen. Wir würden vor unseren eigenen Zuständen erschrecken, wenn unsere Regierungen und Parlamente, wie in England, periodische Untersuchungskommissionen über die ökonomischen Verhältnisse bestellten, wenn diese Kommissionen mit derselben Machtvollkommenheit wie in England ausgerüstet würden, wenn es gelänge, zu diesem Behufe ebenso sachverständige, unparteiische und eidschwurlose Männer zu finden, wie die Fabrikinspektoren Englands sind, seine ärztlichen Verichterlatter über „Public Health“ (öffentliche Gesundheitspflege), seine Untersuchungskommissionäre über die Exploitation (Ausbeutung) der Weiber und Kinder, über Wohnungs- und Nahrungszustände usw.“

Im nächsten Monat, am 25. Juli, werden es 50 Jahre, daß Karl Marx diese inhaltsschweren Worte niederschrieb. Wohl ist inzwischen auch das deutsche Wirtschaftsgebiet zu einer klassischen Stätte der kapitalistischen Produktionsweise geworden; aber es ist uns noch immer leichter, auf Grund amtlichen englischen und amerikanischen Materials die kapitalistische Produktionsweise und die Lage des modernen Industrie-

und Ackerbauarbeiters darzustellen als auf Grund der amtlichen deutschen Statistik.

Diese Erwägungen allein schon müssen uns veranlassen, mit allem Eifer an der Verbesserung der sozialen Statistik mitzuwirken. Wie viel Sinn und Verständnis die deutschen Arbeiter hierfür haben, weiß jeder Kenner unserer gewerkschaftlichen Statistik, die trotz vieler Verbesserungen, die wir ihr wünschen, heute schon Bedeutungsvolles leistet und alljährlich Beweise des lebhaften Interesses und Verständnisses für die soziale Statistik bietet. Die statistischen Veröffentlichungen der Gewerkschaften beweisen aber auch die Notwendigkeit des klaren Einblicks in die sozialen Zustände für die kämpfende Arbeiterklasse. Die Berufs- und Betriebsstatistik bietet etwas, was keine private statistische Arbeit, keine Untersuchung der Gewerkschaft schaffen kann: den Einblick in die volkswirtschaftliche Entwicklung, in die Raschheit ihres Ganges, in das Verhältnis der Selbständigen zu den Abhängigen, der Kapitalisten zu den Proletariern, in die Jurisdiktion des Agrarstaates und das Vordringen des Industrieaates, in die Entwicklung der Maschinenanwendung in Industrie und Landwirtschaft, in die Verteilung des Grundbesitzes nach Größenklassen usw. Viele Irrtümer werden die neuen Zahlen verheißend, viele Aufklärungen werden sie bringen können — mannigfaltige Anregungen zu weiterer wissenschaftlicher und praktischer Arbeit. Demnach ist der Tag, an dem nach langem Jähren endlich die so lange schon notwendige Berufs- und Betriebszählung vorgenommen wird, ein bedeutungsvolles Datum für die soziale Erkenntnis. Deshalb fordern wir die Arbeiter auf, die Berufs- und Betriebszählung als eine wichtige und bedeutungsvolle Angelegenheit zu behandeln und mit Ernst, Ueberzeugung und Genauigkeit die Fragebogen auszufüllen. Die Arbeiter wissen, daß niemand weniger als sie die Aufklärung über unsere sozialen Zustände zu fürchten haben, daß sie aus der Erkenntnis des Ganges der wirtschaftlichen Entwicklung nur Nutzen ziehen können und daß es deshalb in ihrem eigenen Interesse liegt, das Gelingen der Erhebung zu fördern.

## Die Landtagsession.

Die Landtagsession, die vorläufig der laufenden Gesetzgebungsperiode, ist geschlossen, die Männer des Dreiklassenparlaments, die von Geldsack und Junkers Gnaden berufen sind, die Geschicke des preussischen Volkes zu leiten, sowie die gebornen Gesetzgeber, die von Zeit zu Zeit im Herrenhause ihre Stimmen erschallen lassen, können sich wieder ihren Privatgeschäften widmen. Allzu schwer haben sie es sich in der verfloßenen Session nicht gemacht; nur etwa 70 Sitzungen haben in den fünf Monaten stattgefunden, also durchschnittlich noch nicht einmal an jedem zweiten Tag eine Sitzung, und positive Arbeit ist so gut wie nicht geleistet worden. An Anfruchtbarkeit übertrifft diese Tagung sogar noch die vorausgegangenen.

Und doch wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wollte man der Landtagsession jede Bedeutung absprechen. Nur darf man sie nicht beurteilen nach den Vorgängen, die sich in der Öffentlichkeit abgespielt haben, sondern nach dem, was hinter den Kulissen vor sich ging, man muß sie betrachten im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Lage im Reich und in Preußen.

Als die Session im Januar eröffnet wurde, tobte der Reichstagswahlkampf. Der Reichskanzler Fürst Bülow, der gleichzeitig preussischer Ministerpräsident ist, war in höchst eigener Person in die Arena hinabgestiegen, um die Konservativen und Liberalen zum gemeinsamen Kampf gegen Zentrum und Sozialdemokratie aufzurufen. Daraus ergab sich für die preussische „Volksvertretung“ eine recht heisse Situation. Im preussischen Abgeordnetenhaus herrscht seit Jahren eine konservativ-merikale Mehrheit, die jede freiheitliche Bewegung im Keime erstirbt und die die Liberalen, namentlich das Häuflein Freisinniger bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Spott und Hohn überhäuft. Dasselbe Zentrum, das im Reich von den Konservativen bekämpft wurde, ging im Landtag Arm in Arm mit diesen, und dieselben Freisinnigen, denen die Konservativen im Reich huldvollst geflattert hatten, ihnen die Steigbügel zu halten, bildeten im Landtag den äußersten Flügel der Opposition gegen die Scharfmahrgelüste der Konservativen und die Verfassungsbekämpfungen der Herren vom Zentrum. Was war da zu machen? Entweder die Konservativen paarten sich auch im Abgeordnetenhaus mit den Liberalen, um durch diese wider-natürliche Paarung die preussische Gesetzgebung zu beeinflussen, oder aber sie blieben jeder für sich und betrafen die Gegenseite. Man wählte das letztere, man kam dahin überein, bei der Etatsdebatte, bei der sonst immer die Gegensätze aufeinanderplakten, alle politischen Fragen auszuscheiden, und ging bereits am vierten Tage nach der Eröffnung des Landtags in die Ferien, um erst einen Monat später, nach Beendigung des Reichstagswahlkampfes, wieder zusammenzukommen.

Der zweite Abschnitt der Session lieferte den Beweis dafür, wie wenig die Regierung geneigt ist, den Liberalen auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen und wie sie in Preußen nach wie vor im konservativ-merikalen Geiste zu regieren sich bemüht. Das zeigte sich besonders auf dem Gebiete der Schulpolitik. Die Nationalliberalen, die noch im Jahre vorher alles eingesetzt hatten, um das Volksschulgesetz mit seiner Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden und seinen Zugeständnissen an die Frömmeler und Dunkelmänner zustande zu bringen, hatten die Verpöndung des Fürsten Bülow ernst genommen und verlangten den Lohn für ihre Liebedienste, die sie der Regierung geleistet

haben. Sie forderten gebieterisch die Entlassung des ihnen verhassten Kultusministers v. Studt; sie vergaßen aber, daß gerade sie es gewesen sind, die seine Stellung besetzt hatten. So sanken dann die hochpolitischen und denkwürdigen Debatten anlässlich der Interpellation über den Bremerfall und später anlässlich der Anträge auf Einführung der sachmännlichen Schulaufsicht zur Farce herab. Wohl hielten die Mannen um Friedberg, denen unerwartet auch noch von dem edlen Octavio v. Jedlich Hilfe wurde, von Liberalismus übertriebenes Reden, und wenn Worte töten könnten, gähnte Herr v. Studt längst nicht mehr zu den Lebenden. Aber nicht das System Studt, sondern die Person Studt war es, der der Kampf galt, und das System wird weiter seine Organe feiern, gleichviel ob Herr v. Studt vor Beginn der nächsten Session einem anderen seinen Platz räumt oder ob er auch dann noch die Geschäfte seines Ressorts führt. Die Konservativen verbitten sich die liberale Paarung in den Fragen des Volksschulwesens; hier feiert noch wie vor das konservativ-merikale Kartell Organe.

Auch sonst war von irgendwelchen Konzeptionen an den Liberalismus in der ganzen Session nicht die Rede, und allmählich scheint sogar den Freisinnigen ein Licht darüber aufzugehen, daß sie die blamierten Europeer sind und daß sie sich in eine unwürdige Rolle haben hineinlocken lassen. Anders ist der Sämmerzentschei der „Freien Deutschen Presse“ über das Verhalten des Finanzministers nicht zu verstehen, der in den letzten Tagen in der Frage der Teuerungszulagen für die mittleren Beamten, ohne sich an die Freisinnigen und die Nationalliberalen zu wenden, mit dem Zentrum und den Konservativen ein Kompromiß abgeschlossen hatte. An und für sich ist die Sache ja belanglos, aber in Verbindung mit den sonstigen Vorgängen trägt sie mit bei zur Charakterisierung der preussischen Politik. Es ist natürlich ein Unsinn, wenn freisinnige Redner und freisinnige Blätter den Anschein erwecken wollen, als bestähe zwischen Rheinbaben und Wilow ein Gegensatz. Rein, Wilow als preussischer Ministerpräsident und Vorgesetzter des Finanzministers ist mit dessen Vorgehen einverstanden, er hält es nur nicht für nötig, selbst im Parlament zu erscheinen als lebendiges Zeugnis des Widerspruchs zwischen den Worten und den Taten der Regierung.

Und die Freisinnigen haben es doch wahrlich verdient, daß man sie etwas weniger betätigt behandelt; sie haben sich alle Mühe gegeben, den Konservativen zu Willen zu sein. Haben sie doch sogar auf die Veranlassung ihres Wahlrechtsantrags verzichtet! Die offiziösen Freisinnorgane stellen es so dar, als ob es tatsächlich nicht klug sei, wenn die Abgeordneten bereits den Reichslocher in der Hand haben, einen so wichtigen Antrag zu erörtern. Wir können diese Entschuldigung nicht gelten lassen. In einer prinzipiellen Frage von solcher Bedeutung darf man keinerlei Rücksichten nehmen. Und außerdem! Was denn in der ganzen langen Session keine Gelegenheit, die Wahlrechtsfrage anzuschneiden? Hätten die Freisinnigen den ersten Willen gehabt, hätten sie nicht gescheitert, es mit ihren konservativen Bundesgenossen zu verderben, dann hätten sie die Verprechung der Wahlrechtsfrage herbeiführen können.

Die positiven Leistungen des Landtags lassen sich an den fünf Fingern einer Hand abzählen. Verabschiedet wurde neben dem Etat und einer Reihe lokaler Gesetze die Novelle zum Vergesetz, die das Muten und Verleihen nach verschiedenen Richtungen hin abändert und insbesondere die Gewinnung der Steinkohle und der Salze fortwährend dem Staate vorbehält, die Sekundärbahnvorlage, der Nachtragsetat, der die Forderungen für die Teuerungszulagen enthält, das Wanderarbeitsstättenengesetz, die Novelle zum Einkommensteuergesetz mit den Schätzen für die Arbeiter und das Gesetz betr. die Bewilligung von Mitteln zum Bau von Wohnungen für Staatsarbeiter und gering bezahlte Beamte.

Getreu den Traditionen des preussischen Landtags ist auch diesmal wieder nichts für die arbeitende Klasse geschehen. Die fortgesetzt günstige Finanzlage des Staates, die die Chronikredner hervorhebt, kommt den Arbeitern nicht zugute. Vorteil davon haben einzig und allein die besitzenden Klassen. Auf dem Gebiete des Vergewalterschutzes, auf dem Gebiete der Gewerbeinspektion, auf dem Gebiete des Bauarbeitereschutzes, nirgends der geringste Fortschritt, überall ein Stillstand. Der preussische Staat, der als größter Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen müßte, ist sich seiner Pflichten auch nicht im entferntesten bewußt. Im Gegenteil, er sucht die Arbeiter und Beamten zu degradieren, er verbietet ihnen das Koalitionsrecht, er nimmt ihnen das Petitionsrecht, er schreibt ihnen sogar vor, welche Zeitungen sie lesen sollen. Und niemand erhebt seine Stimme, um gegen ein so unwürdiges Vorgehen Protest einzulegen.

So ist es seit Jahren gewesen und so wird es bleiben, so lange die Vertreter der Arbeiterklasse durch ein plutokratisches Wahlsystem vom Landtage fern gehalten sind. Hier Wandel zu schaffen, ist die Pflicht aller derer, denen die kulturelle Entwicklung Preußens am Herzen liegt, vor allem der Sozialdemokratie. Sie darf nicht eher ruhen, als bis auch der größte deutsche Bundesstaat eine Vertretung erhält, die kein Scheinparlament, sondern eine wirkliche Vertretung des preussischen Volkes ist.

## Die politische Situation in England.

London, 6. Juni. (Eig. Ber.)

Es gibt kein Land in der Welt, in dem die öffentliche Meinung einen so gewaltigen Einfluß auf Parlament und Regierung hat, wie in England. Ueberhaupt basiert die Demokratie Englands nicht auf einer geschriebenen Konstitution, sie beruht im Volksweien, in der Tradition, in den Gewohnheiten des Volkes. Damit wollen wir durchaus nicht sagen, daß das englische Volk etwa in einem Eden lebt, in dem es keine Unterdrückung gibt. Ein Vergleich mit Deutschland aber fällt doch gar zu sehr zugunsten Englands aus, obwohl ja auch hier der Kapitalismus herrscht und schließlich so die Demokratie immer auf halbem Wege stehen bleibt. Dafür sorgt schon — von allem anderen abgesehen — das reaktionäre Oberhaus, ohne dessen Zustimmung ja noch immer kein Gesetz zustande kommen kann. Auf wie festen Füßen indeß die englische Konstitution bei alledem steht, das kann man daran erkennen, wenn man weiß, daß es in der Nacht des Unterhauses liegt, das Oberhaus abzuschaffen! Ein wirklich demokratisches Unterhaus ist also imstande, das „House of Lords“ mundtot zu machen!

Wir haben diese einleitenden Darlegungen für nötig gehalten, weil es so erst möglich ist, die augenblickliche politische Situation zu verstehen: England besitzt momentan eine liberale Regierung. Aber trotzdem diese kaum zwei Jahre besteht, hat das Oberhaus bereits drei Vorlagen vernichtet! Die Regierung eröffnete denn auch die diesjährige Tagung mit der Erklärung: Die konstitutionellen Einrichtungen bedürften der Revision. Die Frage ist jedoch die: Welcher Art wird diese Revision sein? Alles deutet darauf hin, daß jener Alarmruf schließlich doch wieder in einer Schaumblase zerplatzt; denn es liegt in der Natur der Sache, daß der Liberalismus die Macht der Lords nicht brechen wird, da diese ja doch auf dem Boden der

heutigen Gesellschaftsordnung stehen und eine Beschneidung der Macht der Lords — ganz abgesehen von einer vollständigen Beseitigung des Oberhauses — die kapitalistische „Ordnung“ ins Wanken bringen könnte. Bis jetzt weiß man über die Absichten der Regierung nur eins: Sie hat den Kampf mit den Lords um ein Jahr verschoben. Alles, was in diesem Jahre in dieser Beziehung geschehen wird, ist eine Herausforderung einer theoretischen Debatte über „die jetzigen konstitutionellen Zustände“.

Gestern hat der Premierminister eine Erklärung darüber abgegeben, inwieweit die liberale Regierung gelassen ist, in diesem Jahre liberale Reformen durchzuführen. Die Regierung mußte eingestehen, daß von den „großen Reformen“, mit denen sie am Anfang des Jahres in die Arena trat, wenig übrig bleibt. So in erster Linie von der Reform des Erziehungswesens und der Regelung der irischen Frage. Letztere ist — wie vorausgesehen war — überhaupt aus dem Programm gestrichen, während die Schulfrage „vertagt“ wurde! Auch die Wohnungsfrage, an deren Regelung das arbeitende Volk ein so großes Interesse hat, ist „vertagt“ worden. Ueber den gesetzlichen Arbeitstundentag für Bergarbeiter ist die Regierung noch im Zweifel: sie weiß nicht, was sie damit anfangen soll. Immerhin bleiben in Regierungsprogramm noch einige ganz gute und tiefgreifende Reformvorschlüsse übrig, und man kann deshalb gespannt darauf sein, inwieweit es gelingen wird, wenigstens die zum Gesetz zu erheben. Die wichtigsten dieser Gesetzentwürfe sind: Eine Agrargesetzgebung und ein Verurteilungstribunal für Kriminalstrafen.

Die Agrargesetzgebungsvorschläge zerfallen in drei Teile, d. h.: England, Schottland und Irland sollen je eine separate Gesetzgebung erhalten. Der Gesetzentwurf für England, der vorige Woche in erster Lesung einstimmig angenommen wurde, ist der weitestgehende. Er will der immer mehr umfänglichen Entvölkerung auf dem flachen Lande einen Damm setzen. Um dies bewerkstelligen zu können, soll den Grafschaftsräten die Macht erteilt werden, Land anzukaufen (im Notfall zwangsweise), welches an die Landbevölkerung billig verpachtet werden soll. Das von den Grafschaftsräten erworbene Land bleibt unter der Kontrolle derselben. Weiter verlangt der Entwurf ein unter Kontrolle des Ackerbauministeriums stehendes Kommissariat, welches die einleitenden Schritte zur Erwerbung von Land zu unternehmen hat. Es ist verpflichtet, das flache Land zu bereiten und den Grafschaftsräten betreffs Erwerbung der geeigneten Ländereien Vorschläge zu machen. Ueberall da, wo die Grafschaftsräte sich weigern, Land zu erwerben, übernimmt das Kommissariat die Stelle jener und bringt es das Gesetz zur Anwendung. Um eine Ueberbürdung der neuen Pächter zu verhindern, soll das Ackerbauministerium die ersten Kosten der Instandsetzung übernehmen, zu welchem Zweck ihm fürs erste Jahr ein Fonds von zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt wird. Die Räte können Kredite aufnehmen, welche innerhalb 80 Jahren zu amortisieren sind. Ferner will der Entwurf den kleinen Pächtern dadurch zu Hilfe kommen, daß er das System von Kreditbanken und landwirtschaftlichen Genossenschaften fördert.

Auch der Entwurf betr. das Verurteilungstribunal für Kriminalstrafen ist natürlich von höchster Bedeutung. Seine wichtigsten Bestimmungen sind: 1. Abolutes Appellationsrecht bei allen strittigen Fragen, die das Gesetz betreffen. 2. Abolutes Appellationsrecht über die Frage der Strafbemessung. 3. Ein Recht der Appellation kann auch nachgesucht werden über die Fragen des Tatbestandes, dieses kann nur gewährt werden, wenn das Verurteilungstribunal sich von der Notwendigkeit einer Appellation überzeugen kann. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieser letzte Entwurf vom Oberhaus angenommen wird. Was dieses Parlament dagegen mit den Agrarvorschlägen tun wird, das ist schwer zu sagen. . . .

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. Juni 1907.

### Sessionschluss im Landtag.

Die „Edelen und Erläuteten“ und die „Geehrten Herren“ des preussischen Landtages beendeten heute ihre diesjährige Tagung. Die letzten Sitzungen boten in beiden Häusern nichts Bemerkenswertes mehr. Im Abgeordnetenhaus führte die Mehrheit, konservative und merikale, noch einmal das alte, die ganze Session hindurch ständig geübte Schauspiel auf, die Freisinnigen an die Wand zu drücken: Sie beschloßen, über eine Petition des Magistrats von Berlin auf Veranziehung der in Berlin erwerbstätigen, aber in den Vororten wohnenden Personen zur Tagesordnung überzugehen, nachdem ein Regierungvertreter und der konservative Malermeister Hammer weiblich auf den „Wasserkopf“ geschimpft hatten und den Freisinnigen das Wort zur Erwidmung abgeschnitten worden war! Die übrigen Petitionen wurden meist ohne Debatte in den Papierkorb der Regierung befördert, und die Anträge, die noch zu Debatten hätten führen können, ließ man einfach unter den Tisch fallen.

Das Herrenhaus ward noch rascher fertig. Es nahm so ziemlich sämtliche Gesetzesvorlagen, die den Landtag nach Pfingsten noch beschäftigt haben — selbst das ihm so wertvolle Jagdgesetz — nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhaus an, ohne daß in der einleitenden Sitzung auch nur ein einziges Mitglied aus dem Hause das Wort zur Sache ergriffen hatte. — Staatssekretär Graf Rosadomski, der heute zum ersten Male im Kreise der geborenen Gesekhaber weilen durfte, machte ein höchst verduhtes Gesicht zu diesem herrenhauslerischen Befähigungsnachweis zur „Gesetzgebung“.

Um 3 Uhr fand die gemeinsame Schlusssitzung statt. Unter den üblichen Kaiserhohs wurde die Session geschlossen. Sie ist — erfreulicherweise — ganz unfruchtbar gewesen. Außer der Vergesetznovelle ist nicht ein einziges Gesetz von größerem Umfange oder bleibendem Werte geschaffen worden, und die Wahlrechtsfrage hat man dank der Freisinnigen mit keinem Worte erwähnt. —

### Kamarilla oder Clique?

Eine gewisse Presse setzt ihre Bemühungen fort, den Einfältigen im Geiste zu beweisen, daß am preussischen Hofe weder jemals eine Kamarilla existiert hat, noch insolge der hohen geistigen und sittlichen Qualitäten der preussischen Monarchen zu existieren vermag. Die „Militär-polit. Korrespondenz“ bestreitet auf Grund einer ihr „von einer hochstehenden Persönlichkeit“ gegebenen „Aufklärung“ auf das entschiedenste, daß eine Kamarilla am kaiserlichen Hofe bestanden hat. Die persönlichen Bestrebungen einer gewissen, bisher vom Kaiser gefällig wohlgeleiteten Koterie als eine Art von Nebenregierung anzusprechen,

sei grundfalsch. Das Recht der unverbindlichen Aussprache mit einer ihnen sympathischen Umgebung könne den Fürsten nicht bestritten werden. Ein Einfluß aber auf Staatsentscheidungen seitens der jetzt vom Hofe entfernten Diplomaten und Offiziere habe niemals bestanden usw.

Hinterher gesteht jedoch in seiner Darstellung des Intrigenspiels Eulenburg kontra Wilow die „Militär-polit. Korresp.“ selbst zu, daß noch im vorigen Jahre eine Kamarilla am Hofe bestanden hat, wenn es auch das Wort „Kamarilla“ selbst sorgfältig vermeidet und die Eulenburgsche Tafelrunde mit der Bezeichnung „Clique“ belegt. Es schreibt nämlich über die vorjährigen Bestrebungen, den Fürsten Wilow zu stürzen:

Nichtig ist dagegen, daß im Herbst vorigen Jahres eine Anzahl von dem Fürsten v. Wilow zum Teil persönlich feindlichen Amateuropolitikern den Zeitpunkt zu einem Vorstoß gegen ihn gekommen hielt. Man glaubte, der Reichsanzler sei ein wirklich starker Mann, und traute ihm nicht die Kraft zu, das nach nicht ganz vereinzeltem Urteil etwas ins Treiben gekommene Staatsschiff wieder in festen Kurs zu bringen. Bezeichnend für die Bestrebungen jener Tage ist das damals viel geäußerte Wort, „der neue Reichsanzler müsse die Qualifikation zum Generaladjutanten haben“, womit man eine Persönlichkeit bezeichnen wollte, die dem Kaiser genehm und zugleich scharf durchgreifend sein sollte. So entstand der Gedanke, den Chef des Generalstabes der Armee, General der Infanterie Hellmut v. Rolke, vorzuschicken und seine Ernennung zum Reichsanzler mit den kleinen und ungeschulten Mitteln vorzubereiten, über die Eulenburg, Kuno Rolke und Konstantin allein verfügten. Dem General v. Rolke selbst war von diesen Plänen nichts bekannt. Der gerade und aufrechte Soldat, der sicherlich niemals politische Aspirationen gehegt hat, wurde auch, anscheinend absichtlich, im Dunkeln über die geheimen Gedanken jener Clique gelassen. An der Möglichkeit des Gelingen kann füglich gezweifelt werden. Ehe aber dieser Plan überhaupt an der entscheidenden Stelle vorgebracht werden konnte, hatte die aus fürsorglichen Parlamentskreisen stammende Veröffentlichung im „Berliner Tageblatt“, in der die Kandidatur Rolkes besprochen war, als Gegenmine eingeschickt, und es wurde damit erfolgreich der Intrige ein Ende gemacht.

Ferner versichert noch die betreffende Korrespondenz, daß aber nicht diese Zettlungen den Anlaß geboten hätten, die Eulenburgschen Vertrauten vom Hofe zu entfernen, sondern lediglich Gründe zum Teil delikater, jedenfalls persönlicher Natur“. Infolge seiner eigenartigen Begriffe von Königstreue und politischem Anstand merkt weder das Blatt, noch ihr „hochstehender“ Informator, welche Herabsetzung des Hofes und der sogenannten maßgebenden Regionen in der Verführung liegt, daß nicht die Aufdeckung des Intrigenspiels, des Versuches, in hinterlistiger Weise in die Regierungsgeschäfte einzugreifen, die Entfernung der an der Tafelrunde Beteiligten bewirkt hat, sondern erst das Bekanntwerden von Verfehlungen „delikater“ Natur.

Wie die „Magdeb. Ntz.“ meldet, hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin II auf Antrag des Fürsten Bilibin zu Eulenburg die Erhebung der öffentlichen Anklage gegen den Schriftsteller Max. Sorden wegen schwerer öffentlicher Beleidigung des Fürsten beschlossen. Auf die Beschwerde des Grafen Kuno Rolke beim Justizminister ist dagegen noch kein Bescheid ergangen.

Wir wissen nicht, ob diese Meldung zutrifft, selbst wenn das der Fall sein sollte, ist damit nicht gesagt, daß der Prozeß zur Durchführung gelangt.

### Paris—Berlin.

Am Freitag interpellierte Pressens 6 in der Deputiertenkammer die Regierung mit Bezug auf die den französischen Delegierten für die Haager Konferenz zu erteilenden Instruktionen. Der Interpellant hielt eine ihrem Inhalt nach treffliche Rede, in der er Englands Initiative in Sachen der Rüstungs-Einschränkungen lobte und das ungeheure Aufschwollen der internationalen Heeresausgaben charakterisierte. „Ein Verbrechen würde es sein,“ — so führte er aus — „nicht auf günstige Ergebnisse der Haager Konferenz hinzuwirken. Die französische Demokratie würde es der französischen Regierung nicht verzeihen, wenn sie auf der Haager Konferenz eine Tripelallanz des „bewaffneten Friedens“ zuwege bringen würde.“

Der Radikalsozialist Hector Depasse unterstützte die Ausführungen Pressens; er sprach das interessante Wort: es käme eigentlich Deutschland zu, die Initiative zu ergreifen! Auch der Abgeordnete Jourlier plädierte für Einschränkung der Rüstungen.

Sodann ergriff Bichon, der Minister des Auswärtigen, das Wort. Er wies zunächst auf das Werk der ersten Friedenskonferenz in Haag hin, auf der die Signatarmächte sich in die moralische Notwendigkeit verfecht hätten, zu einem Schlichtungsgerichtsverfahren ihre Zuflucht zu nehmen unter Umständen, die es ihnen immer mehr und mehr schwierig machten, einem solchen Verfahren auszuweichen! Bichon machte darauf aufmerksam, daß diesmal 200 Mitglieder 47 Staaten vertreten würden, anstatt 25 auf der ersten Konferenz. Die Kommission — so fuhr er fort —, die am 26. November vorigen Jahres von Bourgeois eingeleitet sei, habe geprüft, unter welchen Umständen Frankreich die Initiative werde ergreifen können zur Lösung der Frage, Gewalt durch Recht, Krieg durch Frieden und den Geist der Eroberung durch den Geist der Freiheit zu ersetzen. Er glaube, daß die Schwierigkeiten, das Schlichtungsgerichtsverfahren obligatorisch zu machen, noch größer sein werden, als es bei der ersten Konferenz der Fall gewesen sei, weil die Zahl der diesmal an der Konferenz teilnehmenden Staaten größer sei. Es werde aber möglich sein, eine Art internationalen Friedensgerichtes zu schaffen, das die größten Dienste in der Richtung leisten könnte, daß mehr und mehr die Vermittlung an Stelle der Gewalt trete. Die Konferenz werde sich mit der Tragödie beschäftigen, und es sei unzweifelhaft, daß die Diplomatie nicht im Schlafputz der Finanzleute sein oder eine Politik befolgen könne, die darin bestehe, dem mehr oder weniger glücklichen Erfolg der Unternehmer, Bankiers usw. zu folgen. Frankreich habe von Anfang an erklärt, daß es, wenn die Frage der Einschränkung der Rüstungen aufgerollt würde, bereit sei, sie zu erörtern, ohne sich in dessen Illusionen über die praktischen Resultate hinzugeben.

Fast einstimmig nahm das Haus eine Tagesordnung an, in der die Erklärungen der Regierung gebilligt werden.

Am 30. April 1907 stand auf der Tagesordnung des deutschen Reichstages die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats (Reichsanzler und Reichsanzlei, auswärtige Politik). In dieser Sitzung ergriff auch Fürst von

Wilkow, des Deutschen Reiches Kanzler, das Wort. Er mußte anstandslos auch etwas über die Gaager Konferenz sagen; denn alle seine Vorredner (Hertling, Windler, Vassermann, Fürst v. Hatzfeldt, Biemer) hatten diese Frage berührt. Wenn man hört, wie Wilkow sich am Freitag zu dem wichtigen internationalen Problem äußerte, so kommt einem nachträglich der Mangel an großzügigem politischen Verständnis und an Verantwortlichkeitsgefühl im höheren Sinne des Begriffes noch einmal zum Bewußtsein — jener Mangel an Wilkows Rede vom 30. April, der auch von bürgerlichen Organen Deutschlands und des Auslandes scharf kritisiert wurde. Es ist verlockend, die markanteste Stelle aus jener Reichskanzlerrede in diesem Zusammenhang hier noch einmal zu zitieren:

„Deutschland kann nicht unter einem Druck gestellt werden, auch nicht unter einem moralischen... Es erschien mir richtiger, klüger und auch würdiger, fair play zu spielen und offen zu sagen: an einer, nach unserer Ueberzeugung wenn nicht bedenklichen, so doch unpraktischen Diskussion können wir uns nicht beteiligen...“  
Wie sehr doch die Ansichten über „Moralität“, „Richtigkeitsgefühl“, „Klugheit“ und — „Würde“ differieren, zumal wenn auf der einen Seite ein feines demokratisches Verantwortlichkeitsgefühl bewußter Mann, auf der anderen Seite ein Repräsentant absolutistischer Regierungsmagimen vom Schlage Bernhard v. Wilkows im Streit steht. —

#### Aus dem Zentrumslager.

Die Vorgänge im Reichstag während der bayerischen Landtagswahlen machen dem Zentrum zu schaffen. Es ist vorbei mit dem alten patriarchalischen System der Bevormundung der Massen. „Früher“, so heißt es in einem Artikel der „Königlichen Volkszeitung“, kannte man in Bayern keine eigentliche Organisation. Ein einziger Mann oder wenige Männer machten alles allein in dem Wahlkreis, man überließ ihnen gerne die Arbeit. Das geht jetzt nicht mehr, seitdem die Massen politisch reif geworden sind und an der Politik auch mit Recht bestimmend teilnehmen wollen. Das Zentrum mußte sich eine Organisation auf breiter demokratischer Grundlage geben. Solange die indirekten Wahlen stattfanden, funktionierte das patriarchalische System immer noch; denn wenn man sich über die Kandidaten nicht einigen konnte, dann überließ man die endgültige Entscheidung den Wahlmännern...“

Es ist gut, von einem Zentrumblatt selber zu hören, wie bislang das Zentrum die Rechte der Masse geachtet hat. Stimmt — als weiter nichts betrachtet das Zentrum sein Gefolge. Jetzt ist das nun durch die Schärfung des wirtschaftlichen Kampfes und durch die größere Regsamkeit des politischen Lebens anders geworden, wobei sich dann in Bayern für das Zentrum besondere Unlieblichkeiten einstellen. „Das Zentrum“, so schreibt nämlich das Kölner Zentrumblatt, „war nach den letzten Wahlen ohne im Glück; es ist klar, daß sich da gar manche Personen vor drängen, die früher nie zum Zentrum gehört haben und zum Zentrum gerechnet werden wollten; manche drängen sich jetzt vor, die früher, wo der Kampf heiß war, wohl zum Zentrum gehört haben, aber im Hintertreffen standen; und wieder andere gibt es, die den Kampf mitfochten und jetzt als Belohnung eine Auszeichnung verlangen. Dies Verhängnis zeigte sich, indem es in zahlreichen Wahlkreisen nicht zur glatten und getragenen Lösung der Kandidatenfrage kommen wollte.“

Auch für diesen Beitrag zur Kenntnis der Reichstags-Geschäfte-Politik kann man dem Kölner Zentrumblatte dankbar sein.

#### Politische Sittlichkeitsheuschrecke.

Die ehrliche „Deutsche Tageszeitung“ fühlt sich durch den von uns in der gestrigen Nummer wiedergegebenen Aufsatz der „Münchener Post“, der zur Mitteilung von Material über „das Verhalten des Dr. Karl Peters in Afrika und — nach seiner Rückkehr — in Berlin, namentlich über sein Treiben im Tiergartenviertel“ auffordert, in ihrem bekannten politischen Anstandsgefühl tief verletzt, denn nicht mit Unrecht fürchtet sie, daß manches Material zusammenkommen könnte, das nicht nur ihren Rationalheros, den großen Karl Peters, sondern auch seine Freunde, die so uneigennützig seine Rehabilitierung betreiben, arg blöstellten könnte. So schreibt denn dasselbe Blatt, dem es völlig unmöglich ist, den Kampf gegen die Sozialdemokratie sachtlich zu führen, daß mit spezieller Vorliebe Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die sozialdemokratischen Führer und angestellten kolportiert und die sauberen Erfindungen des Reichsverbandes weiter verbreitet, in hochkomischer Entzweiung:

„Was die „Münchener Post“ jetzt tut, das übersteigt aber doch noch die Handlungsweise des sozialdemokratischen Führers. So lange es sich um Anschuldigungen handelte, die sich auf angebliche Unmündigkeit des Dr. Peters bezogen, konnte die Sozialdemokratie wenn auch nicht für die Methoden ihres Vorgehens, so doch für diese Aktion an sich wenigstens noch einen Schein des Rechtes geltend machen. Die Aufforderung der „Münchener Post“ aber, dem Privatleben des Gegners, namentlich im Tiergartenviertel, nachzuspüren, und die eventuelle Ausbeute zur Ausnützung vor Gericht an die Sozialdemokratie abzuliefern, zeigt nicht nur, daß das bisher dem genannten Blatt zugegangene Material auf sehr schwachen Füßen stehen muß, sondern sie verrät vor allem einen derartigen Mangel an jedem Anstands-, Sittlichkeits- und Gerechtigkeitsgefühl, wie wir ihn im politischen Kampf — denn um politische Gegnerschaft handelt es sich — in Deutschland noch unterer Erinnerung denn doch bisher noch nicht erlebt haben.“

Indem es ohne weiteres unterstellt, daß die „Münchener Post“ auf jenem sittlichen Niveau stehe, das es selbst einnimmt, folgert allem Anschein nach das landübliche Blatt, daß der angelegte Redakteur unteres Münchener Parteiorgans beabsichtige, die Streitfrage von dem politischen auf das sexuelle Gebiet hinüber zu schieben. Das ist jedoch durchaus nicht der Fall; aber um zu zeigen, was die Aussagen und Behauptungen des Herrn Peters wert sind, was dieser „Rationalheros“ selbst wert ist und wie weit er berechtigt ist, den Vertreter des idealen Deutschland zu spielen, ist durchaus nötig, daß sein Treiben in Afrika wie in Berlin aufgefächert wird, selbst wenn der Gestalt den edlen Hintermännern der „Deutschen Tageszeitung“, „Post“ und anderen schönen Seelen eckig in die Nase stecken sollte. —

#### Ein russischer „Verschwörer“.

Einen Verbrecher hat die Berliner Polizei bei ihren glänzenden Aktion für den Jaren doch erwischt. Und schnell hat ihm die Strafe erteilt. Am Freitag fand er vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg, der russische Student Wjaser als Mörder. Bei der Hausdurchsuchung in den russischen Wohnhäusern war verhaftet worden. Das Verbrechen, dessen er sich schuldig gemacht hatte, bestand in der Führung eines falschen Namens und Pases. Anfanglich war er auch beschuldigt, einer verbotenen Verbindung angehört und Geheimhandeln getrieben zu haben. Aber schließlich wurde er nur wegen des erstgenannten Vergehens unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht erkannte auf zwanzig Mark Geldstrafe event. vier Tage Haft; die Strafe wurde durch die erstinstanzliche Untersuchungshaft als verbüßt erachtet.

oder will nach diesem Urteil noch Leugnen, daß Gefahr im Verzuge war und daß der deutsche Bürger allen Anlaß hat, die fürsorgliche Polizei zu preisen, die über ihn wacht und ihn vor russischen Anarchisten treulich behütet!

Wer wird dieser Polizei noch einen Vorwurf daraus machen, daß sie den Studenten Lebow, der freilich keinen falschen Pass aber doch der Spiegelfeile des Verbrechers Romanows war, den russischen Denker auslieferete? Sicherheit wird sich kein „Liberaler“ und kein „liberales“ Blatt darauf aufregen. Wie sie denn auch bisher ruhig weiter geschwiegen haben! Dem einen aus der Reihe tanzenden Berliner Tageblatt hat sich lediglich die „Frankfurter Zeitung“ schließlich noch angeschlossen. Sie schrieb:

„Ist die Weibung richtig, so muß sie unseres Erachtens den schärfsten Protest aller herausfordern, deren Gesichtskreis nicht in den abgetragenen Anschauungen aufgeht. Man komme hier nicht mit den üblichen weissen Betrachtungen darüber, daß gegen die Anarchisten jedes Mittel der Abwehr erlaubt sei, daß „Schnorrer und Verschwörer“ keinen Anspruch auf rücksichtsvolle Behandlung haben, und daß überhaupt diese ganzen russischen Studenten eine höchst unhygienische Gesellschaft seien. Hier handelt es sich um etwas ganz anderes. Es ist ein anerkannter Grundgesetz aller Kulturstaaten, daß wegen politischer Vergehen keine Auslieferungen stattfinden sollen, und diesen Grundgesetz ungeht die preussische Polizei dadurch, daß sie politische Flüchtlinge einem Verfahren unterwirft, das schlimmer ist als eine Auslieferung, weil es an keinerlei, irdische Voraussetzungen geknüpft ist. So langsolche Fälle vorkommen, wird das unangenehme Wort von dem Russentum in Deutschland niemals verüben, im Inlande nicht und auch nicht im Auslande, und man muß zugeben, daß es dann nicht ohne Grundlage ist. Wie aber vertägt sich dieser Sturz mit dem „Rud nach links“ in der inneren Politik? Herr v. Bethmann-Hollweg gilt noch immer bei manchen Leuten als ein sozusagen halbliberaler Minister, also als ein Mann, der für den Bloßkurs besonders qualifiziert sei. Es ist uns aber unklar, wie die Liberalen mit der Politik eines Ministers irgendwelche Gemeinschaft haben können, der die Schullosigkeit des Ausländers, die schon nach der augenblicklichen Reichslage groß genug ist, unter Umgehung völkerrechtlicher Verträge noch lästlich verschimmert.“

Es ist der „Frankfurter Zeitung“ unklar, wie die Liberalen mit der Politik der Auslieferung Gemeinschaft haben können. Aber soviel wir wissen, ist die „Frankfurter Zeitung“ nicht Segnerin der Bloßpolitik!

#### Ultramontane Stichwaffschmerzen.

Die „Tremonia“, das Dortmunder Zentrumblatt, und mit ihr die ultramontane „Essener Volkszeitung“ dringt von neuem auf die Beseitigung der Stichwahlen. Als das Reich entstand, sei man noch nicht zu der Erkenntnis durchgedrungen, daß die Stichwahlen „eine lästige, sittenverderbliche und entbehrliche Einrichtung“ seien. Jetzt aber sei man durch die Erfahrung eines Besseren belehrt worden und es erhebe sich die Frage, ob man nicht im Reiche das bayerische Vorbild nachahmen könne:

„Im allgemeinen gilt ja die bestehende Reichswahlordnung als ein Kränkchen der Demokratie, weil man füglich, ein Abänderungsversuch könne den Begnern des vollstimmlichen Wahlrechts einen Aufspund für eine gefährliche Agitation bieten oder gar ein Kämpfspiel irgend einer Kamarilla auslösen. Die jüngste Reichstagswahl hat aber neben vielen schlechten Seiten auch die gute, daß sie die Furcht vor den Folgen des allgemeinen und geheimen Wahlrechts etwas eingeschränkt hat. Jetzt erhebt sich der Gedanke, über die Beseitigung der Stichwahlen sich zu einigen, durchaus nicht mehr so unmöglich und undurchführbar, als vor einem Jahre noch.“

Die Art, wie hier die Zentrumspresse von dem Reichstagswahlrecht als einem „Kränkchen der Demokratie“ spricht, läßt nicht gerade auf besondere Zuneigung für dieses Wahlrecht schließen. Wenn übrigens das Zentrum einen solchen Schander vor dem „sittenverderblichen“ Stichwahlsystem hat, dann kann es nichts Besseres tun, als mit den Sozialdemokraten für die Proportionalwahl einzutreten, die die Stichwahlen überflüssig macht. Seine Vorliebe für das bayerische System läßt erkennen, daß es dem Zentrum weniger um die Moral als um das Geschäft zu tun ist. —

#### Dernburg, der Rächer.

Der neue Staatssekretär der Kolonien hat seine Tätigkeit mit einer Maßnahme eröffnet, die der Paarungssära durchaus würdig ist. Er hat gegen nicht weniger als acht Sozialdemokraten Strafantrag gestellt, weil sie in Reden während der verflochtenen Reichstagswahlbewegung Kolonialbeamte beleidigt haben sollen. Die Verbrecher sind sämtlich Einwohner des Herzogtums Gotha, es sind die Genossen Bod, Hildebrandt, Joos, Kister, Keller, Leube und Reitzgraf in Gotha, Schauder in Ohrdruf. Seit Menschengedenken ist wie unser Gothaer Parteiblatt, das „Vollschloß“ mitteilt, eine Anklage wegen einer Rede in öffentlicher Versammlung im Herzogtum Gotha nicht vorgekommen. Der neuen Wera ist der Vorstoß gegen die Redefreiheit vorbehalten geblieben. Ganz folgerichtig ist deshalb auch Bernhard Dernburg, die Verleuperung der neuen Wera, mit bei der Affäre. Für die mangelnden liberalen Taten bringt er den Liberalen Ertrag — er erlegt ihre gefährlichen Feinde, die Sozialdemokraten, ertötet. Acht auf einen Streich! Mit der Verurteilung eines Verleubers wäre die verletzte Ehre seiner Beamten nicht genügend repariert. Alle acht müssen sie brennen. Also beschloß es Dernburg, der Reformator und Rächer.

#### Die Landtagsnachwahl in Ludwigshafen-Stadt.

Für die Erziehung, die im bayerischen Landtagswahlkreise Ludwigshafen-Stadt stattfinden muß, da der doppelt gewählte Genosse Ehrhart in Kaiserlautern angenommen hat, haben die Ludwigshafener Genossen in äußerst gut besuchter Mitglieder-versammlung des sozialdemokratischen Vereins den Genossen Huber aufgestellt. —

#### Das Zentrum als „Volkspartei“.

Der „Bayerische Kurier“ sucht an dem Ausfall der bayerischen Landtagswahlen darzutun, daß das Zentrum eine wahre Volkspartei sei. Die Landtagsreaktion habe Vertreter aller Berufsgruppen und Stände, überwiegend aber Angehörige der breiten Schichten des Volkes. Und jetzt zählt das Blatt auf: 25 Landwirte (die sich um 9 vermehren, wenn man auch die Gewerbetreibenden mit landwirtschaftlichem Nebenbetrieb zuzählt); 24 Vertreter von Handel, Gewerbe und Handwerk; 23 Beamte, darunter 13 Juristen; 15 Geistliche und endlich 4 — sage und schreibe vier — Arbeiter und untere Staatsbedienstete. Also vier Mann als Vertreter der zahlreichen Arbeiter in Stadt und Land und der Unterbeamten — aber 95 als Vertreter der Grundbesitzer, Interechnen, Geistlichen und höheren Beamten. Und das nennt sich eine „Volkspartei“!

#### Welche Lust, Soldat zu sein!

Unser so übertriebene Rottz in der Freitagssnummer aus Gießen enthält eine unliebsame Unrichtigkeit. Das Verdienst, die Sache aufgedeckt zu haben, gebührt nicht einem bürgerlichen Blatte, sondern unserem Viehweiser Parteiorgan. Die „Oberhessische Volkszeitung“ ist das vor etwa Jahresfrist gegründete Blatt unterer oberhessischen Genossen. Die fatale Verwechslung entstand infolge einer Verwechslung mit einem bürgerlichen Blatte ähnlichen Namens. —

Friedrich Wolsan, Landtagsabgeordneter für Nie-Neumünster, ist gestern morgen in Kiel gestorben. Er wurde am 12. Juli 1863 in

Yersbel, Kreis Stormar, geboren und war von Beruf Lehrer, zuerst in Neumünster, dann an einer Anabenden-Volksschule in Kiel; später wurde er Schriftsteller.

Dem Verdienste seine Krone. In Anerkennung seiner Verdienste um die Landwirtschaft, besonders um die preussische Schweinezucht, ist der Gzminister v. Bobbielski zum Ehrenvorsitzenden des Bundes der Landwirte für die Provinz Brandenburg ernannt worden.

#### Kleine politische Nachrichten.

Aus Anlaß seines 40jährigen Krönungsjubiläums als König von Ungarn hat Franz Josef eine umfangreiche Amnestie erlassen, namentlich für Personen, die wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden sind. — Der sozialistisch-radikale Bürgermeister von Karlsruhe hat sich geweiht, 100 Gendarmen einzuquartieren, die beordert waren, um aus Anlaß der für heute (Sonntag) geplanten Niesenfundgebung der Winger in Montpelier die Ordnung aufrechtzuerhalten.“

#### Ungarn.

##### Die Wahlrechtsdemonstration.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ finden wir folgende telegraphische Meldungen über die eigenartige Wahlrechtsdemonstration der Budapestener Arbeiter:

Budapest, 6. Juni. Die Hauptstadt Ungarns war heute der Schauplatz einer in ihrer Art einzig dastehenden Demonstration. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei zog vor dem König, um ihn zu empfangen, und sie empfing ihn mit dem alten Schlachtruf des ungarischen Proletariats: „Gott das allgemeine, geheime Wahlrecht!“ Dieser Ruf ertönte auf der ganzen langen Strecke, die der Wagen des Königs durchfuhr und die von einem nach Hunderttausenden zählenden Spalier von Menschen besetzt war. Die Klassenbewußte Arbeiterpartei hat vor aller Welt dokumentiert, daß sie nicht gewillt ist, länger ihre Rechtlosigkeit zu ertragen und das heuchlerische Treiben der Oligarchenclique länger zu dulden.

Die Demonstration, zu deren Vorbereitung die Arbeiterpartei kaum mehr als 24 Stunden zur Verfügung hatte — da die Regierung die Stunde der Ankunft des Königs geheim hielt —, ist weit über alle Erwartung gelungen. Der ganze, mehrere Kilometer lange Weg vom Bahnhof an war auf beiden Seiten von dichten Reihen unserer Genossen besetzt. Die Polizei war in großer Zahl ausmarschiert, auch zahlreiche Agents provocateurs waren ausmarschiert. Aber alles scheiterte an der Ruhe und Disziplin unserer Genossen. Der König wurde auf der ganzen Strecke mit Hochrufen auf das allgemeine, geheime Wahlrecht begrüßt.

Kaum war der Wagen vorbei, so zerstreuten sich auch schon die Massen. Ein Teil zog unter Hochrufen auf das Wahlrecht unter Abklingung der Marschmusik durch die Hauptstraßen. Ein anderer Teil begab sich vor die Redaktion der „Nepjáva“, wo ebenfalls stürmische Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausgebracht wurden. Hier hielt Genosse Bokanyi eine Ansprache, in der er ankündigte, daß nun der Wahlrechtskampf mit größerer Energie aufgenommen werden wird.

Diese friedliche Demonstration wurde von der Polizei gestört, die mit unglaublicher Brutalität in die Menge hineintritt und mit blanker Waffe die Demonstranten attackierte. Es wurden mehrere Personen verwundet, auch mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Demonstration hat in der ganzen Stadt das größte Aufsehen erregt.

Budapest, 6. Juni. (Meldung des ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Seine Majestät ist um halb 8 Uhr abends hier eingetroffen. Vor dem Bahnhof und in den vor dem Bahnhof zur königlichen Hofburg in Ofen führenden Straßen hatte eine ungeheure Menschenmenge, darunter überaus zahlreiche Arbeiter, Aufstellung genommen. Mit Rücksicht darauf, daß gestern die sozialdemokratische Organisation die Arbeiterpartei zu Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht aufgefordert hatte, war eine größere Polizeibereitschaft konfirmiert und auf den Straßen verteilt worden. Beim Verlassen des Bahnhofs afflamierte das Publikum mit begeisterten Hürufen Seine Majestät, während die Arbeitermassen in stürmische Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausbrachen. Diese Rufe sowie die Ovationen wiederholten sich während der ganzen Fahrt zur Ofener Hofburg. Seine Majestät war von dem herzlichen Empfang sichtlich angenehm berührt. — Die musterhafte Ordnung wurde durch keinen Zwischenfall gestört.

#### Schweiz.

Der Ueberfall auf die Polizeikaserne und die Bombenexplosion in Zürich.

Zürich, 5. Juni. (Fig. Ber.)

Die beiden Ereignisse sind bereits telegraphisch gemeldet. Die Ueberfall ist noch immer dunkel — die Arbeiterpartei schließt auf Spitzel, die Polizei tut, als glaube sie an die Täterschaft russischer Revolutionäre. Da die Schüsse in der Polizeikaserne mit Bombenpfeifen abgefeuert wurden und in der Bombe ebenfalls solche Patronen gefunden wurden, so erklärt die Polizei, daß zwischen beiden Vorkommnissen ein innerer Zusammenhang besteht und Außen Ueberher vertrieben seien.

Ueber das Unglück der unschuldigen Kinder ist natürlich die ganze Bevölkerung empört und das „Vollrecht“, unser Züricher Parteiblatt, bezeichnet das Verbrechen der Bombe in der Amaliation als eine verbrecherische Handlung oder als eine Spitzelaktion, als eine so unethisch gewissenlose Handlung, daß es dafür keine Entschuldigung gibt. „Man kann ein Revolutionär, man kann auch ein Terrorist sein, aber gerade dann wird man sich dessen bewußt bleiben, was man der Gesamtheit und vor allem den Klassen-genossen schuldig ist. Hier aber haben wir es mit Uebeln zu tun, die mit dem organisierten Proletariat keine Gemeinschaft haben.“ So dürfte die gesamte organisierte Arbeiterpartei denken.

#### Die reaktionäre Brutifizierung der Bombenexplosion.

Zürich, 7. Juni. (Fig. Ber.) Sowohl in bezug auf den Ueberfall auf die Polizeikaserne als auch auf die Bombenexplosion fehlt zur Stunde immer noch jede nähere Aufklärung; man darf nur die von der Polizei vermuteten Zusammenhänge, über die wir berichteten, mehr ist nicht bekannt. Man weiß also nicht, ob die Urheber der beiden Ereignisse Russen, Schweizer oder Italiener, Anarchisten oder Spitzel waren und welche Zwecke eigentlich von ihnen verfolgt wurden. Tatsache ist, daß die ganze Bevölkerung über die Verwundung der drei unschuldigen Kinder durch die Bombenexplosion entrüstet ist, und diesen Anstand benutzt nun die bürgerliche Presse zu einer Ausländer-, insbesondere Russen- und Italienerhetze, gleichzeitig aber auch zu einer Hege gegen die schweizerische Sozialdemokratie wegen ihrer Sympathien mit der internationalen Arbeiterbewegung! Am wütendsten gebärden sich dabei die katholischen „Neuen Züricher Nachrichten“, die den Bundesrat anfeinden, zu künftigen, schonungslos zu fäubern, wenn dabei auch unschuldige mitbetroffen werden, d. h. also: Massenverurteilungen von Ausländern vorzunehmen! Das soll nun „christlich“, „katholisch“ sein.

Es ist in der Tat nicht ausgeschlossen, daß beide Ereignisse Spitzelarbeit sind, unternommen mit der Absicht, eine Aus-

änderung zu inszenieren und nebenbei auch die schweizerische Sozialdemokratie zum Nutzen der bürgerlichen Parteien in Mißkredit zu bringen. In diesem Falle dürften die Ereignisse völlig unaufgeklärt bleiben. Wir haben aber alles Interesse daran, volle Aufklärung zu verlangen.

## Frankreich.

### Das Klassenurteil.

Paris, 8. Juni. Die gestern zu zwei Jahren Gefängnis verurteilten Mitglieder des General-Arbeiterverbandes Bousquet und Vey haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Paris, 8. Juni. Die konservativen und die gemäßigt-republikanischen Blätter sprechen ihre Befriedigung über die Verurteilung der Führer des Allgemeinen Arbeitsverbandes aus. Die zwölf Geschworenen hätten gezeigt, daß sie mutiger seien als die Richter und die Parlamentarier, und daß die Bevölkerung es fast habe, den Streikführern und Unruhstiftern auf Gnade oder Ungnade preisgegeben zu sein.

Die „Humanité“ bezeichnet das Urteil als Wahrspruch der Furcht, der übrigens der Arbeiterbewegung gegenüber durchaus wirkungslos bleiben werde.

Wir werden auf das saubere Klassenurteil am Montag zurückkommen.

## Amerika.

In San Francisco besetzen gegenwärtig große Arbeiterunruhen, hervorgerufen durch die Maßnahmen der Straßenbahn-Gesellschaft. Die Angestellten der Bahnen sind in den Streik getreten; sie verlangen einen Tagelohn von drei Dollar bei achtstündiger Arbeitszeit. Die Gesellschaft hat große Massen von Streikbrechern nach der Stadt gebracht und sie mit Revolvern bewaffnet. Zusammenstöße fanden statt und zwei Bürger wurden erschossen. Große Aufregung herrschte darüber und in allen Gewerkschaften wurde die Situation besprochen. Die sozialistische Partei trat hervor und verlangte, daß der Präsident der Straßenbahn-Gesellschaft, Pat Callahan, wegen Mordes in Anklagezustand versetzt werde. Die Partei gab viele Tausend Flugblätter heraus und forderte die Gewerkschaften zum Einschreiten auf. Die Führer in den Gewerkschaften mahnen dagegen zur Ruhe. Käufer der Straßenbahnern streifen Eisenarbeiter, die Arbeiter in Brauereien und Wäschereien, Elektriker und Telefonmädchen. Naum ein Drittel der Straßenbahnwagen sind in Betrieb; nach 7 Uhr abends fährt überhaupt kein Wagen mehr, weil es dann für die Streikbrecher zu unsicher wird. Der Gouverneur von Kalifornien droht, Truppen nach San Francisco zu senden. — Erschwert wird die Situation in der Stadt durch den Prozeß gegen den Bürgermeister Schmitz, der in diesen Tagen seinen Anfang genommen hat.

## Gewerkchaftliches.

### Die Reeder und ihre Helfershelfer als Verleumder im Seemannsstreik in Deutschland.

Der Streik der deutschen Seeleute im Nord- und Ostseegebiet bereitet den Reedern ungeheure Schwierigkeiten, die selbst nicht unter Heranziehung des berüchtigten internationalen Streikbrechergeheils gehoben werden können. Den Reedern brennt deshalb das Feuer auf den Nägeln, weshalb sie nimmermehr zu dem verwerflichen Mittel der Verleumdung der Streikführer greifen, um, wenn möglich, so Uneinigkeit in den Reihen der Streikenden selbst zu stiften. Insbesondere haben sie und ihre Helfershelfer es in diesem unerhörten Vorgehen auf mich als den ihnen so sehr verhassten Leiter des Seemannsverbandes abgesehen. Ich will hier nicht in dem stinkfaulen Morast ihrer Lügen und Verleumdungen herumwaten, nur auf die gemeinste und infamste ihrer Anwürfe gegen mich will ich ausnahmsweise hier abwehrend reagieren. Die Reeder lassen durch ihre ihnen treu ergebenen Helfer in allen deutschen Hafenstädten, ja selbst im Auslande an Bord der deutschen Schiffe unter den Seeleuten das direkt aus den Fingern gesogene Gerücht verbreiten, ich sei mit der Kasse des Seemannsverbandes in Höhe von 20 000 bis 70 000 M. durchgebrannt, folgedessen der Seemannsverband bankrott und der Streik mit einem glänzenden Fiasko für die Seeleute Deutschlands beendet sei. Mit diesem Trick glaubt man bei den Reize kommenden Seeleuten, die von den Streikvorgängen nach gar keine Ahnung haben, Verwirrung anzustiften, bei ihnen das Vertrauen zur Verbands- und Streikleitung zu erschüttern und sie zum Streikbruch, also zum Verrat an ihren kämpfenden Brüdern anzustiften. Zu denen, die sich zur Kolportierung dieses nichtwürdigen Gerüchtes im Dienste der Reeder hergeben, gehören Reedereiinspektoren, Bureauangestellte der Reeder, Kapitäne, Offiziere, Maschinenisten, Geschäftskleute und Lotsen. Die Absicht der Ehrenmänner merkend, werde ich doch nicht verstimmt, weil ich weiß, daß in diesem Falle wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens ist und bleiben wird. Trotzdem werde ich einige derselben gerichtlich belangen, um ihnen den wohlverdienten Denkzettel zu geben. Dies zur öffentlichen Kenntnisnahme.

Paul Müller,

Zentralvorsitzender des Seemannsverbandes.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

### Berlin und Umgegend.

Alfo befehl ich! Die Expedition des „Vorwärts“ wurde mit folgender Aufschrift — beehrt:

Hierdurch fordere ich Sie meinen Namen im „Vorwärts“ nicht mehr zu gebrauchen! Im Wiederholungsfall ich klaubar gegen Sie werde!

Prot. und Fein-Bäckerei G. Eder, Berlin N.

Anklamerstraße 57.

Da wir das Verbot des Herrn Eder hiermit doppelt übertreten haben, gedenken wir gütlich der Folgen.

Erklärung. In dem Bericht über die Versammlung der zentralorganisierten Maurer im getriggen „Vorwärts“ wird von einem Irrtum im Bericht über die Versammlung des Verbandes der Zimmerer am Mittwoch dieser Woche gesprochen. Diese Rede- und Erwähnung und der Hinweis darauf, daß in der Versammlung des Vereines der Zimmerer der Beschluß der Vorstände richtig wiedergegeben sei, läßt die Vermutung zu, als ob die zentralorganisierten Zimmerer nicht gewillt seien, Solidarität gegenüber den Maurern in der Weise zu üben, wie es von den in Frage kommenden Organisationsvorständen vereinbart worden ist.

Dem ist nicht so! Die in der Versammlung des Zentralverbandes der Zimmerer angenommene Resolution entspricht dollauf den getroffenen Vereinbarungen.

Zur Lohnbewegung der Bierfahrer, Mitsfahrer und Stallente in den Weißbierbrauereien Berlins. Eine gut besuchte Versammlung dieser Angestellten der Weißbierbrauereien nahm gestern abend den Bericht über die Tarifverhandlungen zur Kenntnis ihrer Kommission mit der Kommission des Vereines der Berliner Weißbierbrauereien. Das Ergebnis der Verhandlungen waren: Gegenangebote der Arbeitgebervertreter. Für Fahrer waren gefordert außer den üblichen 50 Pf. Provision pro halbe Tonne ein Wochenlohn von 30 M. Die Arbeitgeber bieten 22,50 M. und die Provision. Die Versammlung ermächtigte die Forderung von 30 M. auf 27 M. Mitsfahrer sollen nach Meinung beider Parteien 30 M. Wochenlohn erhalten. Gefordert wird, daß dazu der Fahrer 10 M., die Brauereien 20 M. zu geben hat. Die Brauereien

wollen das Verhältnis umkehren und selbst nur 10 M. geben, so daß der Fahrer 20 M. zuzugewen hätte. Die Versammlung hält an der ursprünglichen Forderung fest. Folgende Angebote werden angenommen: Bei Fassfahrern, welche keinen Mitsfahrer haben, ist es wünschenswert, daß sie die Gefäße durch die Brauerei gereinigt erhalten. Die Brauereien werden nach Möglichkeit die Mitsfahrer auch im Winter beschäftigen. — Einen Mitsfahrer wollten die Arbeitgeber nur dem Fahrer zugestehen, der pro Woche durchschnittlich 120 halbe Tonnen absetzt. Die Versammlung verlangt durch Beschluß festzustellen: durchschnittlich 100 halbe Tonnen. Für Reservefahrer und Stallente wollen die Arbeitgeber 24 M. Anfangslohn und nach einem Jahr 25 M. geben. Die Forderung war 28 M. Daran wird festgehalten. Einverstanden ist die Versammlung damit, daß für Fahrer und Mitsfahrer, wenn sie mit anderen Arbeiten beschäftigt werden, die Arbeitszeit 1 1/2 Stunden nicht überschreiten soll, sowie daß die Arbeitszeit der Reservefahrer und Stallente innerhalb 13 Stunden tatsächlich nur 10 Stunden betragen soll. An der nicht bewilligten Forderung der Versicherung der Schurzelle durch die Brauerei wird festgehalten. Eine Reize anderer das Arbeitsverhältnis betreffend Zugeständnisse und Bedingungen werden, zum Teil mit kleinen Änderungen, akzeptiert. — Auf Grund der gefassten Beschlüsse wird eine neue Verhandlung stattfinden.

Interessant ist aus den Verhandlungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern, daß die Brauereirepäsentanten zugaben, die Brauereien litten ganz erheblich unter dem Boykott, der aus Anlaß der Bierverleumdung über sie verhängt wurde. Man beklagte sich darüber, daß einzelne Brauereien geradezu vor der Vernichtung ständen und gezwungen seien, sich mit größeren Brauereien zu vereinigen. Es wurde von den Herren der Branche geäußert, die Organisationsvertreter möchten hinwirken auf Aufhebung des in der „Neuen Welt“ gefassten Beschlusses, von den Ringbrauereien kein Weißbier zu nehmen, damit es den einzelnen Brauereien möglich wäre, sich wieder zu erholen. Dann könnte man, wurde gesagt, den Arbeitern bei Vereinbarung des Tarifs größeres Entgegenkommen zeigen. — Natürlich konnten die Organisationsvertreter ein Versprechen nicht abgeben, da ihnen ja eine Befugnis dazu fehlt.

Die Dachdecker versammelten sich am Freitagabend bei Wille, Brunnenstraße, um Stellung zu nehmen zu den Zugeständnissen der Unternehmer. Der Referent Höppler gab einen Situationsbericht, nach welchem noch 250 Dachdecker sich im Auslande befinden. 23 Firmen haben die Forderungen — 90 Pf. Stundenlohn bei achtstündiger Arbeitszeit — bewilligt, und etwa 100 Mann arbeiten zu den neuen Bedingungen. Die Kommission der Arbeitnehmer verbat sich nach besten Kräften eine Einigung herbeizuführen; die Arbeitgeber nahmen aber einen durchaus ablehnenden Standpunkt ein. Es kam zu Unterhandlungen mit einzelnen Mitgliedern der Arbeitgeberkommission und Vorschläge wurden erörtert, die dahin gingen, daß ein Tarif auf 3 Jahre abgeschlossen werden solle, der die Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden und den Lohn im ersten Jahre auf 80 Pf., später auf 85 Pf. pro Stunde festsetzt. In einer Meisterversammlung am Donnerstagabend wurden die Vorschläge zwar abgelehnt, aber es herrscht viel Zwiespalt in den Reihen der Unternehmer und manche große Firma würde gern diese Vorschläge akzeptieren. Höppler ermahnt um Vollmacht ebenfalls kleine Zugeständnisse zu machen. Eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Referenten wurde fast einstimmig angenommen. Der Kampf der Dachdecker währt bereits neun Wochen, und sie haben gute Aussicht, auch die Forderungen, die die Maurer und Zimmerer stellen, zur Anerkennung zu bringen. Die organisierten Dachdecker dürfen vorläufig aber noch nicht zur Arbeit zurückkehren! Der Kampf muß mit derselben Energie fortgesetzt werden, bis ein gutes Ende erreicht ist. Diejenigen, die noch zu den alten Bedingungen, für 75 Stundenlohn, weiter gearbeitet haben, werden nun aus den Betrieben herausgezogen, aber man warnte auch hierbei die Anordnungen der Kommission ab, die wahrscheinlich erst Unterhandlungen mit den Arbeitgebern pflegen wird.

Achtung, Steinarbeiter Berlin! Wegen Differenzen mit dem Zentralverband der Maurer ist die Firma Gebr. Friede, Kunststeinfabrik in Weich, auch für Steinmehrer gesperrt. Arbeitsangebote sind zurückzukeifen. Die Ortsverwaltung.

### Deutsches Reich.

#### Unternehmerterrorismus.

In den Flechtmaschinenfabriken von G. oerfeld und Barmen haben vor einigen Wochen die Arbeiter die Arbeit eingestellt, und als sie nicht nach Wunsch der Unternehmer zu Kreuze kriechen wollten, haben die Inhaber von 27 Fabriken die Arbeiter ausgesperrt und die Betriebe stillgelegt. Jetzt hat der Maschinenfabrikantenverein Barmen-Eberfeld an das rheinisch-westfälische Unternehmertum der Maschinenbranche Geheimzirkulare verandt, in denen die Arbeitgeber aufgefordert werden, „bei der Annahme von Arbeitern äußerst vorsichtig zu Werke zu gehen“ und „bis auf weiteres überhaupt keine Arbeiter aus dem Wuppertal anzunehmen“. Es handele sich „um Former, Buser, Schlosser, Dreher, Schmiede, Zuschläger und Hilfsarbeiter, die mit Abkehrschneidern vom 11. Mai ab versehen sind“. Zum Schluß gibt der Verein der Hoffnung Ausdruck, „daß es nur dieser Mitteilung bedarf, um Sie zur Unterstützung unserer Abwehrmaßnahmen durch NichtEinstellen unserer Arbeiter zu veranlassen“. — Wie sagte doch Wilhelm II.: Schwere Strafe dem, der einen anderen an freiwilliger Arbeit hindert!

#### Zur Ausperrung der Metallarbeiter im Raingebiet.

Zur Auslieferung von Streikbrechern ein großes emptioniert sich den Metallindustriellen eine Firma folgendermaßen:

An den Arbeitgeberverband der Metallarbeiter Frankfurt a. M.

Aus hiesigen Blättern ersehen wir, daß bei Ihnen ein Streik der Metallarbeiter ausgebrochen ist. Wenn Sie meine Dienste in Anspruch nehmen wollen, hoffe ich, Ihnen genügendes Personal zuführen zu können. Ich habe bereits für den Hafenbetriebsverein in Hamburg sowohl als auch in Königsberg viele Arbeiter besorgen können und hoffe ich, Ihnen dasselbe zu verschaffen. Bitte Bedingungen.

#### Hochachtung

G. Mattern, Ubing, Privatsekretär, Neust. Wallstr. 13. Das Schreiben, welches dem Metallarbeiterverband in die Hände geflossen ist, ist höchst interessant. Die Herren wollen menschliche Arbeitskräfte liefern, wie man Schmiedeseife liefert. Die Metallarbeiter Deutschlands werden aber dafür Sorge tragen, daß aus dem Geschäft nichts wird, daß es keine Arbeitskräfte zu liefern gibt.

Eine andere amüsante Erscheinung hat die Ausperrung gebracht: neben den Arbeiterorganisationen zählen nun auch verschiedene Unternehmer Streik, resp. Ausperrungsunterstützung aus. Natürlich nur anorganisierte, welche ebenfalls von der Ausperrung betroffen wurden. Die Leute müssen sich dann verpflichten, sich jederzeit zur Verfügung des Unternehmers zu stellen. Auch dieser Trick wird nichts nützen!

#### Beworbenster Friedensschluß im Königsberger Hafen.

Nach mehrtägigen Verhandlungen ist endlich vor dem Einigungsamt des Königsberger Gewerbegerichts ein Tarifvertrag zwischen den beiden Kommissionen vereinbart worden, der zweifellos in

kürzester Zeit den Frieden im Hafen herbeiführen wird. Der Tarifvertrag enthält folgende hauptsächlich Bestimmungen. Mit Ausnahme der Kohlenarbeiter ist für alle Arbeiter des Hafens das Akkordsystem aufgehoben, desgleichen die stundenweise Entlohnung. Der Tagelohn ist auf 5 M. festgesetzt, jeder angefangene Vierteltag wird mit 1,25 M., jeder halbe Tag mit 2,50 M. usw. bezahlt. Die Überstunden werden bis 9 Uhr abends mit 70 Pf., nach 9 Uhr abends mit 90 Pf. bezahlt; für Sonntagsarbeit ist 1 M. pro Stunde festgelegt. Die Akkordarbeit für Kohlen stellt sich auf 47 1/2 Pf. pro Tonne feine Kohle, und 52 1/2 Pf. pro Tonne grobe Kohle, für Heberstunden gibt es außer dem Akkord pro Stunde 60 Pf. Zuschlag. Außerdem enthält der Tarif eine Bestimmung gegen die Willkür der Stauermeister bei Entlohnungen der Arbeiter. Die Aufrechterhaltung der tariflichen Bestimmungen liegt dem Hafenarbeiterverband, ebenso in gleicher Weise der Arbeitgeberorganisation zur Pflicht. Der Tarif soll auf vier Jahre abgeschlossen werden, d. h. bis 15. Juni 1911. — In Ludwigshof vor dem Königstor fand nun am Freitag vormittag eine Versammlung der ausgesperrten Hafenarbeiter statt, in welcher nach einem einleitenden Referat des Genossen Schifowier folgende von den Vertrauensleuten vorgeschlagene Resolution einstimmig Annahme fand:

Die heute am 7. Juni 1907 in Ludwigshof tagende Versammlung der ausgesperrten Hafenarbeiter nimmt Kenntnis von den zwischen der Tarifkommission und den Reedern gepflogenen Verhandlungen. Die Versammlung beschließt einstimmig, sich dem Antrage der Vertrauensleute zu fügen und die zwischen der Tarifkommission und den Reedern abgemachten Vereinbarungen als für sich bindend zu erklären und sie einstimmig anzunehmen. Die Versammlung gibt sich nimmermehr der vollen Hoffnung hin, daß der Friede im Hafen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern voll und ganz eintreten wird. Dazu ist aber nötig, daß die Getreideträger, die unter denselben Umständen ausgesperrt wurden, auch die Arbeit aufnehmen können.

Die Versammlung erwartet daher, daß nimmermehr die beim Effektor Delle seinerzeit beantragten Einigungsverhandlungen stattfinden werden, um die Bedingungen, unter denen die Getreideträger die Arbeit aufnehmen, festzulegen.

Die Versammlung erwartet, daß die Kaufleute ebenso handeln werden, wie die Reeder und in Verhandlungen in aller kürzester Frist eintreten, wie es im Interesse des sozialen Friedens geboten ist.

Am 15. Juni soll die Arbeit im Hafen wieder aufgenommen werden. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, innerhalb dieser Zeit alle angeworbenen Streikbrecher zu entlassen und alle ausgesperrten Arbeiter wieder einzustellen.

Metallarbeiterstreik in Solingen. Die Firma Gottlieb Hammerfahr, Solingen-Hohe, bei welcher seit dem 21. März 200 Arbeiter streiken, versucht allerorts, hauptsächlich in Thüringen, Arbeitswillige anzuwerben. Auch wird versucht, durch Agenten und durch Schiffe-Inserate Arbeiter nach hier zu locken. Die Kollegen sind zum Teil wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt und will die Firma keinerlei organisierte Arbeiter dulden, Wir ersuchen, jeden Zugang fernzuhalten.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Solingen.

In der Zellulosefabrik Maxou a. Rhein sind sämtliche Arbeiter zum ersten Juli gekündigt, weil sie den alten Tarif auf ein weiteres Jahr nicht anerkennen wollen.

Da die Fabrikleitung in den bürgerlichen Zeitungen Arbeiter sucht und Anstrengungen macht, Arbeitswillige zu erhalten, so ersuchen wir um Fernhaltung des Zugangs.

Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes.

Der Streik in der Bernburger Jemtsfabrik dauert un- verändert fort. Die Direktion, die sich hartnäckig weigert, die minimalen Forderungen der Arbeiter zu bewilligen bestm. in Unterhandlung zu treten, ist fortgesetzt bemüht, von auswärtigen Arbeitswilligen heranzuziehen, und zwar unter der lügnischen Vorgabe, der Streik sei beendet. Es wird dringend ersucht, den Zugang nach Bernburg fernzuhalten.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die Streikleitung. J. A.: G. Wrig.

Erfurt. Die Lohnbewegung im Baugewerbe dauert un- verändert fort. Von den in die Bewegung eingetretenen 453 Bauarbeitern, 620 Maurern und 348 Zimmerern und Bautischlern sind noch 235 Bauarbeiter, 415 Maurer und 146 Zimmerer und Bautischler zu unterstützen.

Die Situation ist als eine gute zu bezeichnen. Gegenteilige Nachrichten sind mit Vorsicht aufzunehmen und wende man sich betrefss Aufschluß an die Streikleitung. Zugang ist nach wie vor streng fern zu halten.

J. A.: Wiff. Grün, Tübol.

Die Holzarbeiter Straßburgs haben bei den Unternehmern Forderungen eingereicht, in denen sie in der Hauptsache verlangen eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, 15 Proz. Lohnaufbesserung und einen Minimallohn von 40 Pf. pro Stunde für die Arbeiter unter 20 Jahren und von 45 Pf. für die Arbeiter über 20 Jahren. Die christlichen Gewerkschaftler haben sich mit den Forderungen einverstanden und mit den freien Gewerkschaftlern solidarisch erklärt. Die Antwort der Meister wird bis 16. Juni erwartet. In Betracht kommen ca. 800 Holzarbeiter, wovon 700 im deutschen Holzarbeiterverband organisiert sind.

#### Husland.

Tabakarbeiterstreik in Basel. Die Konsumenten und Abnehmer machen wir hierdurch aufmerksam, daß wir über nachgenannte Zigarrenfabriken die Sperre verhängt haben, da sie die Forderungen der Arbeiter abgelehnt haben. Gesperrt sind E. Weir in Basel und Hünningen i. E., E. Kollmer in St. Ludwig i. E. Zigarrenarbeiter-Gewerkschaft Basel.

Santiago de Chile, 8. Juni. Der Eisenbahnverkehr ist durch den Ausstand der Bahnbeamten, denen sich die Straßenbahnangestellten und die Wägereischaffnen angeschlossen haben, lahm gelegt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Som exklusiven Sport.

Linz, 8. Juni. (W. S.) Der hier wohlhabende Baron Hammerstein stieg auf einer Automobilfahrt mit einem Radfahrer zusammen. Der letztere erlitt schwere Verletzungen, während Baron Hammerstein leicht verwundet wurde.

### Die Vergnügler.

Wrag, 8. Juni. (W. S.) Vom Schneberg sind drei Touristen, und zwar ein Wäckermeister aus Neunkirchen und zwei Studenten aus Wien 15 Meter in eine Schlucht herabgestürzt. Nur mit großer Mühe konnten sie von den ausgesandten Rettungsmännschaften geborgen werden. Alle drei sind schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

### Streik Ende — Streik Anfang.

Lrapau, 8. Juni. (W. S.) Die Belegschaften des Salomon- und Karolinenhäfens bei Mährisch-Odrau sind heute wieder angefahren, nachdem die Direktion die Revision der Bedinge und die Abstellung der vorgefundenen Mängel zugestimmt hat. Am Salmschacht bei Polnisch-Odrau ist seit heute vormittag ein Teil der Schlepper im Ausstand.

### Die Pest.

Konstantinopel, 8. Juni. (W. S.) In Bassora ist ein Pestfall festgestellt worden. Das Gerücht von einem Cholerafall hat sich nicht bestätigt. Die Behörde hat für alle Herkunft aus Bassora eine fünftägige Quarantäne angeordnet.

Die russische Revolution.

Die „unterirdische“ Tätigkeit in den — „oberen Regionen“.

Die „Russische Korrespondenz“ enthält das nachstehende Telegramm: Petersburg, den 8. Juni. Es war aufgefallen, daß Graf Witte in der Mittwochssitzung des Reichsrats die Regierung heftig angegriffen hatte. Er hatte dem Kabinett Stolypin zum Vorwurf gemacht, daß es überfälligweise das jetzige Budget der Duma vorgelegt habe! Es war überdies bekannt, daß die Beziehungen Wittes zu den Hofkreisen sich intim gestaltet haben. Nunmehr erfahre ich das kaum glaubliche Gerücht: Witte sei berufen, Stolypin zu ersetzen mit dem Auftrage, eine „Reform“ des Wahlgesetzes herbeizuführen. — Diese Nachricht ist allen politischen Kreisen im höchsten Grade überraschend, und ich würde sie nicht weitergeben, wenn mein Gewährsmann nicht als ausgezeichnete Quelle bezeichnet werden könnte.

Petersburg, 8. Juni. (B. G.) Heute Abend findet in Peterhof unter Vorsitz des Zaren ein Ministerrat statt, in welchem über das definitive Schicksal der Duma Beschluß gefaßt werden soll. Stolypin setzt alle Hebel in Bewegung, damit die Duma nicht aufgelöst werde, sieht aber selbst in allerhöchsten Kreisen auf heftige Opposition.

Kein Zutrauen in eigenen Lande.

Der am Mittwoch, den 6. Juni, in Odesa eröffnete Kongreß der Vertreter der Klein-Kreditanstalten hat soeben einstimmig beschlossen, die von den Kunden der Kreditanstalten eingehalten Gelder nicht in russischen Dividendenpapieren anzulegen! Da der Kongreß eine gleiche Resolution bezüglich der Sparkassen angenommen hat, so fordert das russische Finanzministerium den Odesaer Finanzagenten dringend auf, den genauesten Bericht über die Kongreßverhandlungen einzusenden. —

Enttüllungen.

Moskau, 8. Juni. Ein soeben erschienenen, vom Fürsten Urusoff herausgegebenes Memoirenwerk erregt ungeheures Aufsehen. Dasselbe enthält sensationelle Enthüllungen über die Regierungspolitik unter Plehwe, insbesondere über seine Rolle bei der Veranstaltung des Pogroms in Kischinew.

Die Agrarfrage.

Petersburg, 8. Juni. (Reichsduma.) Das Haus hört zunächst die Reden von sechs Vertretern verschiedener Parteien an, die Agrarfrage vorlegen. Die sozialistischen Redner greifen in heftigen Worten die Erklärung des Ministerpräsidenten Stolypin über die Agrarfrage sowie die von den Kadetten eingebrachten Gesetzentwürfe an. Wuchenski, revolutionärer Sozialist, schließt seine Rede mit den Worten: „Die Regierung hat die Nation herausgefordert, die Herausforderung wird angenommen!“ Kusler (Kadett) entwickelt kurz das Programm der Kadetten und sagt: Die Zwangsenteignung sei das Prinzip jeder Agrarreform.

Die Parteien der Linken bringen Tagesordnungen ein, in denen sie sich über die Hauptgrundsätze der Agrarreform äußern. Die Sozialdemokraten bringen eine Tagesordnung ein, in der die Zuteilung des Grundbesitzes an die Gemeinden ohne Entschädigung der bisherigen Eigentümer als notwendig hingestellt wird. Die Arbeiterpartei verlangt, daß der Grundbesitz Gemeingut der Nation oder daß zum mindesten die Zwangsenteignung als Grundlage der Reform festgelegt wird. Das Mitglied der Kadettenpartei, Professor Kiselewski beantragt zunächst Entscheidung über die Vorfrage: ob man überhaupt eine Tagesordnung annehmen müsse; seine Partei sei dagegen, weil der Standpunkt der verschiedenen Parteien bekannt und es auch unmöglich sei, eine Einigung unter den auseinandergehenden Ansichten der Abgeordneten zu erzielen. — Weresin, der Vizepräsident der Duma und Mitglied der Arbeiterpartei, beschuldigt die Kadetten der Doppelgängigkeit und sagt: sie sollten entweder die Zwangsenteignung annehmen oder nicht. Der Präsident stellt darauf die Vorfrage, und die Duma lehnt es mit 288 gegen 101 Stimmen ab, irgend welche Tagesordnung anzunehmen. Die Kadetten, die Rechte und die Polen stimmen hierbei gegen die Parteien der Linken. Um 4 Uhr 40 Minuten wird darauf die Sitzung geschlossen.

Die Kadetten auf dem Marsch nach rechts.

Petersburg, 8. Juni. (Eig. Ber.)

In der letzten Woche beschäftigte sich die Duma hauptsächlich mit zwei Fragen. Am Dienstag kam der Antrag der Rechten zur Sprache: Die Duma möge die terroristischen Vorgänge verurteilen, und am Donnerstag antworteten die Minister Schtscheglowitsch und Masaroff auf die Anfrage der Duma über die Folterungen in den Rigaer Gefängnissen. Aber auch in der Donnerstags-Sitzung wurde die Frage der revolutionären Geschehnisse diskutiert, da die Rechte am Dienstag nicht auf ihre Kosten gekommen war.

Der Antrag der Rechten will vor allem die Kadetten fassen: sie sollen erklären, wie sie sich zu revolutionären Vorgängen verhalten. Haben sie den Mut, zu sagen, daß sie mit der Volksbewegung nicht brechen wollen, so heißt es: die Kadetten sind Revolutionäre, sind sie für die Verurteilung, dann wird die Kluft zwischen der Linken und ihnen noch tiefer. Eigentlich ist ja so schon die Kluft zwischen diesen beiden Gruppen der Duma unüberbrückbar geworden, allein die Rechten wollen das schwarz auf weiß haben! Außerdem würde ja eine Verurteilung der revolutionären Vorgänge die Repressalien der Regierung rechtfertigen; sie brauchte sich dann nicht viel Mühe zu geben, auf jede Anfrage über die im Lande wütende Schreckensherrschaft eine Antwort zu suchen, sie hätte für alle Fälle ein Dokument in der Hand, das alle ihre Unterdrückungsmaßregeln im voraus entschuldigte. Wenn nun die Antragsteller auf der Rechten, diese geistigen Häupter der schwarzen Hundertschaften, so tun, als ob es ihnen um die Verurteilung der „politischen Morde und des Terrors“ zu tun sei, so ist das natürlich nur Spiegelscherelei. Worauf ihr Antrag abzielt, das ist die Verurteilung der Volksbewegung. Sie verlangen, die Duma solle sich von dieser loslösen.

Für den Fall, daß die Duma den Mut haben sollte, mit den „Mäubern und Wörtern“ zu gehen, wurde ihr mit der Auflösung gedroht. Das war für die Kadetten wieder eine bittere Prüfung. Für sie wäre es gewiß besser gewesen, wenn der Antrag überhaupt nicht zur Behandlung kam, und sie taten denn auch alles, um ihn zu verschleppen. — Für die revolutionäre Linke stand die Frage anders: sie hatte eine Debatte über den Antrag nicht zu fürchten; sie ist ein Teil der Revolution, und sie hat daher keinen Grund, das irgendwie zu verheimlichen oder zu vertuschen. Die Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre drangen aber mit ihrer Anschauung nicht durch, und die Folge war, daß wir eben am Donnerstag dieselbe Debatte wieder hatten, der man durch die Ablehnung einer Behandlung des Antrags der Rechten aus formalen Gründen am Dienstag geschickt aus dem Wege gegangen zu sein glaubte.

Die beiden Minister erschienen als die Handlanger der baltischen Barone und der Rigaer Detektivs. Sie dachten auch gar nicht daran, die im Kommissionsbericht niedergelegten Tatsachen über die Folterungen ernstlich zu widerlegen. Nur Details wollten sie nicht zugeben, wie das Prof. Kusmin-Sarandajeff in seiner Rede unterstrich. Daß in den Gefängnissen in Riga gefoltert worden ist, stellten jene gar nicht in Abrede. Es hat sich aber nur um „leichte Folterungen“ gehandelt, erklärten sie! Daß das nicht mit den Tatsachen übereinstimmt, hob der Kommissionsberichterstatter Pergament hervor. Die Minister selbst haben ja zugeben müssen, daß nicht weniger als 42 Polizeibeamte so schwer belastet sind, daß sie unter Anklage gestellt werden mußten! Eine andere Frage ist natürlich, ob sie dabei nicht die Treppe herauf fallen. Sagten ja die Minister schon jetzt entschuldigend: Die Polizei habe einfach in der Erregung gehandelt! Sie stellten der Polizei damit einen Freibrief aus: sie möge es nur weiter so treiben, wie sie es in Riga getrieben hat — was sie sich natürlich nicht zweimal wird sagen lassen. Moditschew konnte denn auch in seiner Rede mit Recht sagen, die Minister seien in die Duma gekommen, nicht um zu sagen, die Polizei dürfe nicht foltern, sondern nur: die russische Polizei dürfe nur foltern, wenn sie erregt ist!

Sämtliche Redner der Kadetten stempelten die Erklärungen der Minister als elende Ausflüchte, und doch hatte die Kadettenfraktion nicht den Mut, der Forderung der Rechten zu widersprechen, welche in die Tagesordnung eine Verurteilung der revolutionären Vorgänge in den baltischen Provinzen eingeschlochten wissen wollte. Diese Forderung wurde zwar verworfen, nichtdestoweniger bleibt aber doch die Tatsache, daß die Kadetten auch diesmal vor der Rechten ihr Haupt neigten, wie das in der letzten Zeit schon des öfteren geschehen ist. Sie werden dafür nun von dem Blatt Stolypins, der „Rossija“, noch Verdienst gelobt. . . .

Die Linke konnte durch den Unfall der Kadetten nicht überrascht werden, da sie ja auf ihre Verpflanzung mit zynischer Offenheit hinarbeiten. Für die baltischen Provinzen hat also die Regierung von den Kadetten freie Hand: sie kann dort ihre Schreckensherrschaft noch weiter ausüben. Nächstens kommt die Regierung mit einigen von der Polizei zusammentragenen Zahlen auch aus dem übrigen Rußland, und die Kadetten geben der Regierung ihren Segen zu den Hunnenzügen auch im übrigen Rußland. Das nennt sich die „liberale“, ja noch mehr, die „konstitutionell-demokratische“ Partei in einer revolutionären Epoche!

Das Wesen der verflochtenen Dumawoche besteht also in dem Fortschreiten des Zerfetzungsprozesses im „Liberalismus“. Daß dieser „Liberalismus“ für die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse in Rußland nur reaktionäre Bedeutung haben kann, ist klar. Die revolutionäre sozialistische Linke wird eine geschichtliche Tat begehen, wenn sie diesem „Liberalismus“ den Fuß noch fester auf den Nacken setzt. Die Kadetten ziehen die Duma mit in ihren Sumpf hinein, und nur ein rücksichtsloser Angriff gegen die Schatzkammer einerseits und die Plaumacher andererseits kann die Volksvertretung vor der moralischen Auflösung bewahren, die fallimmer wäre als jene andere Auflösung, mit der in Gedanken und Worten jetzt hier und im Ausland bis zum Ueberdruß gespielt wird.

Eine Haupt- und Staatsaktion verpufft.

Telegraphisch haben wir schon gemeldet, daß die Strafkammer zu Plauen als Berufungsgericht durch Freispruch jenes überaus merkwürdige Urteil des Schöffengerichts Kuerbach aufgehoben hat, das wegen angeblichen Hausfriedensbruchs den Genossen A. Hoffmann-Berlin mit drei Wochen, die Genossen Köffel und Steinühl mit je zehn Tagen Gefängnis belegte. Ein Besuch der drei in der Lungenheilstätte Reicholdgrün während der letzten Reichstagswahlbewegung. — Genosse Hoffmann war als sozialdemokratischer Kandidat des Wahlkreises Kuerbach-Kirchbach, in dem die Heilstätte gelegen ist, von einigen Inoffiziellen aufgeführt worden, sie zu besuchen, da man ihnen die Ausnahme in die Wählerliste verweigerte — sollte den Hausfriedensbruch darstellen, da dieser fünf Minuten dauernde Besuch — wie hunderte andere — entgegen der Hausordnung ohne Erlaubnis des Arztes der Heilstätte erfolgte war. Ueber die Schöffengerichtsverhandlung haben wir seinerzeit ausführlich berichtet. Von der Verhandlung vor der Plauener Strafkammer ist folgendes zu melden:

Sechs Zeugen bekundeten, daß trotz der Hausordnung ungehindert und ohne Erlaubnis von anderen Leuten den Patienten sehr häufig Besuche abgestattet worden sind, ohne daß die Anstaltsleitung einschritt. Ferner hat Genosse Hoffmann selber, unter Namensnennung dem Bureaubeamten der Lungenheilstätte telefonisch gebeten, den Kranken von Reicholdgrün mitzuteilen, daß er zu Besuch komme. Als Hoffmann kam, habe ihn eine Schwester in freundschaftlicher Weise zu einem Kranken geführt. Weder hat ihn jemand am Besuch zu hindern versucht, noch irgend jemand mitgeteilt, daß er erst die Erlaubnis des Arztes einholen müsse. Uebereinstimmend lauten die Aussagen, daß Hoffmann auch nicht eine einzige politische Bemerkung gemacht, sondern nur knappe fünf Minuten allein in den Liegehallen anwesend gewesen sei. Er habe gute Ruhe gewünscht, die „sittliche“ Bewirtung nicht einmal angenommen, sondern am Haupteingang vorbei, sich wieder entfernt. Das Erscheinen Hoffmanns habe nicht nur niemandem beunruhigt, sondern ungeleht beruhigend gewirkt. Dagegen seien die Patienten längere Zeit darüber gegergt und sehr beunruhigt worden, daß man ihnen das Wahlrecht durch die Verweigerung der Eintragung in die Wählerlisten nehmen wollte, wodurch sie — wie ein Zeuge sagte — zu Würgern zweiter Klasse degradiert worden wären.

Eigenartig war die Geschäftsführung des Vorsitzenden Landgerichtsrates Dr. Hartmann, eines ehemaligen Staatsanwalts und konservativen Reichstagsabgeordneten. Mehrfach unterbrach er den Verteidiger, ja er drohte ihm sogar einigemal mit Wortentziehung. Besonders eifrig zeigte sich der Vorsitzende bei der Vernehmung des Chefarztes Dr. Schneider, den Liebknecht und Hoffmann allerdings allerlei zu fragen hatten. Herr Dr. Schneider erklärte, nach seiner ärztlichen Ansicht sei jede politische Agitation in der Heilanstalt unstatthaft.

Die Angeklagten aber hätten solche Agitation betrieben und die Kranken dadurch beunruhigt. Die Hausordnung verbietet jede Agitation. Deshalb habe er (Schneider) auf Ersuchen des Hofrates Wolff, des Vorsitzenden des Vereins der sächsischen Lungenheilstättenbewegung, Strafantrag gestellt.

Auf eine Frage Hoffmanns, worin denn diese angebliche politische Agitation bestanden habe, erklärte Dr. Schneider, er halte es für politische Agitation, wenn ein Kandidat seine Parteigenossen aufsuche. Als der Verteidiger die Vermutung aussprach, daß die Anzeige aus politischen Gründen erfolgt sei, fuhr Dr. Hartmann auf: Es müsse hüten, nicht in dieser Weise fortzufahren. Sehr interessant ist die folgende Episode:

Dr. Liebknecht: Ist Herrn Dr. Schneider die Denkmalsentwählung vom 27. April bekannt? Ist ihm weiter bekannt, daß am Abend eine große Feier stattfand, daß in der Lungenheilstätte Albersburg bei dieser Gelegenheit Tausende von Menschen anwesend waren, daß Militärmusik spielte,

eine große patriotische Feier stattfand, daß alles — auch die Patienten sich daran beteiligten und tüchtig tranken und daß Sie, Herr Dr. Schneider die Festrede gehalten haben?

Zeuge Dr. Schneider: Ich habe nur ein Hoch ausgebracht. Es war ein Fest zum Andenken an den König Albert, dessen hochherziger Art die Entwicklung der Lungenheilstättenbewegung und ihre Ausdehnung zu danken ist. Daher war das Fest so eng mit der Heilanstalt verbunden. Viele von den Patienten haben sich am Königshoch nicht beteiligt, aber am Freibier haben sie sich — ich will nicht gerade sagen zu unserer Genugtuung (!) beteiligt.

Als Genosse Liebknecht zu einer neuen Frage ansetzt, unterbricht ihn abermals der Vorsitzende: Ich gestatte Ihnen nicht, Herr Verteidiger, in dieser Richtung weiter zu fragen. — Dr. Liebknecht: Ich bin mit diesem Teil Fragen auch schon zu Ende.

Als Genosse Hoffmann später auf die Sache zurückkam, erklärte der Vorsitzende: Diese Diskussion gestatte ich nicht!

Als dann Genosse Liebknecht in seinem Plädoyer mit dem Satze begann: Ich will das politische Moment, das hier eine gewisse Rolle spielt, beiseite lassen, unterbricht ihn der Vorsitzende mit den Worten: „Für uns gibt es kein politisches Moment, sondern nur das Gesetz!“ Und bei einem anderen Teile der Liebknechtschen Ausführungen: „Sie entfernen sich von der Sache, ich muß Herrn Schneider schämen, da Sie ihn so herunterreißen.“

Der Staatsanwalt stellte sich vollständig auf den Standpunkt des ersten Urteils. Sehr geistreich war seine Deduktion, daß die Angeklagten doch politische Agitation getrieben hätten. Wozu, so meinte er, habe denn Hoffmann von einem kleinen Stab von Genossen begleitet die Anstalt besucht und nicht allein? Der Herr Staatsanwalt weiß es, die Begleiter sollten den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei vorstellen und so „stillschweigend Stimmung machen“. Daß die Angeklagten nicht mit Worten Stimmung gemacht hätten, sei nicht entscheidend. Es sei bloß ein Gebot der Vorsicht gewesen, daß sie sich unauffällig bewegten.“

In seiner Antwort bewerte Genosse Liebknecht u. a.: Es schäme ihn, daß man die Sache so ansehe, ein solcher Besuch sei an sich nicht unzulässig, aber er werde es, wenn ihn ein sozialdemokratischer Reichstagskandidat mache. Nicht er, der Verteidiger, sondern Dr. Schneider habe die Politik in die Sache gebracht. Aber das Sprechen von der Politik sei immer besser als das Schweigen und Handeln aus politischen Gründen.

In der Begründung des freisprechenden Urteils hieß es: Was der Form der Einladung durften die Angeklagten annehmen, daß ihr Besuch keinen Widerstand finden würde. Für Zweck war die Wählerlisten-Angeliegenheit. Das Gericht nahm nicht an, daß die Angeklagten mehr getan haben, als sie selber sagten.

So ist also eine der merkwürdigsten Staatsaktionen verpufft, die wir bis jetzt unterm Paarungslurke zu verzeichnen hatten. Die verhassten Sozialdemokraten, die der patriotische Staatsanwaltsflecker treffen wollte, sind freigesprochen, der Reichshöfengerichtsrat muß bestreiten den sozialdemokratischen Hausfriedensbruch“ aus seiner Liste sozialdemokratischer Kandidaten streichen und als Resultat der ganzen Anstrengung verbleibt nur — ein Beitrag zum Wesen unsererer Justiz.

Zum Krieg im Bäckergerwerbe.

Die Polizei als Schutztruppe der Bäcker-Innungen.

Das Eingreifen des laufenden Publikums zugunsten des Streiks der Bäckergehilfen, der Hofloft gegen diejenigen Bäckerzien, welche die Forderungen nicht bewilligen, ist eine Waffe, die von den Innungsführern ganz besonders geschätzt wird. Um diese Waffe unwirksam zu machen, sind bekanntlich die Innungsbeamten mit Ordnungstrafen gegen den Ausschlag der Bewilligungsplakate vorgegangen. Doch hat diese ungeschickliche Maßnahme keinen Erfolg gehabt, zumal die Innungen doch nur den Bäckermeistern, aber nicht den Ladwarenhändlern Strafen androhen konnten. Die Bewilligungsplakate blieben also trotz der terroristischen Maßnahmen der Innungen an ihren Plätzen. Der Hofloft hat trotz aller Machinationen seine Wirkung getan und die Meister, welche nicht bewilligt haben, haben den Schaden davon.

Jetzt tritt die Polizei auf den Plan, um den Innungen zu helfen und in ihrer Weise den Hofloft unwirksam zu machen. Die Entfernung der Bewilligungsplakate, welche die Innungen durch seine Drohung erreichen konnten, wird jetzt durch die Nachmittel der Polizei durchzusetzen versucht. Wie soeben bekannt wird, sind in den letzten Tagen in verschiedenen Stadt-gegenenden Polizeibeamte bei Bäckermeistern und Händlern erschienen und haben die Entfernung des Bewilligungsplakates verlangt. Manche Bäckermeister haben, in begrifflicher Unkenntnis über die Rechtslage, dem Verlangen der Polizeibeamten stattgegeben. Andere haben sich dessen geweigert, dann ist ihnen von den betreffenden Beamten gesagt worden, der Ausschlag des Plakates sei strafbar, und wo auch dieser Hinweis nicht den gewünschten Erfolg hatte, wurde gewaltsame Entfernung des Plakates in Aussicht gestellt. Ein Vorgehen dieser Art wird uns aus dem Gebiet des 105. Polizeireviere gemeldet. Dort ist der Polizeileutnant selbst zu einem Bäckermeister gegangen, der dem Verlangen des Schutzmannes, das Plakat zu entfernen, nicht Folge leistete. Der Leutnant bemühte sich, dem Bäckermeister klar zu machen, daß das Plakat nicht ausgehängt werden dürfe, daß der Bäckermeister bestraft würde, wenn er es nicht entferne usw. Der Meister blieb jedoch fest, denn er wußte, daß dem Verlangen des Beamten jede gesetzliche Grundlage fehlt. „Reigen Sie mich nur an, bestrafen Sie mich, aber das Plakat wird nicht entfernt“ sagte der Bäckermeister. Nach dieser Unterredung kamen wieder Schutzleute und verlangten im Auftrage ihres Vorgesetzten die Entfernung des Plakats bis zu einer bestimmten Stunde. Auch diesem Verlangen kam der Meister nicht nach. Dann erschienen zwei Schutzleute, welche angaben, sie hätten den Auftrag, das Plakat abzunehmen und mitzunehmen. Jetzt entfernte der Meister, um ein gewaltsames Einschreiten der Beamten zu verhindern, das Plakat selbst, sagte den Beamten aber gleich, daß er es bald wieder anbringen werde. Tatsächlich hat die Polizei nun verschiedentlich gegen Geseh, Recht und Hausfrieden die Plakate mit Gewalt entfernt. Wenn die Streikleitung nur ein Bruchteil von den Gewalttaten und Gesehverletzungen sich hätte zu schulden kommen lassen, die Polizei und Unternehmer trügiglich begehen, im Bewußsein, daß Recht und Geseh ja doch zu ihren Gunsten bebaut wird, wäthlich die gesamte Leitung sähe längst hinter Schloß und Riegel. In Keil- und Schrift wird es den Arbeitern bei diesem Kampf vor Augen geführt, daß Rechtspflege, Ausbeutertum und Polizei in halber Eintracht gegen die Interessen der Arbeiter zusammen wirken. Solche Gehorbeit wird ihre Wirkung nicht verschelen.

Der Krieg, den die Polizei gegen die Plakate führt, ist durchaus ungeschicklich. Soweit wir erfahren konnten, führt die Polizei ihr Verlangen auf den § 9 des alten preussischen Preßgesetzes. Derselbe lautet:

„Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben als Anündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gestohlene, verlorene

und gesunde Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden."

Nur durch juristische Auslegungskünste ist der § 9 des preussischen Preßgesetzes überhaupt als anwendbar erklärt, freilich z. B. gegen den Plakaten nicht angewendet worden. Würde sich unsere Rechtsprechung, namentlich wenn es sich um Vorgänge in der Arbeiterbewegung handelt, nicht in gekünstelten Auslegungen ergehen, sondern die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigen, dann läge der § 9 längst da, wohin er gehört, nämlich in der Kammer. Da er aber nach der herrschenden Rechtsprechung immer noch als eine der kleinen Waffen gegen die Arbeiterbewegung angewandt wird, so hat der Bäderverband von vornherein mit dieser veralteten Bestimmung gerechnet. Nach juristischem Rat den Inhalt der Plakate so gestaltet, daß selbst das preussische Gesetz gegen dieselben nicht ins Feld geführt werden kann. Die Plakate, in denen Bädermeister und Händler ihren Kunden mitteilen, daß die von ihnen feilgebotenen Waren unter den vom Bäderverband geforderten Bedingungen hergestellt sind, müssen ohne Zweifel als "Nachrichten für den gewerblichen Verkehr" gelten, die § 9 des preussischen Preßgesetzes ausdrücklich als statthaft erklärt.

Wenn die Polizei die Entfernung der Plakate verlangt, oder mit Gewalt entfernt, so handelt sie ungesetzlich und kein Gericht kann ihr Vorgehen billigen.

Jeder Bädermeister und jeder Badwarenhandlender, der die Bedingungen des Bäderverbandes erfüllt, hat das Recht, die Plakate in seinem Fenster anzubringen. Wer deshalb einen polizeilichen Strafbefehl erhält, braucht die Strafe nicht zu zahlen. Er kann die Entscheidung des Gerichts anrufen und muß nach Lage der Dinge unbedingt freigesprochen werden.

Wo die Polizeibeamten auf die Entfernung der Plakate bestehen, ist den betreffenden Bädermeistern und Händlern zu raten, sich von den Beamten lassen, von welcher Stelle (ob Reviervorstand oder Polizeipräsident) die Verfügung ausgeht.

Die Rechtsgültigkeit der Verfügung kann im Verwaltungsstreitverfahren angefochten werden.

Wenn Polizeibeamte gegen den Willen des Bädermeisters oder Händlers das Plakat abnehmen, so möge der Betroffene den geschäftlichen Schaden feststellen, den er infolge der Entfernung des Plakats erlitten hat.

Gegen denjenigen Beamten, der den Schuttmann beauftragt hat, das Plakat abzuschneiden, oder die Abnahme unter Androhung von Zwangsmahregeln zu fordern, kann eine Klage auf Schadenersatz erhoben werden.

Der betreffende Beamte handelt nicht im Rahmen seiner Befugnisse. Je mehr die feindlichen Gewalten sich in den Dienst der Zensurmeister stellen, um mit so größerer Energie werden die Arbeiter den Boykott durchzuführen. Der Polizeipräsident ist am Freitag abend telegraphisch von dem Vorgehen der Polizeibeamten unterrichtet und um Abhilfe ersucht worden. Auch an den Minister des Innern ist eine telegraphische Beschwerde abgegangen worden. Bis Sonnabend abend hatten die Beschwerdeführer noch keine Antwort. — Will die Polizeibehörde warten, bis ihre Maßnahmen durch gerichtliches Urteil als ungesetzlich erklärt werden?

Nach dem, was wir bis jetzt erfahren konnten, geht die Polizei in ganz Berlin in der geschändeten Weise gegen das Bewilligungspakat vor und es ist ihr auch, wie der Augenchein lehrt, gelungen, in den meisten Fällen die Entfernung des Plakats aus dem Fenster zu bewirken. Es ist nun Pflicht der Arbeiterschaft, den Kampf der Bädereigenen um menschenwürdige Verhältnisse energischer denn je zu unterstützen. Die Parole muß sein: Nur bei solchen Bädern einkaufen, welche die Forderungen des Verbandes bewilligt haben. Diese Bädereien sind jeden Tag im "Vorwärts" angezeigt. Das Publikum will wissen, wie die Bäder hergestelt sind. Es hat ein Recht darauf, daß auch diejenigen Bädermeister, welche sich durch das ungesetzliche Vorgehen der Polizei einschüchtern lassen, das Plakat wieder im Fenster anbringen. Der Kampf gegen das unbegründete Eingreifen der Polizei in eine Angelegenheit, die ihr nichts angeht, muß mit allen zulässigen Mitteln durchgeführt werden.

### Genossenschaftsbäckerei.

Von einem in der Genossenschaftsbewegung bekannten Genossen erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nummer 130 des "Vorwärts" wird unter der Rubrik "Der Kampf im Bädergewerbe" eine Zuschrift veröffentlicht, die die großen Vorteile betont, die das Bestehen einer bedeutenden Arbeiterbäckerei für die Bädereiarbeiter und für die Konsumenten haben müßte, und auf das Bestehen und das Währen solcher "eigenen großen Bädereien der Arbeiterschaft" in verschiedenen Städten Deutschlands hinweist. Hierzu muß bemerkt werden, daß ein gewaltiger Unterschied besteht zwischen Bädereien, die als Produktivgenossenschaft betrieben werden und Bädereien, die von Konsumgenossenschaften errichtet und betrieben werden. Die Erfahrungen mit den produktivgenossenschaftlichen Bädereien sind nirgends günstig gewesen; sie sind entweder klein geblieben oder gründlich verkracht. Die bildenden Genossenschaftsbäckereien sind überall solche von Konsumgenossenschaften betriebene. Ein wesentlicher Grund für diesen Unterschied liegt auf der Hand: Die Produktivgenossenschaft steht im Konkurrenzkampf auf offenem Markt, die Bäckerei der Konsumgenossenschaft stellt die vorher bekannte Menge Brot her, deren die Mitgliedschaft bedarf; man kann auch sagen: die Bäckerei des Konsumvereins steht nicht mehr in der kapitalistischen Warenproduktion, sie stellt nicht "Ware" her, sondern befriedigt das Konsumbedürfnis der Konsumgenossen.

So haben wir denn, um nur ein Beispiel zu erwähnen, eine Bäckereiproduktivgenossenschaft auf der Entrichter Seite von Leipzig langsam dahinsinken sehen, während auf der Plagwitzer Seite, die sogar industriell weniger entwickelt war, die Bäckerei des Leipziger Plagwitzer Konsumvereins glänzend in die Höhe ging.

Die hygienischen Einrichtungen der Plagwitzer Bäckerei sind musterhaft, die technischen so vollkommen, daß sogar schon Militärbäcker dort zur Ausbildung hingeschickt worden sind; die Arbeitsbedingungen sind selbstverständlich auch im übrigen besser als in irgend einem Privatbetrieb. Wie bedeutend die Bäckerei ist, geht aus folgenden Angaben über die Produktion hervor, die dem letzten Jahresbericht vom September 1906 entnommen sind; es wurden im Geschäftsjahr 1905/06 in der Bäckerei von Leipzig-Plagwitz hergestellt:

206 869 Stüd Brote a 90 Pf.
779 993 " " " " " "
580 624 " " " " " "
2 025 143 " " " " " "
171 501 " Weißbrote (einschließlich 17 484 Stüd Schrotbrote); ferner Weißgebäck als Semmeln, Franzbrote u. dgl. 8 870 712 Stüd.

Für Feinbäckerei, Kuchen, Zwieback und andere gute Ware wurden im Laufe des Jahres in Leipzig-Plagwitz 93 176 M. vereinnahmt.

Wollen die Berliner Arbeiter etwas Ähnliches erreichen, so müssen sie sich zunächst die Konsumgenossenschaft anschließen und ihr auch wirklich ihre Konsumkraft zuwenden. Bedenklich aber wäre es unter der augenblicklichen Wirkung der Boykottstimmung eine große Bäckereiproduktivgenossenschaft zu gründen oder eine kleinere Le-

stehen so stetig zu vergrößern. Aufgabe der einsichtigen Genossen muß es sein, an der Hand der Boykottbestrebungen zu zeigen, daß die Organisation des Konsums, soweit irgend möglich, stetig betrieben werden muß und daß der ständig organisierte Konsum dann ganz andere Ergebnisse zeitigt, als die Versuche der Arbeiterchaft sich in einem gegebenen Augenblick plötzlich auf ihre Macht als Konsumenten stützen zu wollen. Auch hier heißt es: Agitieren und organisieren."

## Der Kampf im Baugewerbe.

Stand der Bewegung.

Die Situation des Solidaritätsstreiks der Puffer stellte der Sektionsleiter Schulz in der gestern vormittag abgehaltenen Versammlung der streikenden Puffer folgendermaßen dar: Am 1. Juni, dem Tage vor dem Streikbeschlusse, waren schon 389 Puffer durch die Bewegung in Mitleidenschaft gezogen. Nachdem am Sonntag die Arbeitsniederlegung beschlossen war, meldeten sich zur Kontrolle am Montag 531, am Dienstag 722, am Mittwoch 702, am Donnerstag 605, am Freitag 576. Bis Freitagabend waren 1327 Streikende eingetragen, von diesen sind aber 752 bei Unternehmern, die bewilligt haben, wieder in Arbeit getreten. Das Eingreifen der Puffer in den Kampf hat einen erfreulichen Erfolg gehabt. 40 Verträge, die infolgedessen abgeschlossen wurden, sind im Bureau der Puffer niedergelegt, dazu kommen noch 20 bis 25 Verträge, welche ebenfalls als Folge des Eingreifens der Puffer auf dem Bureau der Maurer eingelaufen sind. Verschiedene, selbst größere Unternehmer suchten durch Schiebungen eine scheinbare Einigung zu vollziehen, um die Fertigstellung der Pufferarbeiten zu ermöglichen. In mehreren Fällen, wo noch nachträglich festgestellt werden konnte, daß ein falscher Unternehmer vorgeschoben war, sind die Verträge als ungültig erklärt und die Arbeit ist niedergelegt worden. Die Puffer vom christlichen Bauarbeiterverband haben sich dem Vorgehen der Puffer des Zentralverbandes angeschlossen, sie legen ebenfalls die Arbeit nieder, wo die Forderungen nicht bewilligt sind. — Die Arbeitsniederlegung der Puffer wird eine Anzahl von Rechtsstreitigkeiten zur Folge haben. Die betreffenden Unternehmer beanspruchen in Fällen, wo die Pufferarbeiten liegen blieb, den ganzen noch nicht ausgeführten Alforderschuh. Das ist unzulässig. Der Unternehmer darf nur die Arbeit auf Kosten der Puffer, die den Vertrag mit ihm geschlossen haben, fertigstellen lassen und nur diese Kosten von der Gesamtsumme abziehen. Jedoch sind die Fälle nicht alle gleichartig, weil die Arbeitsverträge verschiedenartig sind. Die Sektionsleitung hat eine besondere Rechtschutzkommission eingesetzt, welche in jedem Falle die Rechte der Mitglieder vertreten wird. — An der Diskussion beteiligte sich auch Silbermann. Er erkannte an, daß der Kampf durch das Eingreifen der Puffer sehr günstig beeinflusst worden ist. Die Puffer haben sich in anerkannter Weise mit den Maurern und den übrigen im Kampfe stehenden Arbeitern solidarisch erklärt, sie werden auch ferner dazu beitragen, daß dieser Kampf mit einem vollen Siege endet.

Der Kampf im Baugewerbe hat auch einen nicht geringen Teil der Steinmetzen in Mitleidenschaft gezogen, und dazu kommt, daß sich auf Bauten, wo Maurer und Bauhilfsarbeiter als Streikbrecher tätig sind, der Drang bemerkbar macht, der kämpfenden Bauarbeiterchaft durch Solidaritätsstreik zu Hilfe zu kommen. Die Steinmetzen stehen jedoch in einem Tarifvertragsverhältnis zu ihren Arbeitgebern. Wie der Vorsitzende Winkler in der am Freitagabend stattgefundenen Versammlung ausführte, verlangen die Organisationsleitungen der im Kampfe stehenden Berufe auch keineswegs von den Steinmetzen, daß sie aus Solidarität die Arbeit einstellen, halten vielmehr ein solches Opfer für unnütz. Sie wünschen jedoch, daß die Steinmetzen keine Arbeit ausführen, die bisher von Maurern oder Bauhilfsarbeitern verrichtet wurde, und daß sie, wo Streikbrecher tätig sind, diese durch moralischen Druck von ihrer verwerflichen Handlung abzubringen suchen. Der Redner brachte folgende Resolution in Vorschlag, mit der Bemerkung, daß der Punkt 2 nach den Erklärungen der beteiligten Organisationsleitungen eigentlich nicht mehr in Frage kommt, aber gleichwohl mit angenommen werden könne:

"Die Steinarbeiter Berlins verpflichten sich, den ausgesprochenen und streikenden Bauarbeitern ihre möglichste Unterstützung zuteil werden zu lassen:

1. durch Verweigerung derjenigen Arbeiten, welche vor dem Kampfe von den Maurern oder Hilfsarbeitern ausgeführt wurden;
2. durch Niederlegung der Arbeit in solchen Fällen, in denen nach Maßgabe der beteiligten Organisationsleitungen ein Vorbehalt für die Aussgesprochenen oder Streikenden herabzuziehen;
3. durch Ausübung eines moralischen Drucks auf eventuelle Streikbrecher in solchen Fällen, in denen, ebenfalls nach Maßgabe der beteiligten Organisationsleitungen, eine Arbeitsverweigerung nutzlos wäre."

Diese Resolution wurde nach längerer Debatte, in der die Sympathie mit den kämpfenden Bauarbeitern lebhaft zum Ausdruck kam, angenommen.

## Aus der Partei.

Eine Beitragserhöhung wird in Hamburg erfolgen. Vor einigen Wochen hatte die Delegiertenversammlung der Hamburger Landesorganisation beschlossen, über die von den Vorständen der drei Parteivereine angelegte Beitragserhöhung von 30 auf 40 Pf. pro Monat eine Urabstimmung stattfinden zu lassen. Das Abstimmungsergebnis liegt nun vor. In allen drei Vereinen wurde mit großer Mehrheit der Beitragserhöhung zugestimmt. Für die Erhöhung votierten 2788, dagegen nur 774 Genossen. Die beinahe mit Vierfünftelmehrheit beschlossene Beitragserhöhung tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft. Der Beitrag für weibliche Mitglieder beträgt nach wie vor 10 Pf.

Bei den Gemeindevahlen in Jorckheim (Waden) erzielte die Sozialdemokratie 117—140 Stimmen, die Bürgerlichen stiegen mit 154—179 Stimmen. Der "Volkstribüne" erklärt, daß man einstweilen mit diesem Resultat zufrieden sein könne.

Ein Grabdenkmal wollen die Genossen Wadens dem verstorbenen Genossen August Dreesbach errichten. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den 11. habsburger Wahlkreis (Mannheim) ersucht Beiträge zu diesem Zwecke an den Parteisekretär O. Schäfer in Mannheim, R. 3, 14 II zu richten. Ueber die eingegangenen Gelder wird in der Mannheimer "Volkstribüne" und im "Volkstribüne" Mitteilung erteilt werden.

Personalien. In die Redaktion der "Mainzer Volkszeitung" ist Genosse Schildbach eingetreten, der vor kurzem infolge des bekannten Konflikts aus der Redaktion der "Nordhäuser Volkszeitung" ausschied.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. In Derikon bei Zürich trat bei einer Wahlbeteiligung von circa 80 Prozent unser Parteigenosse Jank mit 506 gegen 424 Stimmen über seinen bürgerlichen Gegner bei der Gemeinderatswahl. Vor 4 Wochen hatten bei den allgemeinen Wahlen unsere Genossen infolge nachlässiger Wahlbeteiligung der sozialdemokratischen Wähler eine bedauerliche Niederlage erlitten. — In Strättlingen (Kanton Bern) siegten am letzten Sonntag die sozialdemokratischen Kandidaten für die Stelle des Gemeindevorstandes mit 315 gegen 238 und für die des Gemeindevorstandes mit 308 gegen 230 Stimmen. Die beiden gewählten Genossen heißen Siegenhaller und Gerber. Damit hat die Arbeiterchaft im Kanton Bern den zweiten Gemeindevorstand erhalten.

Auf dem außerordentlichen Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich, der am 23. Juni im Kasino Höttingen in Zürich stattfand, wurden die Genossen Manz über Organisation, Agitation und Taktik, Grunlich über das Verhältnis von Christenvereinen und sozialdemokratischen Mitgliedschaften sowie über den internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart referieren.

Die sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder Hollands hielten am Sonntag in Utrecht eine außerordentliche Versammlung ab, die sich mit den bevorstehenden Gemeinderatswahlen beschäftigte. Mit Rücksicht auf die zunehmende Stärke der Partei, so führte der Vorsitzende Genosse Tafel aus, würden überall Kandidaten zu den Gemeinderatswahlen aufgestellt und keine Kompromisse mit bürgerlichen Parteien abgeschlossen werden, auch bei den Stichwahlen nicht, da die Sozialdemokraten grundsätzlich das kleinere Übel wählen würden. Wenn die Genossen meinten, daß das sozialdemokratische Gemeindeprogramm nicht revolutionär sei, daß sie es unterschreiben könnten, so behauptete er, daß seine gänzliche Erfüllung ganz bestimmt revolutionär wirken werde. Viele Gemeinden Hollands haben bereits monopolistische Betriebe im Gemeindebetrieb übernommen, sie sind aber auf Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahn und Telephon beschränkt geblieben. Der nächstfolgende Schritt muß die Kommunalisierung der Milchlieferung sein und dann müssen wir weiter auf diesen Wege. Tausende Arbeiter und Beamte, deren Arbeitsbedingungen, Rechtsposition und Vereinigungsrecht von den Gemeinden abhängen, haben ein besonderes Interesse an der Vertretung der Sozialdemokratie in den Gemeinderäten. Die Sozialdemokratie müsse bessere Elemente in diese bringen, auch mit Rücksicht auf den Unterricht, der der bestmögliche und für alle zugänglich, sowie in gewissem Maße obligatorisch sein müsse.

Es wurden sodann verschiedene Fragen der Gemeindepolitik in Referaten und Diskussion besprochen. Beschlüsse wurden dazu nicht gefaßt. Dagegen wurde beschlossen, das Organ des Gemeindevereins womöglich noch vor nächstem Herbst als monatliche Zeilage zum Parteiorgan "Der Volk" erscheinen zu lassen.

### Der Kongress der italienischen Syndikalisten.

Rom, 6. Juni. Am 14. Juni tritt in Ferrara der Kongress der italienischen Syndikalisten zusammen. Zur Teilnahme werden zugelassen: die Delegierten von syndikalistischen Organisationen (ob sie der Partei angehören oder nicht), solche der gewerkschaftlichen Sektionen, die das syndikalistische Programm annehmen und endlich die Delegierten der syndikalistischen Jugendorganisationen. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bericht über die "Azione". Referent: Leone Mantica. — Beziehung zwischen Syndikalisten und sozialistischer Partei. — Syndikalistische Organisation und Propaganda. — Formen des gewerkschaftlichen Kampfes. — Konföderation der Arbeit. — Syndikalismus, Wahlkampf und parlamentarische Aktion. — Arbeiterschutzgesetzgebung. — Syndikalistische Presse. — Antimilitarismus. — Antimilitarismus. — Jugendorganisation.

Von dieser übermäßig langen Tagesordnung dürfte kaum die Hälfte zur Erledigung kommen. Das Hauptinteresse konzentriert sich auf den Bericht über die "Azione", auf die Beziehung zur Partei und die Stellung zur parlamentarischen Aktion. Wie es scheint, werden alle syndikalistischen Gruppen, außer der von Neapel, den Kongress beschiden. Labriola, der als Referent zum Punkt 7 bestellt war, hat es abgelehnt, an dem Kongress teilzunehmen, da er ihn für inopportun hält und auch in der Frage der "Azione" einen von dem der syndikalistischen Mehrheit abweichenden Standpunkt einnimmt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Die Ehre des Schuhwarenfabrikanten.

Halle, 8. Juni. (Privatdepesche des "Vorwärts".) Genosse Fröhlich vom "Volkstribüne" wurde vom Schöffengericht im Privatklagenverfahren wegen Verleumdung des Schuhwarenfabrikanten Haase in Weizenfeld zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Straffkonto der Presse. Wegen Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung wurde Genosse Oscar Hoffmann von der "Freien Presse" zu Ebersfeld vom Elberfelder Landgericht zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um den bekannten, dem "Vorwärts" entnommenen Artikel "Aufhebung des Vereinsgesetzes durch das Kammergericht", wegen dessen Verleumdung des "Vorwärts" und Genosse Wolters von der "Niederrheinischen Volkstribüne" zu Krefeld ebenfalls je 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Der beleidigte Rabattverein. Auf ein Klingblatt des Rabattvereins zu Magdeburg gegen den dortigen Konsumverein hatte der Genosse Holzappel im Auftrage des Konsumvereinsvorstandes durch einen Handjettel entsprechend geantwortet. Der Vorstand des Rabattvereins klagte und Genosse Holzappel wurde zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Die Presse vor der Revisionsinstanz. Wegen Verleumdung des Schöffengerichts Remscheid ist Genosse Gray von der "Remscheider Arbeiterzeitung" zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte ein Urteil, das das Gericht gegen ihn fällte, kritisiert. Das Reichsgericht verwarf die Revision.

## Soziales.

### Szenen aus dem "Deutschen Kolonialhaus".

Recht erbauliche Dinge waren es, die gestern gelegentlich einer Passenklage gegen Herrn Bruno Antelmann in Birna, Deutsches Kolonialhaus" vor der 1. Kammer des Kaufmannsgerichts zur Sprache kamen. Als Kläger traten zwei Geschäftsführer, zwei Verkäufer und ein Reisender auf. Sie waren sämtlich auf eine bestimmte Probezeit engagiert worden, aber schon nach wenigen Tagen wurden sie wegen Unbotmäßigkeit oder Widerstandes gegen die Verfügungen des Prinzipals" vor die Tür gesetzt. Die Maßregelung traf die Angestellten um so schwerer, als sie meist von A. aus der Provinz engagiert wurden und mit den Berliner Verhältnissen noch gänzlich unbetraut waren. Wie erst jüngst ein Ehepaar auf 25 glänzende Versprechungen hin seinen Haushalt in Dessau aufstellte und dadurch Tausende verlor, daß es nach wenigen Wochen zum Bruch kam, so hatten auch diesmal die Kläger gute Stellen in Guben, Dortmund, Striegau usw. aufgegeben, um in der Reichshauptstadt eine Position einzutauschen, die ihnen nicht als überaus aussichtsreich geschätzt wurde. Der Freund über das großartige Berliner Engagement folgte dann die Enttäuschung nur zu bald. — Am anschaulichsten schilderte das ganze Nisken im Hause Antelmann der erste Kläger, der Geschäftsführer Eugen von W., der wegen 117 M. Restgehalt klagte. Am 18. März bekam er eine Rohrpostkarte, daß er sich — ja am selben Tage nach 12 Uhr vorstellen solle. Er wurde denn auch als Vertrauensperson für den Restaurationsbetrieb engagiert, hatte aber gleich in den ersten Tagen seiner Tätigkeit die Empfindung, als befände er sich in einem Zollhaus, nicht in einem Geschäftsbetriebe. In seiner 30jährigen Tätigkeit sei er nie auf ähnliche Zustände gestoßen. Wegen der geringen Geschäfte geriet Herr Antelmann in Eile. So hatte ein Kleiner zu einem Vissetmädchen "Lieschen" gesagt; A. machte ihm die heftigsten Vorwürfe, wie er als Geschäftsführer so etwas dulden könne. Gemeinhin war Herr A. für das Personal nicht zu sprechen, er erteilte am Tage nur wenige Stunden seine "Audienzen". Eines Abends wurde er vom Ehepaar auch "zur Audienz befohlen" und mußte eine Viertelstunde wie ein dummes Junges warten, während Herr A. zwei Regentjungen französischer Volabeln abhörte. Am nächsten Tage hatte wiederum Herr A. nach ihm verlangt und die Empfangsdame hatte ihm die Tür zum Eintreten in den Empfangsraum geöffnet. Wie ein Rasender schrie ihn A. an, wie er dazu komme, un-

angemeldet einzubringen, und ließ ihn durch einen Diener aus dem Geschäftslokal weisen. — Der Gerichtshof riet in dieser Sache zum Vergleich, der auch in Höhe von 70 M. zustande kam. Ebenfalls ergab die Verklagte einen Vergleich in Höhe von 100 M. bezw. 75 M. in den Klagen des Verkäufers M. und des Geschäftsführers St., welche Vergleiche gleichfalls vom Gericht angeordnet wurden. Im ersten Falle hatte der Kläger nach der Probezeit stillschweigend weitergearbeitet, und die Majorität der ersten Kammer vertrat die Ansicht, das Engagement sei nach abgelaufener Probe nicht in ein festes umgewandelt, da es Sache des Klägers gewesen wäre, an den Beklagten heranzutreten und mit ihm wegen der weiteren Tätigkeit sich zu verständigen. Daburh, daß Verklagter den Kläger 19 Tage nach Ablauf der Probezeit stillschweigend weiterbeschäftigt habe, werde die Rechtslage nicht geändert.

In den beiden letzten Klagen erzielte Antelmann die Abweisung der Klagen. Die Weigerung des Verkäufers J. eine Kiste mit Datteln aus dem Keller zu holen, wurde als berechtigter Entlassungsgrund angesehen! Dagegen die Weigerung des Stadtreisenden A., nach 1/7 Uhr abends dem Chef Bericht zu erstatten, obgleich seine Tätigkeit im Vertrag ausdrücklich von 8—8 1/2 Uhr festgesetzt war!

Interessant war aus dem Geschäftsbetriebe des „Deutschen Kolonialhauses“ noch, daß Herr A. seine Wünsche von Zeit zu Zeit dem Personal durch schriftliche „Verfügungen“ kundgibt, daß sich die Verkäuferinnen auf etwaige Entwendungen hin einer ständigen Lebensprüfung unterziehen lassen müssen, und daß ein ausgebreitetes Strafsystem besteht. Wer in der Telefonzelle das Licht ausbrechen vergißt, muß 50 Pf. Strafe zahlen, wer das Klosett beschmutzt, 75 Pf. usw.

Das Drängen des Berliner Kaufmannsgerichts auf Abschluß den Gehältern ungenügender Vergleiche und antiozialer Erkenntnisse wie die vorerwähnten, zeigen, daß die Rechtsprechung des Berliner Kaufmannsgerichts keineswegs den Charakter einer sozial gerechten Rechtsprechung trägt. In den Handlungsbüchern selbst liegt es, durch zahlreicheren Beitritt zum Zentralverband der Handlungsbüchlerinnen und Handlungsbüchlerinnen, Neue Königsstr. 86, Mißstände wie die erörterten für die Zukunft unmöglich zu machen.

### Feiertagsruhe im Bädereigewerbe.

Die Gauleitung des Deutschen Bädereigewerbes für Bayern fordert von den Behörden eine Erweiterung der Feiertagsruhebestimmungen in der Weise, daß am hohen Festen vom ersten Feiertag früh 8 Uhr bis zweiten Feiertag abends 10 Uhr Gehältern und Lehrlingen in den Bädereien nicht beschäftigt werden dürfen, also eine ununterbrochene 24stündige Ruhezeit eintritt. Wegen dieser Forderung liegen die Unternehmerorganisationen — und zwar nicht bloß die des Bädereigewerbes, sondern auch andere, wie die Handelskammern usw. — Sturm, aber bei der oberfränkischen Kreisregierung hatten sie keinen Erfolg. Wie im Magistrat Bayreuth mitgeteilt wurde, hat die Regierung den Antrag der Gauleitung genehmigt.

### Wo war die Gewerbeinspektion?

Im Jahresbericht der Gewerbeinspektoren für das Jahr 1906 widmet der Beamte von Düsseldorf den drei im Bezirke vorhandenen Thomasschlachtmahlern ein besonderes Kapitel — Seite 406—77 — aber von mangelhaften Schutzvorrichtungen weiß er nichts mitzuteilen. Kleinigkeiten können ja schließlich übersehen werden, daß eine ganze Betriebsrichtung den Anforderungen für die Sicherheit des Lebens der Arbeiter nicht entspricht, sollte aber völlig ausgeschlossen sein. Daß das jedoch nicht der Fall ist, hat ein Unfall auf dem Fintropfer Werk dargetan. Wie aus Essen gemeldet wird, hat das Fintropfer Thomasschlachtmahlwerk auf behördliche Anordnung den Betrieb einstellen müssen, nachdem infolge mangelnder Schutzvorrichtungen glühende Schlacken auf einen Arbeiter gefallen waren, der dadurch verbrannte.

Daß so etwas vorkommen kann, ist natürlich nicht die Schuld der einzelnen Beamten; diese sind meist überlastet. Die Hauptschuld trägt das System selbst. Das System taugt nichts. Die Gewerbeinspektion wird erst dann ordentlich funktionieren können, wenn den Beamten Assistenten aus den Reihen der Arbeiter beigegeben werden.

### Ein abgewiesener Konkurrenzklauselprozess.

Das Kaufmannsgericht in Nürnberg hatte sich dieser Tage mit einer Konkurrenzklausel zu befassen. In dem Gut- und Schirmgeschäft Feisel war seit 1897 ein Fräulein Diebel als Verkäuferin tätig. Sie erhielt monatlich 85 M. und 1/2 Proz. des Umsatzes, außerdem jährlich 1300—1400 M. Der Anstellungsvertrag enthielt auch die Konkurrenzklausel, worin bestimmt war, daß die Verkäuferin innerhalb zweier Jahre nach allenfallsigem Austritt in kein Konkurrenzgeschäft eintreten, noch ein solches gründen oder sich an einem solchen beteiligen dürfe. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung war eine Konventionalstrafe festgesetzt. Nun erhielt die Verkäuferin eines Tages von Feisel einen Brief aus Wellheim, wo sich das Hauptgeschäft befindet; darin wurde Bezug genommen auf die neueste Bestimmung, nach der jeder Verkäuferin eine Pause von 1 1/2 Stunden zu gewähren ist. Da der Laden während dieser Zeit nicht geschlossen werden könne, solle sie entweder aus eigenen Mitteln eine Hilfskraft einstellen oder auf die Pause verzichten und den Kontrollbeamten sagen, daß sie abgelöst werde. Diese Zumutung brachte sie derart auf, daß sie dem Unternehmer eine erregte Antwort gab, die dieser als Anlaß benutzte, ihr zu kündigen. Als das Fräulein dann in Nürnberg selbst ein ähnliches Geschäft aufmachte, verlangte er die 1000 Mark Konventionalstrafe. Das Kaufmannsgericht wies seine Klage ab unter Berufung auf den § 75 des Handelsgesetzbuches, der bestimmt, daß eine Konventionalstrafe nicht zu zahlen sei, wenn der Prinzipal selbst das Dienstverhältnis kündige, ohne daß der Angestellte hinreichenden Anlaß dazu gegeben habe. Ein solcher Anlaß sei aber durch die entschiedene Abweisung der Zumutungen des Klägers nicht gegeben.

### Ein Konkursvereinsleiter vor Gericht.

Am 18. Juni 1906 geriet der Konkursverein Karlsruhe in Konkurs. Die Passiven betragen 416 084, die Aktiven 374 312 M. Der frühere Geschäftsführer, der Kaufmann Wilhelm Stöcker, wurde Mitte Juli 1906 verhaftet und bis zum Februar dieses Jahres in Untersuchungshaft gehalten. Am 7. Juni fand vor der Strafkammer Karlsruhe die Verhandlung gegen Stöcker statt. Die Anklage lautete auf einfachen Bankrott und Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz. Stöcker sollte schon in der Bilanz von 1904 einen Posten von 21 000 M. an Wein eingeseht haben, für den keine Deckung vorhanden war. Im Jahre 1904 sollen Warengutheine an Stelle der Dividenden ausgegeben worden sein, obwohl ein Reingewinn nicht vorhanden war. Weiter legte ihm die Anklage zur Last, daß er bei der Hauptinventur am 9. Januar 1906 Inventurzetel aus dem Wege vom Warenlager zum Kontor abgedeckt bzw. gefälscht habe, um den Stand des Geschäfts günstiger erscheinen zu lassen. Auch soll er sogenannte Umwidmungen vollzogen haben und endlich bei der Konturs zu spät angemeldet worden, da bereits Ende Dezember 1905 der Verein konkursfähig war, die Konkursanmeldung aber erst im Juni 1906 erfolgte.

Ein erheblicher Zeugnapparat bestätigte zum Teil, daß in Bezug auf die Umwidmung manches verheimlicht worden sei. Dagegen wurde betont, daß Stöcker keineswegs sich persönliche Vorteile sichern wollte. Das Leitmotiv war, die Konkursanmeldung zu vermeiden und den Mitgliedern ihre Hausanteilscheine, Spareinlagen und Geschäftsanteile zu retten. Kredit war nicht mehr vorhanden, auf der schiefen Ebene des Vorgehens fiel man den Lieferanten auf Gnade und Ungnade in die Hände und schließlich stellte man im Januar 1906 eine Unterbilanz von über 20 000 M. fest. Ein letzter entscheidender Schritt wurde gewagt; mittels der Darlehen benachbarter Konkursvereine, Pflanzung von

Waren durch die Großkaufmannsgesellschaft, Verzinsung einer Anzahl Mitglieder auf ihre Spareinlagen, Wechsel in der Geschäftsleitung und endlich größere Anteilnahme der organisierten karlsruher Arbeiterschaft an dem Warenbezug sollte die Sanierung bewerkstelligt werden. Der Versuch schien zu gelingen. Nach fünf Monaten erwiderte er sich als Täuschung. Was in früheren Jahren gesündigt worden war — der Verein hatte 1902 1719, 1905 nur noch 1363 Mitglieder — konnte in wenigen Monaten nicht gut gemacht werden; der Zusammenbruch war fertig. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurden. Des einfachen Bankrotts wurde Stöcker für schuldig erklart, von der Anklage, die Konkursanmeldung zu spät vollzogen zu haben, freigesprochen. Der Prozeß mahnt daran, daß die Konkursvereine in dem Erwerb und der Herstellung von eigenen Geschäftlichkeiten vorzüglich sein müssen. Die Schwierigkeiten begannen in Karlsruhe in dem Augenblick, als man ein eigenes Warenlager und eine große Wäuderei herstellte.

### Fortbildungspflicht und Stundenplan.

§ 142 der Gewerbeordnung bestimmt: „Statutarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes können die ihnen durch das Gesetz überwiesenen gewerblichen Gegenstände mit verbindlicher Kraft ordnen. Derselben werden nach Anhörung beteiligter Gewerbetreibender und Arbeiter abgefaßt, bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde und sind in der für Bekanntmachungen der Gemeinde oder des weiteren Kommunalverbandes vorgeschriebenen oder ähnlichen Form zu veröffentlichen.“ Das Kammergericht entschied in einem Strafverfahren gegen den Wädermeister Dölling aus Wochum, der das Ortsstatut über die Fortbildungspflicht übertreten hatte, daß jene zitierte Vorschrift über das Zustandekommen des Ortsstatuts auch beim Zustandekommen des Stundenplanes befolgt werden müsse. Unterbleibe das, wie in Wochum, dann bestehe trotz der entsprechenden Vorschrift des „Ortsstatuts“ auch keine Pflicht zum Besuch der Schulstunden. Aus diesem Grunde sei der Angeklagte vom Landgericht mit Recht freigesprochen worden von der Verurteilung, den Lehrling nicht zum Besuch der Schule angehalten zu haben.

Demnach müßten die einzelnen Gemeinden revidieren, ob die Vorschrift des § 142 der Gewerbeordnung auch nach dieser, wie uns scheint, zu weit gehenden Auslegung des Kammergerichts beobachtet ist, ob also die beteiligten Arbeiter und Gewerbetreibenden auch über den Stundenplan gehört sind.

## Aus Industrie und Handel.

**Geschäftslage im Zementgewerbe.** Je mehr Zementfabriken ihre Geschäftsergebnisse für das Jahr 1906 veröffentlichen, desto deutlicher wird die außerordentliche Prosperität, deren sich die Zementindustrie im letzten Jahre erfreute. Nachdem sich für die Gesellschaften, die im Monat März über ihren Geschäftsabschluss berichteten, eine Durchschnittsverzinsung von 12,0 gegen 8,4 Prozent auf rund 49 Millionen Mark Aktienkapital ergeben hat, haben im April weitere 10 Zementwerke mit 12,4 Millionen Mark ihre Bilanzen veröffentlicht, die eine durchschnittliche Verzinsung des Aktienkapitals von 10,5 gegen 4,4 Prozent im Vorjahre ausweisen. Bei diesen letzteren Gesellschaften hat also die Rentabilität die vorjährige um weit mehr als das Doppelte überholt, während sie bei den ersteren um zirka 4 Prozent höher war. Aus diesen Ziffern läßt sich mit einiger Sicherheit auf die Gesamtrentabilität in der Zementindustrie schließen, die demnach im Jahre 1906 eine außerordentlich günstige war.

**Wismarschlütze.** Wie gemeldet wird, wird die Wismarschlütze bei erheblich höheren Abschreibungen für das Jahr 1906/07 25 Proz. Dividenden verteilen gegen 22 Proz. im Vorjahre.

**Die Handelsgefesellschaft und die Konsumgenossenschaften in Norwegen.** Das norwegische Odelsting beschäftigt sich gegenwärtig mit der Beratung eines neuen Handelsgesetzes. Am Dienstag wurde über einen Paragraphe beraten, der den Handelsbetreibenden und damit auch den kooperativen Gesellschaften verbietet, in ein und derselben Kommune mehr als eine Verkaufsstelle zu haben. Unter Parteigenosse Dr. Erissen stellte hierzu im Namen einer Komiteeminderheit den Änderungsantrag, daß kooperative Gesellschaften das Recht haben sollten, in der Kommune mehr als eine Verkaufsstelle für ihre Mitglieder zu haben. Der Antrag wurde mit 64 gegen 26 Stimmen angenommen; jedoch wurden noch zwei Zusatzanträge angenommen, die befragen, daß kooperative Gesellschaften, wenn sie mehr als eine Verkaufsstelle errichten, nur an ihre Mitglieder verkaufen dürfen und für jede Verkaufsstelle einen Handelsbrief lösen müssen.

## Russische Beamtenuntreue in Mecklenburg.

Telegraphischer Bericht.)

Schwerin, 8. Juni.

### 5. Verhandlungstag.

Bei Eröffnung der heutigen Sitzung richtete der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Schmidt an das Publikum die Bitte, seiner Stimmung nicht allzu laut Ausdruck zu geben. Das entspreche nicht dem Ernste der Situation, da es sich hier nicht um ein Lustspiel, sondern um ein Trauerspiel handle. Wenn aber so häufig das Rudrum: Heiterkeit in den Prozeßberichten erscheine, so könnte ein solcher Eindruck nach außen erweckt werden. Sachverh. Oberlandesgerichtsdirektor Kols bestätigte die Angaben der Angeklagten Müller, Hinzpeter und Brüdigung, daß die Rechnungen höher ausgestellt wurden, als es den laut Kontobüchern gelieferten Waren entsprach. Bei der Berechnung des Schadens stellte er fest, daß im ganzen bei der Wurst Aufschläge von 1740 Kilogramm im Werte von 2995 M. gemacht wurden. Ob auch bei anderen Fleischsorten Aufschläge stattfanden, ist nicht besonders ermittelt worden. Dazu kommt der Schaden bei der Anstalt infolge falscher Fleischrechnungen, und dadurch, daß der Aufschlag bei Schmalz im Bruttogewicht wiederholt als volles Gewicht in Rechnung gestellt wurde. Es wird nun zu den

### weiteren Vertragsgruppen

übergegangen, die sich Hofschlächtermeister Bild nach der Anklage zuschulden kommen ließ, nämlich:

1. Die Anhebung höherer als der kontraktmäßig festgesetzten Preise;
  2. Die Lieferung geringerer Fleischqualitäten.
- Nach dem Kontrakt war die Lieferung von drei Sorten Fleisch vereinbart. Bei Kalbfleisch z. B., das zunächst hier in Frage kommt, wurde unterschieden: Kalbfleisch zu 70 Pf., Kalbsbraten zu 150 M., Kalbskarbonade und Schnitzel zu 160 M. Nach der Anklage ist aber Kalbfleisch meist als Kalbsbraten berechnet worden. Angeklagter Bild behauptet, daß er dazu berechtigt war. Es habe sich eigentlich nur um die Teilung zwei- und dreiflößigen Fleisches gehandelt. — **Bors.:** Nach dem Kontrakt werden drei Sorten unterschieden. Wenn eine Dame in Ihren Laden kommt und Kalbsfleisch verlangt, was fordern Sie von ihr? — **Angell.:** 80 Pf. — **Bors.:** Wenn eine Dame Kalbsbraten verlangt, was kostet das? — **Angell.:** 1 M. — **Bors.:** Wie kommen Sie denn dazu, der Anstalt Sochsenberg einen Einheitspreis für Braten zu berechnen? — **Angell.:** Weil für die zweite Klasse immer Bratenfleisch verlangt wurde. Das gewöhnliche Fleisch war nur für die III. Klasse. Das war bei Rindfleisch genau so. — **Bors.:** Drehen Sie sich doch nicht im Kreise herum. Wenn Sie es bei Rind-

fleisch auch so gemacht haben, so wäre ja das eine ganz neue Uebervorteilung von Ihnen. Es war ja im Bodenzettel gar nicht angegeben, für welche Klasse Sie liefern sollten, es hieß doch nur z. B. 45 Kilogramm Kalbsfleisch. — **Angell.:** Das wußte ich schon, daß es für die II. Klasse war. — **Bors.:** Geben Sie also zu, daß Sie für gewöhnliches Kalbsfleisch Bratenpreise in Rechnung gestellt haben? — **Angell.:** Ja wohl, mit vollem Recht. — **Bors.:** Aber durchaus gegen den Kontrakt, denn wozu hatte man denn drei Sorten unterschieden?

**Angell.:** Schulte gibt zu, daß alles Fleisch für die erste und zweite Klasse als Bratenfleisch berechnet wurde. Eigentlich sei das ja nicht richtig gewesen. Ich meine aber, daß ich auch einige Male monierte, daß das Kalbsfleisch zu hoch berechnet sei. — **Bors.:** Deshalb haben Sie es denn attestiert? — **Angell. Schulte:** Bild sagte, daß er bei den Submissionspreisen nicht bestehen könne. — **Bors.:** Na ja, Sie waren ja wohl in der Hand des Bild? — **Schulte:** Ja. — **Bors.:** Sie geben wohl zu, daß Sie damit dem Bild widerrechtlich bedeutende Vorteile zumommen liehen. — **Schulte:** Jawohl. — **Angell. Bild:** Ich habe den Bratenpreis in der Submission nur deshalb gestellt, weil ich annahm, daß ich auch Kalbsfleisch zum Bratenpreis berechnen könnte. Sonst hätte ich nicht zum Preise von 1,30 bis 1,50 M. Kalbsbraten einschließlich Neale liefern können.

**Der Angell. Hinzpeter** gibt an, daß er zuerst Kalbsfleisch extra gebucht habe, bis ihm gesagt wurde, es solle alles als Braten gebucht werden. — **Bors.:** Sie bekamen doch auch eigene Verpackung zweiter Klasse; fiel Ihnen da nicht auf, daß es kein Braten war? — **Angell.:** Nein, das war ja alles mit einer Sauce getuscht. (Heiterkeit.) Ich habe selten davon gegessen, sondern fuhr meistens nach Schwerin zu meinen Eltern. — **Bors.:** Warum mochten Sie denn das Essen nicht? — **Angell.:** Weil es zu schlecht war. — **Bors.:** Das Fleisch war wohl schlecht? — **Angell.:** Nein, die Zubereitung schmeckte absolut nicht.

**Angell. Bild:** Wenn er, wie es die Anklage wünsche, berechnet hätte, hätte er in den ganzen Jahren mindestens 50 000 M. an Kalbsfleisch zugefetzt. Nach dem Zusammenbruch habe er für Kalbsfleisch mehr bekommen als vorher für Kalbsfleisch mit Braten zusammen. — **Der Staatsanwalt** stellt fest, daß bei Uebnahme der Lieferungen durch den Angeklagten tatsächlich Kalbsfleisch als gewöhnliches Kalbsfleisch berechnet wurde. — **Als Sachverständige** zu diesem Punkte werden die Schlächtermeister Legow und Anholts aus Schwerin sowie der jetzige Magazinverwalter in Sachsenberg Schmidt, ein gelernter Schlächter, vernommen. Legow und Schmidt erklären: Wenn man im Laden Kalbsfleisch verlangt, so versteht man darunter allgemein Kalbsfleisch. Es komme ja auch vor, daß man Neale und Karbonadenstücke als Kalbsfleisch verlange, aber das wüßte dann extra gesagt werden. Sonst werde für Kalbsfleisch Brath, Koden und Bauch des Kalbes verwendet, während zum Kalbsbraten Neale und Rücken verwendet werden. Wenn nicht besonders feinere Stücke vereinbart werden, müßte Kalbsfleisch als Kalbsfleisch berechnet werden. Die Berechnung zu den höheren Bratenfleischpreisen sei nicht berechtigt. — **Sachverh. Anholts** wendet ein, daß bei Kalbsfleisch auch Vorderbeine und Hantige Kodenstücke mit hineingerechnet werden, während das bei Kalbsfleisch nicht der Fall sei. — **Sachverh. Legow** gibt noch an, daß er jetzt Lieferant für Sachsenberg sei. Wenn Kalbsfleisch verlangt werde, so betrachte er es als dasselbe wie Kalbsfleisch, es sei denn, daß besondere Stücke vereinbart werden. Wenn Karbonaden dazwischen sein sollen, so habe ich mich nicht für berechtigt, den Bratenfleischpreis zu berechnen, dann müßte jede Sorte für sich berechnet werden. Der Preis für einfaches Kalbsfleisch ist derselbe wie für Kalbsfleisch, er beträgt in den letzten Jahren 80 Pf. pro Pfund.

Die sachverständigen Schlächtermeister geben noch an, daß die Submissionspreise des Angell. Bild außerordentlich niedrige seien. Kalbsfleisch für 70 Pf. sei man bei den gegenwärtigen Fleischpreisen gar nicht imstande zu liefern. — **Obermedizinalrat Dr. Martusch,** Direktor der Landesirrenanstalt Sachsenberg, gibt an, daß die Anstalt bis 1887 Zuschüsse brauchte. Von dieser Zeit an hatte sie steigende Ueberschüsse, die aber 1896 ausfielen und bis wieder in Zukunft verwendet werden. Der höchste Auswuch wuchs im Jahre 1903 gefestigt werden, er betrug 55 000 M. Zeuge führt über verschiedene Faktoren an, welche diese Zuschüsse bewirkt haben könnten, einmal die schwankende Zahl der Kranken, dann die Verbesserung der Einrichtungen, Anschaffung von Wäsche usw., die Erhöhung der Gehälter, die Vermehrung des Wärterpersonals, besonders aber die Verbesserung der Kost. So wurde die Margarine für die dritte Klasse abgefaßt. Dadurch sei wohl ein großer Teil der Zuschüsse zu erklären. Der letzte Rest der Zuschüsse, viellecht 15 000 M., sei einmal durch die Verteuerung der Lebensmittel, weiter durch die hier in Frage stehenden Verrentungen zu erklären. — **Bors.:** Der Angeklagte Bild sagt, daß Sie zu ihm von anonymen Briefen bekannt, ich würde davon auch nie zu einem Lieferanten sprechen; am allerwenigsten aber würde ich mich durch anonyme Briefe bestimmen lassen, Lieferungen anderweitig zu vergeben. Mir war allerdings aufgefallen, daß sehr große Bratenrechnungen vorgelegt wurden und wenig Kalbsfleischrechnungen, während eigentlich das Umgekehrte der Fall sein müßte. Das veranlaßte mich auch, 1905 eine Aenderung der Lieferungen vorzunehmen, indem ich seitdem ganze Tiere liefern lasse. Höhere Preise, als kontraktlich festgesetzt, hätte ich Bild niemals zugestimmt. Vor der letzten Submissionsvergebung im Sommer 1906 kam mir zu Ohren, daß Schulte ein hohes Konto bei Bild habe. Ich fragte Bild, ob Schulte bei ihm ein unbeglichenes Konto hätte, was Bild strikt verneinte. Ich hätte sonst an Bild gar nicht mehr die letzte Submission vergeben. — **Bert. Justizrat Sello:** Die dritte Klasse erhielt, wie festgestellt, seit Jahren kein Kalbsfleisch mehr, der Speisezettel für die zweite Klasse führt aber nur Kalbsbraten auf. — **Zeuge Ober-Med. Rat Martusch:** Das habe ich nie angeordnet; ich wollte im Gegenteil immer Abwechslung in den Speisen haben. — **Bors.:** Wenn man Kalbsfleisch nicht geben wollte, brauchte man es doch nicht in der Submission anzuführen. — **Sachverh. Kols** stellt fest, daß seit 1890 Kalbsfleisch überhaupt nicht mehr in den Rechnungen vorkomme. — **Bert. Sello:** Wurde Ihnen auch der Speisezettel vorgelegt? — **Zeuge Ober-Med. Rat Martusch:** Jawohl. — **Bert. Sello:** Ist Ihnen entgangen, daß die ganzen 7 Jahre hindurch dieses nach ihrer Ansicht für die Abwechslung wesentliche Nahrungsmittel auf dem Speisezettel der dritten Klasse ausgeblieben ist? — **Zeuge:** Das konnte nicht übersehen werden.

### Es erscheint dann als Zeugin

**Frau Hofschlächtermeister Elisabeth Bild,** die Ehefrau des Angeklagten Bild. Sie erklärt, daß sie ausfragen wolle. Frau Bild hat im Kontor und Geschäft ihre Mannes mitgeschaffen, aber mit dem Abwiegen hat sie nichts zu tun gehabt. — **Bors.:** Die jungen Schreiber in Sachsenberg haben von Ihrem Manne Geld bekommen? — **Zeugin:** Ja, für die Arbeit des Kollationsierens mit unseren Wädhern und dafür, daß sie danach die Rechnungen ausstellten. — **Bors.:** Wieviel bekamen die Schreiber? — **Zeugin:** Das weiß ich nicht. — **Bors.:** War nicht auch die Rede davon, daß Aufschläge gemacht werden und höhere Beträge in die Rechnungen kommen sollten? — **Zeugin:** Das halte ich für ausgeschlossen. — **Bors.:** Sie wissen also nichts davon? — **Zeugin:** Nein. — **Bors.:** Der Angell. Müller hörte aber, wie Sie äußerten, daß der Hinzpeter so schnell in die Fuhrstapfen des Brüdigung getreten sei. — **Zeugin:** Ich halte das für ausgeschlossen. — **Bors.:** Aber Müller sagt es doch; war er nicht ihr Vertrauensmann? — **Zeugin:** Ja, ich halte es aber für ausgeschlossen. — **Bors.:** Haben Sie sich nicht bei Müller nach der Höhe der Aufschläge erkundigt? — **Zeugin:** Nein. — **Bors.:** Müller, wie ist das? — **Angell. Müller:** Frau Bild fragte, wie hoch Brüdigung die Aufschläge machte, man müsse das doch wissen. — **Zeugin:** Ich weiß nichts darüber. — **Bors.:** Was geschah denn mit den alten Wädhern? — **Zeugin:** Die habe ich unter dem Wursttisch verbrannt, bezw. durch die Leute verbrennen lassen. Es waren das Kladden und alte Hauptbücher. — **Bors.:** Weshalb taten Sie es denn? Man bewahrt doch alte Schuldenbücher auf. — **Zeugin:** Ich hielt die Bücher für wertlos, sie waren vollge-

schreiben und die Konten bezahlen. — **Vorf.:** Haben Sie Ihren Mann danach gefragt, ob Sie es tun sollten? — **Beugin:** Ich glaube nicht. — **Vorf.:** Nun fällt auf, daß für November aus einem der Bücher das Schulkonto des Angekl. Schulze fehlt und daß bei den wiederholten Durchsichtungen dieses Buch nicht gefunden wurde. — **Beugin:** Das weiß ich nicht. — **Vorf.:** Die Bücher müssen doch dagewesen sein. Das Verschwinden der Bücher muß zu der Zeit erfolgt sein, als schon der Zusammenbruch in Sachsenberg stattfand. — **Beugin:** Ich weiß das nicht. — **Vorf.:** Sind nicht auch Seiten aus einem Buche herausgerissen? — **Die Beugin schweigt.** — **Vorf.:** Hier ist ein Hauptbuch, das fängt mit Seite 17 an; Angeklagter Bild, wie ist das? — **Angekl. Bild:** Ich habe mich um die Schreibereien nicht gekümmert. Ich so, ja, der Untersuchungsrichter hat einmal einige Seiten ausgerissen. — **Oberlandesgerichtsdirektor Holz befragt das.** — **Beugin Bild gibt noch an, es sei richtig, daß Schulze nur einige Male bezahlt habe und dann immer das Fleisch schuldig geblieben sei.** — **Vorf.:** Sie können uns also über dieses eine Buch, aus dem die Schuld der Schulze hervorgeht, keine Auskunft geben? — **Beugin:** Nein. — **Vorf.:** Angekl. Müller, ist das, was Sie über Frau Bild gesagt haben, die Wahrheit? — **Angekl. Müller:** Jawohl. — **Frau Bild** wird darauf für heute entlassen.

**Beugin Adhin Schwarz** hat gesehen, daß Frau Bild am Tage der Verhaftung des Bild Papiere verbrannte. Ob auch Bücher dabei waren, weiß sie nicht. — **Zwei weitere Beuginnen** beklunden, daß Herr Bild Bücher zum Verbrennen gab. Es wird dann zum nächsten Anklagepunkt wegen Betruges übergegangen. Er betrifft die

**Lieferung von Schnuten und Poten**  
(Schnuten und Poten), welche von Bild als Schweinefleisch zum Preise von 1,10 M. berechnet wurden, während der Ladenpreis 60 Pf. betrug. — **Angekl. Bild** erklärt, daß er von dieser Sache gar nichts wisse. — **Vorf.:** Sie haben doch aber zum Untersuchungsrichter gesagt: „Ich weiß gar nicht, wie das kommt, daß 1,10 M. berechnet wurden, es müßte doch wie Eisen zu 80 Pf. berechnet werden.“ Dann sagten Sie, der Ladenpreis sei 60 Pf. und fügten hinzu: „Aber das können Sie mir doch wohl gönnen, daß ich da etwas schärfer antreibe.“ — **Angekl. Bild:** Ich erinnere mich nicht, so etwas gesagt zu haben. Aber ich war ja nervös und bei den ersten Vernehmungen antwortet man ja mal etwas. Vielleicht bin ich auch mißverstanden worden. Der Herr Untersuchungsrichter und ich konnten uns überhaupt nicht gut vertragen. — **Vorf.:** Das glaube ich Ihnen schon. — **Angekl. Hinzpeter** gibt an, daß ein Oberwärter vorgekommen habe, Schnuten und Poten auf dem Speisezettel aufzunehmen, weil das doch ein schönes Essen

sei. Es wurde dann auf den Speisezettel gesetzt: Kälbleisch (Schnuten und Poten) mit Erbsen und Sauerkohl. — **Vorf.:** Nun, das ist ja auch ein schönes Essen. — **Angekl. Hinzpeter:** Ich fragte dann Herrn Schulze, wie das berechnet werden sollte. Da sagte er, es sei ja etwas angepöfelt, das müßte teurer berechnet werden, ich sollte es als Schweinefleisch auflösen. Bild und Müller habe ich davon nichts gesagt; es ist möglich, daß sie nichts davon wußten. — **Sachverst. Holz** stellt fest, daß in den Jahren 1903 bis 1905, in denen Schnuten und Poten bezogen wurden, im ganzen 1355 Kilogramm davon verwendet wurden. Es wurde mit 1,10 bis 1,20 M. zum Submissionspreis für Schweinefleisch bezahlt. Dem Bild seien auf diese Weise 805 M. zuviel gezahlt worden. — **Staatsanw.:** Schulze kann das doch unmöglich in dieser Form gesagt haben, denn er hat mehrfach vor dem Untersuchungsrichter erklärt, das sei ein unerschämter Preis gewesen. — **Angekl. Bild:** Ich weiß gar nichts davon, was Müller in Rechnung gestellt hat. Ich habe mehr zu tun gehabt, als mich um die Schnuten und Poten für Sachsenberg zu kümmern. (Lachen im Publikum.) — **Vorf.:** Solche Witze unterlassen Sie! — **Angekl. Bild:** Ich wollte nur sagen, daß ich ein großes Geschäft habe und nicht um alle Kleinigkeiten kümmern kann. — **Vorf.:** Dann machen Sie aber nicht solche schlechten Witze! Sie haben immerfort Ausreden: ich habe mich nicht darum gekümmert, das konnte ich nicht wissen usw. Es muß einen doch Wunder nehmen, daß Sie gar nichts gekostet haben von Ihrem Geschäft. — **Angekl.:** Wenn Sie wissen würden, wie groß mein Geschäft ist, dann würde Sie das gar nicht wundern, Herr Vorsitzender!

Sehr interessant gestaltet sich die Vernehmung über die

**Vorzugspreise der Beamten.**  
**Vorf.:** Ich sehe nicht ein, inwiefern die Vorzugspreise für die Beamten, die doch dafür bezahlen mußten, hier in Zusammenhang stehen mit dem Rückbezahlen des Angekl. Schulze, das fünf Jahre hindurch währte. — **Vorf.:** Das ist doch nur ein Unterschied in der Quantität. — **Vorf.:** Wollen Sie denn sagen, daß der Vorzugspreis als Kanon auf dem Geschäft des Bild lag? — **Vorf.:** Jawohl. — **Angekl. Müller:** Herr Obermedizinalrat Martusch bezog das Fleisch für 40 Pf. das Pfund, Braten einschließlich Füll für 50 Pf. Für Delikatessen bezahlte er etwas mehr, bis zu einer Mark das Pfund. (Große Bewegung.) **Reudant** freize hat sein Konto selbst geführt, bezw. seine Frau. — **Vorf.:** Wie ist das zu verstehen? — **Angekl. Müller:** Nun, er schrieb selbst auf und bezahlte danach. — **Vorf.:** Was er wollte? — **Angekl.:** Jawohl. (Bewegung.) — **Vorf.:** Angeklagter Müller, gab es auf Sachsenberg auch noch andere Beamte, die nicht bezahlten, wie Schulze? — **Angekl.:** Nein, die anderen Beamten bezahlten, allerdings Vorzugspreise. — **Vorf.:** Herr Ober-

medizinalrat Martusch, wollen Sie sich bitte in dieser Sache, da Ihr Name genannt ist, äußern? — **Beuge Obermedizinalrat Martusch:** Ich bemerke, daß ich über die Preise der Lebensmittel, die in meinem Haushalt verwendet worden sind, niemals mit Bild oder einem anderen gesprochen habe. Ich habe mir die Preise nie angesehen, ob sie zu niedrig sind, sondern nur ich bezog meine Frau haben bezahlt, was gebordert wurde. Ich weiß, daß eine Bestimmung von altersher bestand, wonach die Angestellten das Recht hatten, von den Lieferanten Lebensmittel zum Lieferungspreis zu beziehen. Ich habe mich anlässlich dieser Affäre an eine Reihe von Anstalten, die in ähnlicher Lage sind, gewendet. Infeere Anstalt liegt eine Stunde von der Stadt entfernt, die Beamten sind daher angewiesen, von den Lieferanten, die für die Anstalt liefern, auch die Lebensmittel zu beziehen, da sie nicht immer in die Stadt fahren können. Die meisten Anstalten haben geantwortet, daß sie entweder keine Vorschriften haben oder daß sie den Beamten selbst die Lebensmittel liefern, oder daß sie die Lieferanten kontrollieren verpflichtet haben, den Beamten zum Lieferungspreise zu liefern. Nur eine Anstalt, deren Namen mir entfallen ist, hat den Beamten verboten, von den Lieferanten zu beziehen. Jetzt ist eine Neuordnung eingeleitet, wonach es zulässig ist, von den Lieferanten zu beziehen, aber zum Ladenpreis. — **Der Angekl. Müller** erklärt, daß der alte Bild, der Vater des Angeklagten Bild, als er die Lieferung bekam, sich erkundigte und dabei hörte, daß die Beamten von dem alten Lieferanten diese Preise bewilligt erhielten. Da sei der alte Bild nach Sachsenberg hinausgefahren und habe den Obermedizinalrat Martusch um seine Kundschafft gebeten. Seitdem sei dieser Preis beibehalten worden. Als aber vor einiger Zeit ein neuer Oberwärter engagiert wurde, habe Frau Bild gesagt, es sollte der Ladenpreis genommen werden, dieser alte Popf müßte aufhören. — **Die Angekl. Müller** und **Bild** erklärten dann noch, daß sie mit Herrn Obermedizinalrat Martusch niemals über Vorzugspreise gesprochen hätten. — **Erster Staatsanwalt Henke:** Ich möchte bemerken, daß alles dies wiederholt Gegenstand von Ermittlungsverfahren gewesen ist. Gegen einen Beamten hat längere Zeit ein Ermittlungsverfahren geschwebt, es ist aber wie alle anderen eingestellt worden. Hierauf wird die Weiterverhandlung auf Montag früh verlag.

### Eingegangene Druckschriften.

**Keller, Z.,** Das geschlechtliche Problem in der Kinderstufe. Verlag von Otto Koppel, Hagen i. W. Preis kart. 75 Pf.  
**Reichsrats-Wahlkarte** von Österreich. (S. Freitag.) Pr. 2 Kronen. Verlag: S. Freitag u. Berndt, Wien VII/L.

Unserem Abteilungsleiter und Freunde  
**Paul Christen**  
Die herzlichsten Glückwünsche zu seinem Geburtstage!  
Die 2. Abteilung im V. Kreise.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitglieðern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schankwirt

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 8. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter  
**Ferdinand Ulbricht,**  
Guthausstr. 11.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. Juni nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Himmelsfahrts-Friedhofes in Nordend aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
249/18  
Der Vorstand.

**Alwin Gersdorf**  
(15. Bezirk)  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 6 Uhr, vom Trauerhause, Steinmühlstraße 107 aus, nach dem Rußen-Straßhofe, Hermannstraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
235/1  
Der Vorstand.

**Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands**  
Ortsverwaltung Rixdorf.  
Den Mitglieðern zur Nachricht, daß unser Kollege

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber unvergesslicher Mann, unser guter liebevoller Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Tischler  
**Johann Gruber**  
nach langem schweren Leiden an der Prostataerkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Juni, nachmittags 6 Uhr, vom Trauerhause, Steinmühlstr. 107 aus, nach dem Rußen-Straßhofe in der Hermannstraße statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
63/20  
Der Vorstand.

**Alwin Gersdorf**  
am Freitag, den 7. Juni, nach langem Leiden verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Juni, nachmittags 6 Uhr, vom Trauerhause, Steinmühlstr. 107 aus, nach dem Rußen-Straßhofe in der Hermannstraße statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
63/20  
Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Verwandten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau  
51672

**Hedwig Mating geb. Weigle**  
am 7. Juni nach langem schweren Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.  
Um dieses Beleid bittet  
der trauernde Gatte  
Wilhelm Mating nebst Kindern.  
Rixdorf, Thüringerstr. 17.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten die Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater  
am 7. Juni 1907 im Alter von 66 Jahren gestorben ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Die Beerdigung findet am 11. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rußen-Straßhofes, Jägerbrunnen Weg, aus statt.  
11638

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Rixdorf.  
Den Mitglieðern zur Kenntnis, daß der Kollege  
**Johann Gruber**  
am 7. Juni verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Ober-Schöneweide.**  
Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes.  
Am Freitag verstarb nach langem Leiden unser Kollege  
**Wilhelm Masch,**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des hiesigen Gemeinde-Friedhofes aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
88/3  
Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Am Freitag, den 7. Juni, verstarb plötzlich nach kurzem, schwerem Leiden unser verehrter und geliebter Ehegatte  
**Herr Selmar Bayer.**  
Uns allen war er ein väterlicher Freund und Ratgeber, ein leuchtendes Vorbild in jeder Beziehung. Sein unermüdetes Bemühen, sein Fleiß und seine Rechtlichkeit spornten uns alle zur Nachahmung an; durch seine Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, seine Kenntnisse, Erfahrungen und seine grenzenlose Güte zwang er uns alle zur Liebe, Verehrung und Hochachtung.  
Sein edles Herz hat aufgehört zu schlagen, seine Liebe und Sorgfalt umgibt und nicht mehr, aber uns allen, die wir teilweise seit Gründung des Geschäftes mit ihm zusammen wirken zu können das Glück hatten, wird er stets in dankbarer Erinnerung bleiben, unsere Verehrung werden wir ihm über das Grab hinaus bewahren.  
In aufrichtiger Trauer:  
**Das gesamte Personal der Luxuspapierfabrik Selmar Bayer.**

**12 Visites** von 1,80 M. an  
**Kabinetts** 4,80 M. „  
in guter Ausführung liefert  
**Oscar Goetze, Photograph.**  
1. Geschäft: Paul-Strasse 26, 294/17  
2. „ Dresdener Straße 135,  
3. „ Friedrich-Strasse 91/92,  
4. „ Charlottenburg, Nehrungstr. 1.  
Spezialität: Bromsilber-Vergrößerung bis Lebensgröße.  
Gratis erhält jeder Besteller eine Semi-Emaille-Brosche oder Nadel, also ganz umsonst!  
Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr.  
Sonn- und Festtage den ganzen Tag geöffnet.

**Bierfahrer finden Arbeits-Anzüge**  
in großer Auswahl nach meinem Anzug nur  
**Brunnenstr. 158. Berns-Verkleidung. Gelber Laden.**

**Welche Dame hat noch Bedarf?**  
Verkaufe soweit Vorrat reicht um zu räumen  
fast umsonst  
zu jedem annehmbaren Preis  
ca. 1500 Staubmäntel ca. 1100 Kostüme  
modern u. hochelegant, erstklassiges Material u. Verarbeitung  
darunter entzückende prächtige Piecen-Neuheiten  
Original-Modelle, Koplen und Reismuster  
in Serien  
früher 1. 2. 3. 1. 2. 3.  
bis M. 22.- M. 28.- M. 31.- M. 30.- M. 35.- M. 35.-  
jetzt M. 7.- M. 12.- M. 18.50 M. 13.- M. 20.- M. 28.-  
reichste Auswahl für alle Größen, selbst allerstärkste Figuren.  
Ferner **Ausnahme-Preise** in Frauenmänteln, Fantasiepaletots, Taftmänteln, Tüllkragen, Lithoys, Rücken, Blusen etc.  
**Engroshaus Westmann**  
Hauptgesch.: W. Mohrenstr. 37a an den Kolonnaden.  
Fil.: O. Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andreasstr.  
Des großen Andranges wegen am Nachmittag erbitte ich werfen Besuch tunlichst vormittags.



**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Mutter  
**Berta Bethge**  
agen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Sarg-Magazin**  
**Albert Farchmin**  
NW., Stephanstr. 56, NW.  
Fernsprecher II, 930.  
Großes Lager sämtlicher Sorten Särge zu den billigsten Preisen.

**Die Harnleiden**  
Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von  
**Dr. med. Schaper,**  
BERLIN - Preis 1 Mark.  
Stes Tausend  
Verlag Max Richter Frankfurt (Oder) Buchschl.-Ausgabe

**Kassenblätter** jeder Art, Augusta-Bad, Rüpenickerstr. 60.

**Zahn-Klinik.** beseitige Teilzahlung, Invalidenstraße 145.  
**Olga Jacobson,**

**Abessinier-Pumpen**  
von M. 8.- an  
Insgarantierter bester Qualität und bester Ausführung.  
**Koblank & Co.,**  
Pumpenfabrik, Berlin N., Reinholdstraße 95. Ordre- und Teilweise gratis. Muster-Kataloge gratis.

**Achtung!**  
Ich habe das Milchgeschäft von **Hilbert, Rüdorsdorferstr. 65,** künftlich übernommen. Lieferung von guter Milch nebst Bademilch aus bewilligt habenden Bäckereien fest ins Haus. Täglich frische Butter und Buttermilch.  
**M. Fregevize.**

**Heinrich Franck**  
Berlin, N., Brunnenstr. 185  
**Sumatra-Deck**  
ausgespr. hell u. reinfarb.  
Vollbl., tadell. Brand  
nur 350 Pfg. verz.

**Roh-Tabak**  
Havana No. 5630  
a 1.50 verzollt.  
seine milde Qualität, besonders billig.  
**W. Hermann Müller,**  
Berlin, Magazinstr. 14.

**Teilzahlung**  
monatlich 10 M. liefert Herron-Garderober nach Maß (billigste Preise).  
**J. Tomporowski,** Lindenstr. 110, 2. Etage.  
Rabe-Beleuchtungsapparat.  
Rabe 10%, billiger.

**Wanzen** tötet unschmerzhaft mit Beut nur Reichel's verstärktes Wanzenöl. Nicht schmerzhaft, kein über Geruch, schont dauernd gegen jede Wiederkehr. Bl. 50 Pf. 1., 2., 3., -Unterflache 5.-

**Schwaben** vernichtet mit Beut radikal und sicher Reichel's Spezial-Schwabepulver „Poudre Martial“. Dose 50 Pf. 1., 2., 3., 4., -R. Sprühpumpe von 50 Pf. an. Man nehme in den Drogerien nur die echten Originalpackungen mit Marke **Tod und Teufel**, die einzige Garantie für Erfolg! Fernspr. Anschlag: Amt IV, 4751, 4752, 4753.  
**Otto Reichel,** Berlin 80, Eisenbahnstraße 4.

**Büsten**  
zur Schneidererei, a Stück 1.50 M., hat abzugeben **Garlich, Leipzigerstraße 59, II.** 281/8

**Stoppdecken**  
billigst direkt in der Fabrik  
**72. Wallstr. 72.**  
wo auch alle Stoppdecken aufgehoben werden. **Bernhard Strohmödel,** Berlin S 14. Muster-Katalog gratis.

**Baustellen**  
Nachwald - Baugebiet, direkt an der Bahn in Röntgenfeld, verkauft unter günstigen Bedingungen 11316\*  
**Koloniestr. 124**  
**Max Hahn,** Telefon Amt II 1674.

**O. Heinze,** Brückenstr. 6.  
Räder, Zubehör, Reparatur, Emailierung, Vernickel.

### Die Einschränkung des freien Haus-trunkes in den Brauereien.

Unter diesem Titel hat das Genossenschaftsbureau der Brauerei- und Mälzerei-Verufsgenossenschaft (siehe Seite 16) einen Grobholstab starke Denkschrift herausgegeben. Es handelt sich um einen Beschluß der Genossenschaftsversammlung vom 18. Juni 1906 zu Berlin, durch eine Denkschrift die Frage zu klären.

Im Jahre 1903 trat das Reichsversicherungsamt an die obige Verufsgenossenschaft mit dem Verlangen heran, durch Erlass von geeigneten Unfallverhütungsvorschriften „auf die grundsätzliche Ablösung des Freibieres und des gänzlichen Verbotes des Alkoholgenußes im Betriebe oder, soweit dies nicht möglich sein sollte, auf eine Herabminderung des Freibierquantums hinzuwirken“. Es wurde dabei auf verschiedene Unfälle verwiesen, in denen z. B. ein Fahrer täglich 40 Glas Bier und eine Menge Brauntwein noch obendrein vertilgt habe, daß in einem anderen Falle ein Verletzte selbst erklärt habe, täglich 20-25 Glas Freibier zu trinken, daß in vielen Fällen sich bei Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen aus Unfällen gezeigt habe, daß die Leiden und Verletzungen des Rentenbewerbers nicht sowohl auf den Unfall als auf den fortgesetzten übermäßigen Biergenuß zurückzuführen gewesen seien, ebenso bei dem Verlauf der Unfallfolge die Heilung der Unfallverletzung dadurch ungünstig beeinflusst werde!

Darob große Aufregung unter den Bierkönigen, die sich diesen Vorwurf nicht gefallen lassen wollten und in der Genossenschaftsversammlung zu Königsberg im Juli 1903 durch ihren besten Kämpfer, den inzwischen verstorbenen Röske-Werlin, erklären ließen, daß die Verufsgenossenschaft bereits in ihren Unfallverhütungsvorschriften Maßregeln getroffen habe, „um die durch den unmäßigen Biergenuß, Alkoholgenuß erhöhte Unfallgefahr zu vermindern“. Weitergehende Maßregeln, wie sie vom Reichsversicherungsamt verlangt würden, seien rechtlich und tatsächlich unmöglich, da die Verufsgenossenschaft nicht das Recht habe, den beschäftigten Arbeitern zu verbieten, über ein gewisses Maß hinaus Bier zu trinken. „Es wäre dies ein Uebergriff in die Rechte der Arbeiter.“ Mit diesen haben die Arbeitgeber ohnehin genug Schwierigkeiten, und die Genossenschaft sei bemüht, bei ihren Vorschriften nicht über dasjenige Maß hinauszugehen, welches im Interesse der Disziplin erforderlich ist. Die Genossenschaft hat kein Recht, die Arbeiter ihrer Mitglieder in dieser Weise zu bevormunden und muß es diesen selbst überlassen, zu befinden, wie weit sie im Interesse ihrer Gesundheit und im Interesse ihrer Angehörigen gehen dürfen. Die vom Reichsversicherungsamt verlangte Ablösung des Freibieres könne nicht kategorisch verlangt werden, sei auch in kleineren Betrieben, in welchen keine strenge Kontrolle des Bierzapfens möglich sei, undurchführbar. Auch habe der übermäßige Biergenuß der Brauereiarbeiter nachgelassen. Ueberhaupt nimmt, während der regelmäßige und dabei maßvolle und der Gesundheit heilsame Bierkonsum im allgemeinen infolge der steigenden Besserung der Lebenshaltung der unteren Volksschichten sich hebt und damit gleichzeitig dem absolut schädlichen Schnapsgenuß entgegen gearbeitet wird, der übermäßige Biergenuß der Einzelnen stetig ab. Nach Röske ist die Lebenshaltung der Arbeiter immer „gestiegen, geliegt“, so daß er sie heute womöglich ganz aus den Augen verloren hätte.

Kein Wunder, daß alle Vorschläge des Reichsversicherungsamts abgelehnt wurden, weil man sich eine solche „Bevormundung“ nicht gefallen lassen konnte. Das Reichsversicherungsamt gab aber merkwürdigerweise nicht nach und hat „trotzdem auf seinem Verlangen bestanden“. Dies führte schließlich zu einer Konzession, zu einem Nachtrag der Unfallverhütungsvorschriften, wonach ein vollständiges Verbot des Branntweingenußes im Betriebe für die untergeordneten Großbrauereien und die Festlegung eines Höchstbetrages des zu gewährenden Freibieres vorgesehen wurde. Für erwachsene Arbeiter wurde dieser Höchstbetrag auf 4 Liter pro Kopf und Tag festgesetzt, während für Süddeutschland 6 Liter angenommen wurden, und „zwar mit Rücksicht darauf, daß in Süddeutschland, namentlich in Bayern, das Freibier vielfach nicht nur für den Arbeiter selbst, sondern für dessen Familienangehörige bestimmt ist“. Jugendliche Arbeiter (unter 16 Jahren) sollen nur die Hälfte des bestimmten Quantums, also 2 resp. 3 Liter pro Tag erhalten. Die Einschränkung des Freitrunkes wurde aber nur für die Großbetriebe

vorgesehen, weil in den übrigen Brauereien eine Kontrolle unmöglich sei und zu gewärtigen wäre, daß trotz der teilweisen Ablösung „das bisherige Quantum doch weiter getrunken würde“. Obwohl nun das Reichsversicherungsamt sowohl als auch die Sektionsvorstände der Verufsgenossenschaft sich mit den neuen Bestimmungen einverstanden erklärten, lehnte die Genossenschaftsversammlung vom 28. Juni 1904 dies wiederum ab und beschloß fast einstimmig: „eine Beschränkung der Freibiergewährung im Wege der Unfallverhütungsvorschriften grundsätzlich abzulehnen“. Es wurde geltend gemacht, daß auch „eine Ablösung des bisher gewährten Freibierquantums der Arbeiterchaft gegenüber nur gegen Geldentschädigung erfolgen könne“. Das war des Pudels Kern!

Weil diese Erneuerung Geld kostet, deshalb diese lebhaft Opposition! Die Denkschrift gibt dies auch ganz offen zu: „Würde nun von der Verufsgenossenschaft einfach den Betriebsunternehmern aufgegeben, das Freibier, wenn auch nur zum Teil abzulösen, so würden mit einem Male allerorten die Unternehmer gezwungen, mit ihren Arbeitern in eine neue Regelung des Lohnverhältnisses einzutreten.“ — Die Brauereiarbeiter würden ihrerseits veranlaßt, mit erhöhten Lohnforderungen hervorzutreten, und da erfahrungsgemäß damit gleichzeitig gewöhnlich auch andere das Arbeitsverhältnis betreffende Forderungen verbunden werden, so wäre überall der Lohnkampf mit all seinen wirtschaftlichen Schädigungen und Beunruhigungen zu erwarten.“ Das Braugewerbe sei schon durch die neuen Handelsverträge durch eine bedeutende Erhöhung der Rohstoffe belastet und deshalb die Gefahren großer und allgemeiner Lohnkämpfe nicht heraufzubeschwören nach dem Grundsatz: „Quarta non movora“ („Was friedlich ist, soll man nicht stören“). Gerade das Braugewerbe hätte im Kampfe einen sehr schweren Stand, weil es mit der Arbeiterchaft, den breiten Schichten des Volkes als ihren Abnehmern zu rechnen hat und deshalb stets der Gefahr des allgemeinen Boykotts ausgesetzt ist!

Deshalb wollte man wieder nur gegen den „Schnapsgenuß im Betriebe“ energisch vorgehen. Auch die Genossenschaftsversammlung in Bremen vom Jahre 1905 war für keine Änderung zu haben.

Das Reichsversicherungsamt kam aber wieder im Mai 1906 mit dem Verlangen, die Frage der Beschränkung des Freibiergenusses durch die Unfallverhütungsvorschriften zu erörtern. Die Genossenschaftsversammlung vom 18. Juni 1906 zu Berlin war jetzt erst recht gegen die zwangsweise allgemeine Ablösung des Freibieres!

Wenn Brauereibesitzer wild werden, wer kann da noch widerstehen? Unsere Regierung doch erst recht nicht! „Durch die scharfen Proteste, welche hiergegen aus der Versammlung erhoben wurden, wurde selbst der inzwischen leider verstorbene Präsident des Reichsversicherungsamtes, Herr Geheimrat Oberregierungsrat Gaebel, welcher der Versammlung beiwohnte, zum Nachgeben veranlaßt und beschränkte sich lediglich darauf, der Versammlung die Wahl einer Kommission zu empfehlen, die sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen solle.“ Welch ein Triumph für die Bierkönige, die den antwefenden Präsidenten „zum Nachgeben veranlaßt“ haben! Wunderlich ist es aber nicht, erklärte doch einst selbst ein preussischer Minister: „Weine Herren, wir arbeiten doch nur für Sie!“

Die Kommission wurde gewählt und die Denkschrift ist jetzt erschienen. Es wurden Fragebogen an die Unternehmer versandt — von den 7350 Mitgliedern haben allerdings nur 1458 den Fragebogen beantwortet. Aus der geführten Statistik über das Resultat dieser Enquete ist ersichtlich, daß das regelmäßige Freibierquantum zwischen 2-8 Liter schwant. Vereinzelt wird aber auch bis zu 8 Liter pro Tag ausgegeben, so in Oberbayern, Sachsen und Württemberg usw. Es sei aber auch zu beachten, daß z. B. in Sachsen überall nur sog. „Einfachbier“ verabreicht würde, welches „in Bezug auf Alkoholgehalt noch hinter manchen sog. alkoholfreien Getränken zurückbleibt“. 4 Liter sei also fast ausnahmslos die Regel. Die Statistik macht auch den Versuch, aus den Unfällen einen Schluß zu ziehen, und findet aus den Zahlen, daß gerade die Süddeutsche Sektion I und II (Elsass und Baden) mit dem niedrigsten Freibierquantum die höchste Unfallentschädigungsziffer und ebenso in Norddeutschland die Sektion VI (östlich der Elbe) die gleiche Erscheinung aufweise. Der Süden habe auch „weitmehr alte und darum meist gefährlichere Brauereibetriebe als der Norden“, daraus erkläre sich auch die höhere Unfallziffer der süddeutschen Sektion. Patheulich ruft der Verleüerflatter aus: „Fedenfalls ist aber, wie gesagt, ein Zusammenhang zwischen Unfallgefahrlichkeit und Freibiergenuß nicht nachzuweisen!“

Die organisierten Brauereiarbeiter lehnten sich jedoch nicht an die Beschlüsse der mächtigen Genossenschaften und ihre Statistik, sondern forderten ganz oder teilweise Ablösung des Freibieres durch entsprechende Lohn-erhöhung! Die Denkschrift führt diese Bewegung näher an und erklärt selbst: „Mit Beginn des Jahres 1904 gelangten dann weiter die Brauereien in Frankfurt a. M. und Umgebung dazu, das Freibier durch Gewährung einer Barvergütung für nicht verbrauchte Biermarken abzulösen. Es geschah dies wesentlich auf Wunsch der Arbeiterchaft, die sich dabei wirtschaftlich besser zu stehen glaubt.“ Im Jahre 1905 führte der Tarif der Rindener Brauereiarbeiter „zur völligen Ablösung des Freibieres gegen entsprechende Lohn-erhöhung“. Andere Orte folgten diesem Beispiel, so daß heute nach den Zahlen der Denkschrift selbst die Ablösung des Freibieres in den letzten Jahren völlige Verbreitung gefunden hat, indem sie sich jetzt schon auf 100 Betriebe und zwar fast ausschließlich Großbetriebe mit rund 120000 Sollarbeitern erstreckt.“ Aus der Zusammenstellung ergeben wir, daß gerade da, wo die größten Freibiermengen gewährt wurden, die Arbeiterchaft am meisten auf die Ablösung drängte. Viel Freibier — geringer Lohn! Deshalb auch das Sträuben der meisten Brauereibesitzer! Die Denkschrift bemerkt: „So also etwa wirklich die Arbeiterchaft über ihren tatsächlichen Bedarf hinaus Freibier erhalten sollte, da ist auch mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß sie über kurz oder lang selbst die Ablösung fordern wird.“

Man hat also die ganzen Jahrzehnte aus Profitgier die Arbeiter „über ihren tatsächlichen Bedarf hinaus“ — Freibier trinken lassen? Jetzt wo die Großbetriebe so ziemlich für diese Erneuerung gewonnen sind, ist auch mit „ziemlicher Sicherheit“ zu erwarten, daß die Organisation der Brauereiarbeiter weitere Erfolge erzielen wird!

Die Denkschrift kommt also wider Willen zu einem großen Lobe der Organisation der Arbeiter! Was dem Reichsversicherungsamt in vielen Jahren und nach wiederholten Versuchen nicht gelingen wollte, ja zum Nachgeben gezwungen war, ist der Organisation der Arbeiter gelungen!

Jetzt geht es natürlich auch so ganz gut! Ja, die Denkschrift veröffentlicht Erklärungen von Brauereien über die Wirkung dieser Verordnung. So schreibt die Schutthaus-Brauerei: „Mißstände, wie häufiger übertriebener Alkoholgenuß, Fälle von Trunkenheit und Unmäßigkeit sind völlig beseitigt.“ Eine andere Brauerei schreibt: „Die neue Einrichtung trägt entschieden dazu bei, die Ordnung im Betriebe zu erhöhen.“ Ähnlich werden die Unternehmer berichten können, wenn der Achtstundentag allgemein eingeführt ist.

Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß die Aufhebung oder Einschränkung des in den Brauereien bisher üblichen freien Haustrunkes im Wege des Erlasses von Unfallverhütungsvorschriften abzulehnen sei. Dagegen müsse es den Betriebsunternehmern überlassen bleiben, durch freiwillige Ablösung usw. im Wege der Verständigung mit der Arbeiterchaft dem entgegen zu kommen. „Auch dem Reichsversicherungsamt dürfte damit gedient sein!“ Welch eine Frage! Das Reichsversicherungsamt hat ja bereits „nachgegeben“!

Aus „eigener Kraft“, das können die Brauereiarbeiter auch von sich in dieser Bierfrage sagen; da sie doch in Preußen-Deutschland lange warten mußten, bis da durch Gesetzgebung das „Veffere und Vernünftiger“ sich Bahn brechen würde!

Soweit die an sich sehr interessante Denkschrift, die eingangs auch gegen die Antialkoholbewegung vom Leder zieht! Sie glaubt, daß die ganze Frage des Erlasses der Unfallverhütungsvorschriften „ein Ausfluß der Antialkoholbewegung ist; deren Agitation und ihre radikalen Vertreter weit über das Ziel hinausgeschossen“. Das Bier sei „abgesehen von seinem diätetischen Wert als Genußmittel zweifellos für die große Masse des Volkes das unschädlichste, billigste und notwendigste von allen“. Das Hohelied auf das Bier klingt dann aus in den Wunsch, daß die Antialkoholbewegung an dem „gesunden Sinne unseres Volkes und an der Macht der Tatsachen abprallen werde“.

„Die steigende Lebenshaltung der breiten Schichten des Volkes, die es allmählich auch dem einfachen Arbeiter ermöglicht hat, sich zu seiner Mahlzeit oder am Feierabend sein Glas oder Flase Bier zu gönnen, hat die Brauindustrie hoch gebracht.“ „Auf der großen Masse dieser mächtigen Konsumenten beruht ihre Existenz!“

Dies sollte man aber auch niemals vergessen, wenn es sich um die Forderungen der Brauereiarbeiter handelt. „Große Massen mächtiger Konsumenten“ vermögen aber auch einen Boykott ernstlich durchzuführen!

# Inventur-Verkauf

In allen Lager-Abteilungen.

Tischwische  
Bettwische  
Badewäsche  
Gartendecken  
Kaffeedecken  
Steppdecken  
Schlafdecken

Blusen — Leinenkleider — Röcke  
Halbfertige Kleider, Waschkleiderstoffe

teilweise zur

Hälfte des bisherigen Preises!

Damenwäsche  
Herren-Nachthemden  
Farbige Oberhemden  
Farbige Unterröcke  
Baumwollstoffe  
Waschstoffe  
Gardinen

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei

# F. V. Grünfeld

BERLIN W. 8  
Leipziger Str. 20-21

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freie Volkshöhle.** Nachmittags 3 Uhr, 9. und 10. Abteilung. Berliner Theater: Der Richter von Palama.  
18. Abteilung im Neuen Schauspielhaus: Paracelsus. Die letzten Willen. Das Fest des Sanft Ritters.  
Sonntag, 9. Juni, 16. und 17. Abteilung, und Montag, 10. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Neuen Schauspielhaus 6. und 7. Abteilung: Hoches Fest.

Sonntag, den 9. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Kgl. Opernhaus.** Manon. Montag: Die Weiberlinger von Nürnberg. (Anf. 7 Uhr).  
**Kgl. Schauspielhaus.** Ein Fallverurteilt.  
Montag: Die Rabensteinerin.  
**Neues kgl. Opernhaus.** 1001 Nacht.  
Nachmittags 3 Uhr: Manon. Montag: Der lustige Krieg. Deutsches. Der Jongleur.  
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.  
**Schiller O. (Wallner-Theater.)** Perrichons Reise. Nachmittags 3 Uhr: Traunulus. Montag: Perrichons Reise.  
**Schiller-Theater Charlottenburg.** Die Schmutzlinge. Nachmittags 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Montag: Die Schmutzlinge.  
**Schiller N. (Königliches Wilhelms-Theater.)** Drei Paar Schuhe.  
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Zeitung. Die Nidermaus. Montag: Geschlossen.  
**Kleines, Marcell Salzer.** (Anfang 8 1/2 Uhr).  
Nachmittags 3 Uhr: Marcell Salzer. Montag: Avant Verdunst.  
**Königliche Oper.** Hoffmanns Erzählungen.  
Montag: Dieselbe Vorstellung.  
**Neues.** Die Condottieri.  
Montag: Dieselbe Vorstellung.  
**Wochen.** Die lustige Witwe.  
Montag: Dieselbe Vorstellung.  
**Residenz.** Haben Sie nichts zu verzeihen?  
Montag: Dieselbe Vorstellung.

**Eintrichhand.** Die Welt ohne Männer.  
Montag: Dieselbe Vorstellung.  
**Thalia.** Charles Tapir.  
Montag: Dieselbe Vorstellung.  
**Suffen.** Das Kästlein seiner Ehe.  
Nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.  
Montag: Das Kästlein seiner Ehe.  
**Bernhard Rose.** Der große Bekannte.  
Nachmittags 4 Uhr: Die große Weltreise.  
Montag: Der große Unbekannte.  
**Metropol.** Der Teufel lacht dazu.  
Montag: Dieselbe Vorstellung.  
**Wintergarten.** La Tortajada. Spezialitäten.  
Montag: Dieselbe Vorstellung.  
**Mythos.** Der lustige Witwe. Spezialitäten.  
Montag: Dieselbe Vorstellung.  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Wassage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Urania.** Landenstraße 14-19.  
Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

Montag: Dieselbe Vorstellung.  
**Sternwarte.** Beobachtung. 37/62.

**Neues Theater.** Abends 8 Uhr: Die Condottieri. Montag und folgende Tage: Die Condottieri.

**Kleines Theater.** Nachm. 3 Uhr und abends 8 1/2 Uhr: Letztes Auftreten  
**Marcell Salzer** Montag und folgende Tage: Gastspiel Frank Wedekind.  
**Lustspielhaus.** 8 Uhr: Wiener Ensemble - Gastspiel: Die Welt ohne Männer. Speziell als Gast.  
**Residenz-Theater.** Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzeihen? Schwan in 3 Akten v. M. Feinequin und V. Weber.

**Passage-Theater.** Jeden Abend 8 Uhr: Nummer auf Nummer! Schlager auf Schlager! Das neue Juni-Programm. 14 Attraktionen 14.

**Prater-Theater.** Kastanien-Allee 7/9. Täglich: Flotte Weiber. Spezialitäten 1. Ranges. Konzert und Ball. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Flotte Weiber.** Spezialitäten 1. Ranges. Konzert und Ball. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Passage-Theater.** Jeden Abend 8 Uhr: Nummer auf Nummer! Schlager auf Schlager! Das neue Juni-Programm. 14 Attraktionen 14.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat. Montag: Dieselbe Vorstellung.

**ZOOLOGISCHER GARTEN** Heute Sonntag Eintritt: 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte. Nachmittags ab 4 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Morgen sowie täglich: Großes Konzert.

**Berliner Aquarium** Unter den Linden 65a. Eit-gang Schadow-Strasse No. 14. Heute Sonntag Eintrittspreise: 50 Pf. Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc. 39/5

**Luisen-Theater** Reichenbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Das Kästlein seiner Ehe und folgende Tage: Maria Stuart.

**Apollo Theater** Abends 8 1/2 Uhr: Ganz Berlin amüsiert sich über Hartstein und seine Barleske: Der lustige Witwe.

**WINTER GARTEN** Abends 8 1/2 Uhr: Ganz Berlin amüsiert sich über Hartstein und seine Barleske: Der lustige Witwe.

**La Tortajada.** Neues Programm.

**Trianon-Theater.** Heute und folgende Tage: Fräulein Jolette - meine Frau. Anfang 8 Uhr.

**Metropol-Theater** Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

**BERNHARD ROSE THEATER** Hr. Frankfurterstr. 132. Sonntag, den 9. Juni: Anfang 4 Uhr. Im Garten: Theater- und Spezialitäten-Vorst. Paul Corradini.

**Prater-Theater.** Kastanien-Allee 7/9. Täglich: Flotte Weiber. Spezialitäten 1. Ranges. Konzert und Ball. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Flotte Weiber.** Spezialitäten 1. Ranges. Konzert und Ball. Anfang 4 1/2 Uhr.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonntag, nachm. 3 Uhr: Traunulus. Schauspiel in 5 Akten v. Arno Holz und Oskar Jeschke. Sonntag, abends 8 Uhr: Perrichons Reise. Schwan in 4 Akten v. Eugène Labiche und Edouard Martin. Montag, abends 8 Uhr: Perrichons Reise. Dienstag, abends 8 Uhr: Perrichons Reise.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer v. Kirchfeld. Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Angenruber. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Schmutzlinge. Komödie in 4 Akten v. Arthur Dinter. Montag, abends 8 Uhr: Die Schmutzlinge. Dienstag, abends 8 Uhr: Die Schmutzlinge.

**Golgatha!**

**Carl Kellers Neue Philharmonie** Köpnickstraße 96-97. 4051L. Empfehle meine 10 Säle, 50 bis 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Sommerfesten und anderen Vereinsvergünstigungen. Im herrlichen Naturgarten: Sommer-Variété. Täglich abends 7 1/2 Uhr: Großes Konzert und Spezialitäten-Vorstellungen mit reichhaltig abwechselndem Programm. Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saale statt.

**Arnold Scholz Neue Welt** Hasenheide 108-114. Sonntag, den 9. Juni 1907: Großes Doppel-Konzert und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 4 Uhr. Entree z. Konzertgarten 10 Pf. Entree z. Theatergarten 25 Pf. Im Riesenfaale: Großer Ball.

**Diez' Spezialitäten-Theater.** Landsberger Allee 76-79. Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit in allen Stadttricht. Ob schön! Täglich: Ob Regen! Im herrlichen Garten oder großen Saal: Die größte Sensation der Gegenwart: 3 Röhre-Lodesfahrt im drehbaren Globus. Hand Röhre, der einzige Fahrer der Welt, welcher die endlose Schiene, nur 3 Meter Durchmesser, vertikal durchfährt. - Blockwagn, phänomenale Kunststabsfahrer-Truppe. - Alfred Mourdin, der unsterbliche Kunststabsfahrer. Dazu das neue und beste Programm Berlin. Anf. 8 Uhr. Kaffeeküche. Kollabellustigungen aller Art. Entree 30 Pf.

**Diez Seeterrasse, Lichtenberg.** Röderstr. 11-13. größtes und schönstes Vergnügungs-Etablissement, 25 000 Personen fassend, mit 11 000 Quadratmeter See. Heute: Gr. Tauben-Schaufliegen veranstaltet von den Taubenzüchtern Berlin und Umgebung: gleich 3000 Tauben werden nachmittags 5 Uhr aufgelassen. Näherdem jeden Sonntag: Großes Lützow-Konzert. Um 6 und 10 Uhr: Auftreten der besten Turmseilkünstler d. Welt Mr. J. H. Liepelt längstes und höchstes Turmfest, welches je beiläufig wurde. Erstklassiges Spezialitäten-Theater ca. 40 Nummern. Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk. In zwei Gr. Ball. Gr. Kaffeeküche. 15 Ruderboote. 4 vorr. Kegelbahnen. Volksbelustigungen aller Art. Anf. 3 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder um 10 Jahren frei. Ältere Kinder 10 Pf. Aegidius Diez, Direktor und Besitzer.

**Klostergarten, Plötzensee.** Jeden Sonntag: Gr. Promenaden-Konzert. Entree frei! Im Saale: Tanz-Reunion. \* Jeden Mittwoch: Kinder-Freudfest. Einige Sommerabende an Vereine sind noch frei! - Bei Herbst- und Wintervergünstigen eines Vereins stelle von 8-12 Uhr an der Teufelsbrücke Kremsler zur Verfügung. 11275 C. H. Peters (früher Roabiter Gesellschaftshaus).

**Baumgärtners Park-Restaurant** Schönholz 11. Schönster Garten des Nordens 2500 Sitzplätze. Kaffeehaus Große Kaffeeküche 2 Regalbahnen. Allerhand Volksbelustigungen. Jeden Sonntag: Großes Frei-Konzert (im Saale) Ball. Bestes Lokal für Vereine und Familien unter kulantesten Bedingungen. Straßenbahn- und Vorortverbindung. 11706

**W. Noacks Theater.** Direktion: Rob. Oll. Erntewegstr. 16. Berlin bei Nacht. Lebensbild mit Gesang in 2 Bildern. Dazu das neue Spezialitäten-Programm. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Wagnung u. n. d. Vorstellung: Ball. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

**Fröbels Allerlei-Theater** (früher Pahlmann) Schönhauser Allee 148 und Kastanien-Allee 97/99. Weltliches und bekanntestes Volks-Etablissement Berlin. Heute Sonntag: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung des brillanten Juni-Spielplans. 3 Orions + Cory u. Rette + Mary Ellis + Hermann Milardo + The Dunbars. Rudo Kröhl. Mit Mary usw. Um Genießet das Leben. Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Um Donnerstag, 13. Juni: Drittes großes Kinderfest.

**Brunnen-Theater** Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rosa. 10 Attraktionen ersten Ranges 10. Arthur Wolff. O'East - Rämber Comp. Der Geisterspuk im Gefängnis. Pantomime der Mokaschyltruppe. Im Flug durch die Welt. Ausstellungs-Volksstück in 6 Bildern. Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 5 Uhr. Im Saale: Großer Ball. Billigkeitsverkauf von 10-11 Uhr an der Theaterkasse. Kotlihuar Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Bei günstiger Witterung auf der Gartenbühne. Sonn-, Mont-, Donnerst.: Hoffmanns World. Sänger Heute Kollab: Italiener in Berlin. Voffe 1 Akt u. H. Hoffmann. Morg. Sonntag u. Montag: Gr. Elite-Soireen u. Tanz.

**Deutsche Armee, Marine und Kolonial-Ausstellung** Am Wannseebahnhof Friedmann. Ausstellungshallen bis 8 Uhr - Vergnügungspark bis 12 Uhr nachts geöffnet. Täglich große Konzerte. Heute Eintritt 50 Pf., Militär und Kinder 25 Pf. 42/12\*

## Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelms-Theater. Abends 8 Uhr: Drei Paar Schuhe. Sommerpreise.

**Walhalla-Variété-Garten** Weinbergweg 19/20, Rotenb. Tor. Spezialitäten-Vorstellung. Promenaden-Konzert. Anf. 5 Uhr. Vorstellung 7 Uhr. Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr. Kleine Sommerpreise.

**Belle-Alliance-Garten** Herrlicher Sommergarten Berlin. Weltberühmte Illumination. Vollständig neue Anlagen. Täglich: Elite-Variété-Vorstellung Anf. wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.

**Reichshallen-Theater.** Stettiner Sänger. Anfang wochentags 8 1/2 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

**Zirkus Reiffarth.** O., Memelerstr., Comeniusplatz. Täglich abends 8 1/2 Uhr: Große Vorführung. Billige Eintrittspreise. Reiche Darbietungen erstklassiger circensischer Künste.

**Max Kliems Sommer-Theater** Hasenheide 13/15. Wirkliche Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. Jeden Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 3 Uhr ab geöffnet.

**Brunnen-Theater** Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rosa. 10 Attraktionen ersten Ranges 10. Arthur Wolff. O'East - Rämber Comp. Der Geisterspuk im Gefängnis. Pantomime der Mokaschyltruppe. Im Flug durch die Welt. Ausstellungs-Volksstück in 6 Bildern. Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 5 Uhr. Im Saale: Großer Ball. Billigkeitsverkauf von 10-11 Uhr an der Theaterkasse. Kotlihuar Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Bei günstiger Witterung auf der Gartenbühne. Sonn-, Mont-, Donnerst.: Hoffmanns World. Sänger Heute Kollab: Italiener in Berlin. Voffe 1 Akt u. H. Hoffmann. Morg. Sonntag u. Montag: Gr. Elite-Soireen u. Tanz.

**Sanssouci, Kotlihuar** Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Bei günstiger Witterung auf der Gartenbühne. Sonn-, Mont-, Donnerst.: Hoffmanns World. Sänger Heute Kollab: Italiener in Berlin. Voffe 1 Akt u. H. Hoffmann. Morg. Sonntag u. Montag: Gr. Elite-Soireen u. Tanz.

**W. Noacks Theater.** Direktion: Rob. Oll. Erntewegstr. 16. Berlin bei Nacht. Lebensbild mit Gesang in 2 Bildern. Dazu das neue Spezialitäten-Programm. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Wagnung u. n. d. Vorstellung: Ball. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

**Fröbels Allerlei-Theater** (früher Pahlmann) Schönhauser Allee 148 und Kastanien-Allee 97/99. Weltliches und bekanntestes Volks-Etablissement Berlin. Heute Sonntag: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung des brillanten Juni-Spielplans. 3 Orions + Cory u. Rette + Mary Ellis + Hermann Milardo + The Dunbars. Rudo Kröhl. Mit Mary usw. Um Genießet das Leben. Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Um Donnerstag, 13. Juni: Drittes großes Kinderfest.

**W. Noacks Theater.** Direktion: Rob. Oll. Erntewegstr. 16. Berlin bei Nacht. Lebensbild mit Gesang in 2 Bildern. Dazu das neue Spezialitäten-Programm. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Wagnung u. n. d. Vorstellung: Ball. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

**Fröbels Allerlei-Theater** (früher Pahlmann) Schönhauser Allee 148 und Kastanien-Allee 97/99. Weltliches und bekanntestes Volks-Etablissement Berlin. Heute Sonntag: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung des brillanten Juni-Spielplans. 3 Orions + Cory u. Rette + Mary Ellis + Hermann Milardo + The Dunbars. Rudo Kröhl. Mit Mary usw. Um Genießet das Leben. Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Um Donnerstag, 13. Juni: Drittes großes Kinderfest.

## Restaurant Gewerkschaftshaus.

Engel-Ufer 15. Menu 75 Pf. Heute Sonntag: Döfenschwanzsuppe. Laß in Butter oder Grüne Bohnen mit Hammelfleisch. Schweinbraten mit Champignonsoße oder Gefüllte Kalbsbrust. Kompott oder Salat. Reichhaltige Abendkarte. Wochentäglich: Großer bürgerlicher Mittagstisch Couv. 60 Pf. Um zahlreichen Besuch bitten alle Genossen 60292

**Rich. Augustin.** Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74. Täglich: Theater-Vorstellung. Neue Spezialitäten. Kinematograph und Ball. Freier Damentanz. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Elysium, Landsberger** Allee 40/41. Heute sowie täglich: Vorstellung. Anfang 7 Uhr. Entree frei. Nicht! Empfehlung des gebildeten Vereinen an Wochentagen meinen 2000 Personen fassenden Naturgarten. Saal für 1200 Personen zur Abhaltung von Sommerfesten mit Sängergesellschaft gratis zu vergeben. Am 7. 3617. 5112\*

**Gustav Behrens-Theater.** Berlin W., Goltzstraße 9. Ob Regen, ob Sonnenschein Das neue großartige Juni-Programm. H. Hanny Saprice, jugendl. Gewand- u. lunge-Künstlerin. Grete Reumers, Soubrette. Willy Schönerberg, Humorist. ?? Grefenbergler prolongiert ?? und die anderen Spezialitäten. Zum Schluß die urkomische Fosse: Die Käse in der Beride oder: Ein verunglücktes Stehdielchen. Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Volksgarten-Theater.** Bad-Beilmstraße - Bahnhof Gesundbrunnen - Bellermannstraße. Das Bild der Mutter oder Berliner Zimmerleute. Volksstück mit Gesang in 3 Akten. Hierzu: Das neue Riesen-Spezialitäten-Programm. Volksbelustigungen. X Großer Ball.

**Ostbahn-Park** Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

**Otto Pritzkow** Münzstraße 16. Welt-Ausstellungs-Biograph - (St. Louis) Theater lebender Photographien. Täglich Eingang von Neuhelten. Den ganzen Tag Vorstellung.

**Nur noch bis Ende Juni geöffnet! Volksmuseum** Friedrichstr. 112. Nähe Craniener Tor. Anatomie! Pathologie! Samariterlehre! Mechanische Kolossalgruppen! Völkergalerie. Täglich wechselnde Lichtbildervorträge über Visitenkarte des Verbrechers! Vorausbestimmung des Geschlechts! Hermaproditismus Volks-Krankheiten etc. Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf., Kinder 10 Pf. 10416\*

**Nur noch bis Ende Juni geöffnet! Volksmuseum** Friedrichstr. 112. Nähe Craniener Tor. Anatomie! Pathologie! Samariterlehre! Mechanische Kolossalgruppen! Völkergalerie. Täglich wechselnde Lichtbildervorträge über Visitenkarte des Verbrechers! Vorausbestimmung des Geschlechts! Hermaproditismus Volks-Krankheiten etc. Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf., Kinder 10 Pf. 10416\*

**Nur noch bis Ende Juni geöffnet! Volksmuseum** Friedrichstr. 112. Nähe Craniener Tor. Anatomie! Pathologie! Samariterlehre! Mechanische Kolossalgruppen! Völkergalerie. Täglich wechselnde Lichtbildervorträge über Visitenkarte des Verbrechers! Vorausbestimmung des Geschlechts! Hermaproditismus Volks-Krankheiten etc. Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf., Kinder 10 Pf. 10416\*

**Nur noch bis Ende Juni geöffnet! Volksmuseum** Friedrichstr. 112. Nähe Craniener Tor. Anatomie! Pathologie! Samariterlehre! Mechanische Kolossalgruppen! Völkergalerie. Täglich wechselnde Lichtbildervorträge über Visitenkarte des Verbrechers! Vorausbestimmung des Geschlechts! Hermaproditismus Volks-Krankheiten etc. Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf., Kinder 10 Pf. 10416\*

**Nur noch bis Ende Juni geöffnet! Volksmuseum** Friedrichstr. 112. Nähe Craniener Tor. Anatomie! Pathologie! Samariterlehre! Mechanische Kolossalgruppen! Völkergalerie. Täglich wechselnde Lichtbildervorträge über Visitenkarte des Verbrechers! Vorausbestimmung des Geschlechts! Hermaproditismus Volks-Krankheiten etc. Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf., Kinder 10 Pf. 10416\*

**Nur noch bis Ende Juni geöffnet! Volksmuseum** Friedrichstr. 112. Nähe Craniener Tor. Anatomie! Pathologie! Samariterlehre! Mechanische Kolossalgruppen! Völkergalerie. Täglich wechselnde Lichtbildervorträge über Visitenkarte des Verbrechers! Vorausbestimmung des Geschlechts! Hermaproditismus Volks-Krankheiten etc. Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf., Kinder 10 Pf. 10416\*

**Nur noch bis Ende Juni geöffnet! Volksmuseum** Friedrichstr. 112. Nähe Craniener Tor. Anatomie! Pathologie! Samariterlehre! Mechanische Kolossalgruppen! Völkergalerie. Täglich wechselnde Lichtbildervorträge über Visitenkarte des Verbrechers! Vorausbestimmung des Geschlechts! Hermaproditismus Volks-Krankheiten etc. Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf., Kinder 10 Pf. 10416\*

# Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Sonnabend, den 15. Juni 1907, in den Gesamträumen den „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114:

## Großes Sommer-Fest zur Feier des 15jähr. Bestehens des Verbandes.

Im Garten von 4 Uhr ab:  
Großes Doppelkonzert u. ersiklassige Spezialitätenvorstellung

Im großen Saale von 8 Uhr ab:  
**BALL** bei vollständig besetztem Orchester.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Abends: **Gr. Monstre-Feuerwerk.**  
Volks- und Kinderbelustigung, Präsentverteilung usw.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet.

Sämtliche Kollegen von nah und fern, Gewerkschafts- und Parteigenossen, Freunde und Gönner des Verbandes werden hiermit freundlichst eingeladen. 1907/19  
Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind in sämtlichen Zahlstellen des Verbandes sowie in allen mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.  
**Das Komitee.**

**Schwarzer  
Friedrichsberg**



**Adler**

Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).

Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: Gebr. Arnold. Fernspr. Friedrichsberg No. 8.

Jeden Sonntag:

Großes Künstler-Konzert. \* Spezialitäten-Vorstellung.

Im Königsaal: **Großer Ball.**

Volksbelustigungen aller Art. ♦ Drei verdeckte Kegelbahnen.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet. Anfang 4 Uhr.

Entree 20 Pf. Jeden Mittwoch: 5021L\*

**Willy Walde-Sänger.**

Der schönste Ausflugsort

## Restaurant Wendenschloß.

Unter den Müggelbergen an der Dahme und Langen See gelegen, bietet für Vereine, Verbände, Gesellschaften, Klubs, Fabriken und Schulen den angenehmsten Aufenthalt. 4286L\*  
Schöner idyllischer Garten, 4000 Sitzplätze, 2 neue große Säle und ein kleiner Saal, Glashallen, 2 Kegelbahnen, Ausspannung und Belustigungen aller Art. Es empfiehlt sich freundschaftlich

Telephon: Amt Köpenick 67. **E. Friedrichs.**

## Luisenpark Wilmersdorf

Wilhelmsau 112.

Heute: **Strzelewicz-Sänger. Gr. Ball.**

Jeden Mittwoch: Kaffeekochen und Freltanz. Kaffeeküche alle Tage geöffnet. 10925b\* Kegelbahnen.

Wo amüsieren wir uns?

## Im Krug zum grünen Kranze

Ober-Schöneweide, Waldstraße 74.

Küche und Keller vorzüglich.

50920\* **Ernst Höflich.**

## Zum Sportshaus Ziegenhals.

Bahnstation Jentzen. Tel. Königs-Wusterhausen 175.

Extra-Dampferfahrten mit Musik.

Nachmittags 2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf. Montags und Donnerstags ab Jannowitzbrücke, Reederei Robbling, Restaurant „Zum Schiffsberg“. Mittwochs ab Stalauerbrücke, Reederei Rahut u. Serzer, Dienstags und Freitags ab Richardbrücke, Reederei Sachow. NB. Einige Sonnabende und Sonntage noch frei für Vereine, Gesellschaften und Familien. **Max Horschel.**

## Terrassen-Restaurant Neuer Krug a. d. Oberspree

Bahnstation Wilhelmshagen.

Nahe die besten Vereine, Gewerkschaften, Fabriken auf mein herrlich an der Oberspree gelegenes Lokal zur bevorstehenden Dampferpartie aufmerksam. — 3 Säle, großer schattiger Garten, Kegelbahn, Kaffeeküche usw. Sonnabende, Sonntage im Juni, Juli, August noch frei.

**Wilhelm Müller.** Fernspr. Amt Erkner No. 51.

## Sportshaus zur großen Krampe in Müggelheim.

Ich bringe hierdurch den vielen Vereinen und Gesellschaften mein herrlich am Wald und Wasser am Fuße der Müggelberge gelegenes Lokal mit Dampfer- und Kegelbahnen in freundlicher Erinnerung. Jeden Mittwoch nachmittags 2 Uhr Extra-Dampfer. Abfahrt von der Jannowitz-Brücke. Jeden Sonntag 9 Uhr früh Abfahrt von der Schilling-Brücke. 5079L\*

**W. Troppens.** Tel.: Amt Köpenick Nr. 141.

Raucht **Vineta No 8**

beste 2 1/2 Pfg. Handarbeits-Cigarette



# Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands

Sonntag, den 9., 16. und 23. Juni 1907:

## I. Wettstreit im Heben und Ringen um die Bundes-Meisterschaft von Deutschland im Etablissement „Hasselwerder“, Nieder-Schöneweide-Johannisthal (Inh. A. Scheruch).

Der Wettstreit findet im Freien statt.

Anfang vormittags 10 Uhr. Billett 20 Pf.

Die Dampfer der Stern-Gesellschaft fahren von Jannowitz-Brücke, die Dampfer der Gesellschaft Tismer von Schillings-Brücke.

Im Saale: **Großer Ball.**

201/13 **Das Komitee.**

## Moabiter Schützenhaus. Plötzensee. Inh.: Karl Fröbel. Plötzensee.

Am Wald und Wasser gelegen. — Bootfahren.

Jeden Sonntag: **Großes Promenaden-Konzert.** Dirigent: Rud. Rohbaum.

Bogelwiese. — Kaffeeküche. — 2 Kegelbahnen. Großer Ball. Entree 10 Pf.

Mein Sommergarten und Ball-Saal steht Gesellschaften und Vereinen zur Verfügung. — Endstation der elektrischen Straßenbahnlinie 12.

Jeden Mittwoch: **Großes Kinderfest.**

## Verbandshaus der Gastwirtsgehülfen

Berlin, Gr. Hamburgerstraße 18/19

(Nahe Bahnhof Börse, Hackescher Markt).

Bürgerliches Restaurant. — Vorzügliche Küche bei kleinen Preisen. — Vereinszimmer für 25 bis 150 Personen. — Der Naturgarten umfaßt 300 Sitzplätze. —

**Otto Traeger, Oekonom.**

## Mohr's Strand-Restaurant

Tel.: Amt Grünau 70 (Richtershorn) Inh.: E. Mohr.

Beste Ausflugsort für Vereine, Fabriken u. Gewerkschaften.

Beste Dampfer-Anlegestelle Ruderboote Gute Küche

Beste Biere 2 saubere Kegelbahnen. — Gute Bekleidung

## Alhambra

Balmer-Theaterstraße 15.

Jeden Sonntag: **Großer Ball**

Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr. **A. Zameitat.**

Lieferant des Rixdorfer Lehrer-Vereins

# Warenhaus

Lieferant des Berliner Beamten-Vereins

# H. Joseph & Co.

Berlinerstr. 54-55

**RIXDORF**

Berlinerstr. 54-55

**8**  
**Ausnahme-Tage**  
von  
Sonnabend, den 8. Juni  
bis  
Sonnabend, den 15. Juni



## Schuhwaren

Dieser Posten ist infolge seiner Qualität und **extra billigen Preise** eine äußerst günstige Kaufgelegenheit.

Wir haben, um den Vorteil bei diesem Angebot zu zeigen, auch die **früheren Preise** auf diesem Inserat vermerkt. Besichtigen Sie gefl. das Schuhfenster.

<b>Herren-Stiefel.</b> 1 gr. Post. Rindbox.-Schnürstiefel früher 8,95 . . . . . Jetzt 6,45	<b>Damen-Schuhe.</b> Braune Segeltuch-Schnürschuhe früher 2,45 . . . . . Jetzt 1,95
<b>Damen-Stiefel.</b> 1 gr. Post. Rindbox.-Schnürstiefel früher 7,45 . . . . . Jetzt 5,65	<b>Mädchen-Stiefel.</b> Segeltuch-Schnürst. m. Lackspitze Größe 31/33, früher 4,25 . . . . . Jetzt 3,25
<b>Damen-Stiefel.</b> Braune Schnür- und Knopfstiefel früher 6,95 . . . . . Jetzt 4,95	<b>Mädchen-Schuhe.</b> Braune Segeltuch-Schnürschuhe Nur Größe 30/32, früher 2,45, jetzt 1,55
<b>Damen-Stiefel.</b> 1 gr. Posten Chevrau-Schnürstiefel früher 6,25 . . . . . Jetzt 4,95	<b>Kinder-Stiefel.</b> Graue Segeltuch-Schnürstiefel mit Lackkappe, früher 3,25, jetzt 2,45
<b>Damen-Stiefel.</b> 1 gr. Post. grau u. beige Segeltuchst. m. rot u. braun. Lederk., früh. 3,75, jetzt 2,95	<b>Kinder-Schuhe.</b> Braune Segeltuch-Schnürschuhe Größe 27/30, früher 2,25 . . . . . Jetzt 1,65
<b>Damen-Schuhe.</b> Graue Segeltuch-Schnürschuhe mit grauer Lederk., früher 3,25, jetzt 2,45	<b>Kinder-Schuhe.</b> Braune und rote Sandalen Nur Größe 21/26, früher 1,—, jetzt 0,85

Jetzt täglich in der Lebensmittel-Abteilung:  
Billigste Preise. **FrISCHE Seefische!** Billigste Preise.  
**Beachten Sie unser Prämien-Spar-System!**  
**Doppelte Vorteile!**



### Ein Rückblick auf den Streik von Argenta.

Rom, 5. Juni.  
 Ein Landarbeiterstreik, an dem über 8000 Personen beteiligt sind und der 60 volle Tage währt, gehört auch in der an Landarbeiterstreiks so reichen Geschichte des italienischen Proletariats zu den Seltenheiten. Besondere Beachtung verdient aber der Streik von Argenta, weil der Sieg diesmal über einen sehr organisierten Gegner errungen wurde, wie das bisher nur bei den großen Reisarbeiterstreiks in Molinella der Fall war. Die großen Siege des Landproletariats, die im Jahre 1900 in Italien so zahlreich errungen wurden, hatten die Grundbesitzer im Zustand völliger Unorganisiertheit überbracht; nachdem sich die Besitzer organisiert hatten, nahmen sie viele Zugeständnisse zurück. Jetzt fängt nun das Landproletariat an, auch mit dem organisierten Unternehmertum fertig zu werden.

Die materiellen Errungenschaften des Streiks von Argenta sind sehr beträchtlich, obwohl der Streik lediglich als Abwehrstreik begonnen hatte. Die Grundbesitzer hatten, wie erinnerlich, das Konordat, das dem Streik vom vorigen Herbst ein Ende gesetzt hatte, nicht eingehalten. Im besonderen hatten sie sich geweigert, zur Gründung des Arbeitsvermittlungsbureaus zu schreiten, indem sie ihre zur Pacht auszugebenden Ländereien anmelden und von der Gewerkschaftsvertretung Personal zugewiesen erhalten sollten. Ferner hatten sie 64 Pächterfamilien gekündigt, was als Maßregelung angesehen wurde.

Nach dem gestern unterzeichneten Konordat verpflichten sich die Besitzer, das ihnen so verhaßte Arbeitsvermittlungsbureau zu gründen und an erster Stelle organisierte Arbeiter anzustellen. Weiter beschränken sie die Zahl der Kündigungen auf 7 Familien und verpflichten sich, daß die Gutsbesitzerorganisation diesen Familien

behilflich sein werde, im Kreis von Argenta selbst neues Land in Pacht zu erhalten. An weiteren Verbesserungen, die zunächst nicht im Programm der Streikenden waren, sondern nur gegenüber der wachsenden Notwendigkeit der Unternehmer aufgestellt wurden, sind durchgesetzt worden: Verminderung des Pachtpreises um 15 Lire pro Hektar und Jahr, Übernahme der Hälfte der Transportkosten der landwirtschaftlichen Produkte von der Scheune zur Eisenbahn durch die Grundbesitzer (bisher trugen die Pächter diese Kosten allein); Erhöhung des Teilantrags bei allen Kulturen; Übernahme aller Kosten für Dreschen und sonstige Maschinenarbeit durch den Besitzer. Auch Tagelöhner und Stallknechte erzielten Lohnerhöhungen.

Daß die Arbeiterschaft ohne Streikfonds es durchgesetzt hat, gegen 700 000 Arbeitstage einzubüßen, ohne durch den Hunger besiegt zu werden, ist den großen Opfern zu danken, die die Arbeiter ganz Italiens gebracht haben. Alle Kinder aus dem Streikgebiet waren seit zwei Monaten in Genossenschaftsfamilien untergebracht, wobei die Regierung Gratisreise bewilligte, wie das bei Arbeitslosen zu geschehen pflegt. Außerdem hat es an Geldspenden nicht gefehlt, die im ganzen gegen 70 000 Lire betragen haben dürften. Da jeder Streikende nur 1 Kilo Polenta und 5 Centesimi pro Kopf erhielt, konnte man es dabei aushalten, ohne satt zu werden, freilich, aber doch auch, ohne zu hungern.

Um den großen Sieg würdig zu feiern, haben die Arbeiter von Argenta 1000 Lire an die Ausgesperrten von Terni gesandt. Die Niederlage, die die organisierten Grundbesitzer erlitten haben, nachdem sie erst erklärt hatten, auf Verluste von Tausenden von Millionen gefaßt zu sein, wird von den Kapitalisten des ganzen Landes mit unverhohlenen Grimm hingenommen. Wir oft hat man in den letzten Monaten die Niederlage der tapferen Streikenden prophezeit! In Großmütigkeit hat es nicht gefehlt, aber an Solidarität haben es die Besitzer den Landarbeitern nicht nach-

### Verfammlungen.

Der Zentralverband der Fleischer hielt am 5. Juni im „Englischen Garten“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Dieselbe referierte über: Die Nietenausperrung im Beckler Gange und welche Wirkung hat dieselbe für das Fleischergewerbe? Redner schilderte alle Vorgänge von Anfang der Bewegung. Die Arbeiter hätten alles versucht, den Frieden zu erhalten. Die Bauherren hätten aber auf den Kampf hingearbeitet. Hierauf schildert Redner den Kampf der Vätergesellen und ermahnt die Anwesenden, den kämpfenden Brüdern die weitgehendste Unterstützung zu teil werden zu lassen. Hierauf sprach der Vorsitzende Bergmann über das Thema: Welche Forderungen gedenken wir zu stellen? Lange genug haben die Fleischergehilfen diesen Kämpfen gleichgültig zugehört, das müsse aufhören. Auch die Fleischer müßten beruhen, ihre Lage zu verbessern. Redner schilderte hierauf kurz die augenblickliche Verunsicherung. Trotz der billigen Schweinepreise würden die Geilsten noch ebenso ausgebeutet, ja noch mehr als sonst. Von den Reihern sei nichts zu erwarten, die Fleischergehilfen müßten ihr Kapital selbst in die Hand nehmen. Hierauf begrüßte Bergmann die vom Vorstande vorgeschlagenen Forderungen.

Die Diskussion darüber gestaltete sich sehr reger. Mancher wünschte mehr zu verlangen, jedoch waren fast alle Kollegen der Meinung Minimalforderungen aufzustellen und mit allen Kräften dafür einzustehen.

Einstimmig wurde ein Antrag des Vorstandes, das Mitglied Emil Hund, Schöneberg, Sedanstr. 45, wegen Streibrosch auszusprechen, angenommen.



## Paletots u. Ulster

Hochmoderne, schönste Ausmusterungen vornehmster Fassons und neuester Farben

Viele Tausende Exemplare vorzüglichster Passform.

50.— 45.— 40.— 36.— 33.— 15 Mark  
30.— 27.— 24.— 21.— 18.—

## Loden-Pelerinen

Wetterfeste Lodenstoffe.

22.50 19.— 16.— 14.— 8 Mark  
12.— 11.— 10.— 9.—



## Sacco-Anzüge

Viele Tausende Exemplare auslesener Geschmacksrichtungen. 15 M.  
60.— 55.— 50.— 45.— 40.— 36.—  
33.— 30.— 27.— 24.— 21.— 18.—

## Stoff-Hosen

Viele Tausende Exemplare in hochmodernen Mustern. 4 M.  
20.— 18.— 16.— 14.— 12.— 8.— 6.— 5.—

Alle Angebote sind nur eigene Erzeugnisse.

Vornehme Mass-Anfertigung.

# Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 29-30 alle Nr. 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

## Neu! Das schönste Lokal der weiteren Umgebung Berlins ist unstrittig Restaurant Waldesruh

am Rangen See, bis-a-bis dem Sportdenkmal Grünau, in der Villenkolonie Wendenschloß, herrlich, mitten im Walde gelegen, mit schattigem Garten am Wasser, großem Parkett-Saal, Veranda und Nebenräumen, ein vorzüglicher Ausflugsort für Fabriken, Vereine, Gesellschaften etc. — Kaffeeküche, Kegelbahnen, Boots-, Schieß-, Würfel- und Schaukelstand. — Größeren Gesellschaften weitgehendstes Entgegenkommen. — Telefon: Köpenick 227. Um günstigen Zuspruch bittet Erich Gerbert.

### Auf Teilzahlung!

Wöchentlich nur 1 Mark. Uhren jeder Art sowie Goldnar., Silber-, Phonograph., Platten-, Grammophone, Par-moullas, Randdiner, Weigen usw. Große Auswahl in Platten, edle Edison-Apparate und Waagen zu Original-Preisen.

Juhre & König, Warthenerstr. 72, I. Etage, Reinickendorferstr. 101, I. Etage.



Heute wie seit Jahren erfreuen sie sich der Gunst der Raucher, welche Qualität suchen und dieselbe zu würdigen verstehen.

## JOSETTI VERA

CIGARETTEN

stehen nach wie vor auf dem höchsten Gipfel der Vollkommenheit.

10 St. 30 Pfennig.

Muster an Jedermann franko!

## Tausende Seiden-Reste

und Coupons. Wegen Hinannahme einer ganzen Etage und der damit verbundenen Vergrößerung wird vom Montag ab ein Extra-Verkauf von Seiden-Resten und Coupons im großen Umfange stattfinden. Und zwar: Serie I Seiden-Rest-Coupons für aparte Blusen und Japone, je nach 1,00, 1,25 etc. per Meter. Serie II Seiden-Rest-Coupons für vornehme Strassen- und Gesellschafts-Roben 1,50, 2,00 etc. per Meter. Serie III Seiden-Rest-Coupons für Braut- und Hochzeits-Roben 2,00, 2,50 etc. per Meter. Einzeln schwarze Damast-Roben in welchen, soliden Qualitäten 1,50, 2,00, 2,50, 3,00 etc. per Robe. Schwarze Taffete in Chiffon und Garantie-Qualitäten für Boleros, Kostüme etc. in allen Größenlagen. Echte Shantung, Original-Bast-Seiden für Reisekleider, Staubmäntel etc. von 1,50, ca. 3000 Meter Futter-Seiden, darunter schwere Qualitäten, für Jackett-Futter besonders vortrefflich, 1,00, 1,25. — Dieser Extra-Verkauf gibt jeder Dame beste Gelegenheit, wundervolle Seiden, welche zum Teil früher bis zirka 5,00 per Meter gekostet haben, jetzt für die Hälfte und darunter einzukaufen. — Adresse genau beachten!

Selden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, nur Leipziger Strasse 79, 1 Treppe, am Büchsenplatz.

Telegr.-Adresse: Selden-Herzog.

(Kreuzstern.) **MAGGI'S Erzeugnisse** tragen die Schutzmarke Kreuzstern

**MAGGI'S Würze** verbessert in hervorragender Weise schwache Suppen, Saucen, Gemüse. Sehr ausgiebig (par-sam verwenden.) — Probefläschchen 10 Pfg. —

**MAGGI'S Suppen** ermöglichen es, in kürzester Zeit, nur mit Wasser, vorzügliche, kräftige Suppen herzustellen. Ein Würfel für 2 gute Teller 10 Pfg.

**MAGGI'S Bouillon-Kapseln** geben sofort 1 Tasse Fleischbrühe 5 Pfg., 1 Tasse Kraftbrühe 7 1/2 Pfg. In Kapseln zu 10 bezw. 15 Pfg. für je 2 getrennte Portionen.

# Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands. Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 9. Juni cr., vormittags 10 Uhr für das gesamte Zweigvereinsgebiet

## drei Mitglieder-Versammlungen.

Für den Norden und die nördlichen Vororte bei **Ballschmieder**, Badstr. 16.  
 Für das übrige Berlin sowie südlichen Vororte bei **Buggenhagen**, Moritzplatz.  
 Für alle westlichen Vororte bei **Obst**, Schöneberg, Meiningenstr. 8.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

### Der Stand unserer Bewegung u. unsere weiteren Maßnahmen.

In Anbetracht der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Zutritt. Die Zentral-Streikkommission.

## Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl. Zweigverein Berlin und Umgegend.

Verbandsbureau: Engel-Ufer 16, pt. Telefon: Amt IV Nr. 4493. Zweigverein: Engel-Ufer 16, pt. Telefon: Amt IV Nr. 4493.

### Versammlungs-Anzeige: Sektion der Putzerträger.

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 11 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in „Bernard Festsäle“, Schwedterstr. 23.

### Sektion der Töpferträger.

Montag, den 10. Juni, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthalerstr. 57.

### Sektion der Rohrer.

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal V).

### Sektion der Fahrstuhlarbeiter.

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Jannasch, Inselstr. 10.

### Gruppe d. Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei J. Meyer, Cranienstr. 103.

### Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal VII).

Tages-Ordnung:

Unsere Lohnbewegung.

Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. Der Zweigvereinsvorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 19. Telefon: Amt IV, Nr. 10 623.

Dienstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

### Versammlung

aller in Drechslereien, Treppengeländer- und Luxusmöbel-Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Der Abschluss des Vertrages in der Holzindustrie und die Bekämpfung des Hirsch-Dummerschen Gewerkschafts. 2. Diskussion. NB. Die Mitglieder des Gewerkschafts haben Zutritt. Der Vorstand desselben ist zu der Versammlung eingeladen. Die Kommission.

### Branche der Korbmacher.

Dienstag, 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Köpenickerstr. 47:

### Vertrauensmänner-Versammlung.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Kommission.

### Bürstenmacher!

Montag, 10. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Schubert, Rannunstr. 14:

### Vertrauensmänner-Versammlung.

Die bei Anrechnungsmessern beschäftigten Kollegen werden ersucht, ebenfalls zu erscheinen. Die Branchenkommission.

## Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Zentral-Festsälen“, Alte Jakobstr. 32:

Außerordentliche

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Vortrag des Genossen A. Störmer: „Was ist verpflichtet und die letzte Reichstagswahl?“ 3. Diskussion. 4. Die Stellung des Zentralverbandes zur Beitragsrückzahlung in Berlin. 5. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Achtung: Vertrauensleute! Da in den nächsten Tagen für einzelne Branchen noch besondere Vertrauensmänner-Versammlungen stattfinden, so ersuchen wir die dazu noch besonders ergehenden Einladungen zu beachten. Die Ortsverwaltung.

## BREUER'S Festsäle

„Zur Königshank“

Gr. Frankfurterstr. 117. X. Ing. Curt Breuer. X. Amt VII, 8142

Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Klubs empfehle ich meine Gesamtsäle zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art zu den billigsten Bedingungen.

Um recht recht Besprechung blüht Curt Breuer, Gastw. J. 137/8

## Herren- u. Knaben-Konfektion!

Nach neuerem erfolgtem Abschluss unserer neuen Kataloge fordern wir die Berufskollegen auf, sich streng an die Abmachungen zu halten und die Firmen zu melden, die sich dem Tarif nicht unterwerfen wollen. Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden alle 14 Tage Freitag bei Orsael, Neue Friedrichstr. 35, statt, und ersuchen wir auch die noch fernliegenden Kollegen zu erscheinen.

Verband deutscher Schneider, Filiale Berlin. Mitgliedschaft II (Zuschneider und Zuschneiderinnen). Nähere Auskunft daselbst.



**Metzner**  
Gegr. 1873. Berlin  
Andreasstr. 23  
Brunnenstr. 95  
Bensselstr. 67  
Leipzigerstr. 54-55.  
Verkauft in Fabriksbüdnen.  
Grösst. Spezial-Geschäft  
Kinderwagen | Eisenbettstellen  
Kindermöbel | Korbbaren etc.  
1000 Mark  
Ich habe jedem der mir in Berlin ein solches Spezial-Geschäft in der Branche als das meiste nachweist.  
in Katalog gratis.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Montag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen

## Bezirks-Versammlungen

statt.

Für **Norden**: in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110 und Ballschmieder, Badstr. 16.

Für **Moabit**: in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47.

Für **Osten**: in Cranz' Pracht-Sälen des Ostens, Frankfurter Allee 152.

Für **Süden**: in der Urania, Wrangelstr. 10-11, in der Drachenburg, Vor dem Schlesischen Tor und in Giesings Festsälen, Wassertorstr. 68.

Für **Westen und Schöneberg**: bei Zühlke, Dönnowitzstr. 13.

Für **Charlottenburg**: im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Für **Rixdorf**: in Thiels Fest-Sälen, Bergstr. 152.

Für **Rummelsburg**: in Tempels Lokal, Alt-Boxhagen 56.

Für **Weißensee**: in Roskopfs Lokal, König-Chaussee 38.

Für **Steglitz**: in Schellhases Lokal, Ahornstr. 15a.

Für **Tegel und Umgegend**: in Trapps Festsälen, Bahnhofstr. 1.

Für **Köpenick**: in Schüllers Lokal, Hohenzollern-Platz 6.

Für **Spandau**: in Kumbkes Festsälen, Schönwälderstr. 80.

Für **Oberschöneweide**: in Kaufholds Lokal, Wilhelminenhofstr. 18.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstag. 2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Kollegen und Kolleginnen! Da ein jedes Mitglied unserer Organisation von den Beschlüssen resp. Verhandlungen unseres Verbandes unterrichtet sein muß, so ist es Ihre Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Filiale Berlin.

Montag, den 10. Juni 1907, abends 6 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4:

Tages-Ordnung:

1. Wahl von zwei Beisitzern zum Zentralvorstand. 2. Der Kampf im Baugewerbe. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

## Achtung! Schmiede. Achtung!

Mittwoch, den 12. Juni 1907, abends 8 1/2 Uhr:

## Öffentliche Versammlung

sämtlicher Schmiede von Spandau und Umgegend im Lokale des Herrn Köpnick, Spandau, Pichelsdorferstr. 39.

Donnerstag, den 13. Juni 1907, abends 8 1/2 Uhr:

## Öffentliche Versammlung

sämtlicher Schmiede Berlins und der Vororte in den Musiker-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße Nr. 18 m.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. Wie ist es möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Schmiede Groß-Berlins zu verbessern? Referent: Kollege Wilhelm Siering. 2. Diskussion.

Kollegen, erscheint Mann für Mann in diesen Versammlungen; kein einziger Schmied darf fehlen, ganz gleich, ob Ihr in der Fabrik oder beim Kleinmeister beschäftigt seid. Wir ersuchen unsere Kollegen, alle in Frage kommenden auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen. Die Einberufer.

### Bekanntmachung.

Gewerbeamt zu Berlin. S. Nr. 405 Gem.-Ver. 07. Zur Entscheidung der Streitfrage, ob im Holzgewerbe vorkommende Stemmarbeiten von Holzlegern zu verrichten sind, wenn bauseitig bisher diese Arbeiten von Maurern ausgeführt worden sind, und wenn sie infolge einer Ausprägung eventuell als sogenannte Streifarbeiten in Betracht kommen, hat das Einigungsamt von der Schlichtungskommission für das Holzgewerbe nach erfolgloser Verhandlung in dieser Angelegenheit

Schiedspruch

erlassen:  
1. Stemmarbeiten sind ausschließlich keine spezifischen Maurerarbeiten, sondern Hilfsarbeiten bei den verschiedenen bei Bauten in Betracht kommenden Gewerken.  
2. Die Stemmarbeiten zum Anbringen und Verbinden der Objekte gehören grundsätzlich und gewohnheitsgemäß zu den Arbeiten der Holzleger.  
3. Ueber Punkt 2 hinausgehende Stemmarbeiten größeren Umfangs werden, sofern sie von vorher von Maurern ausgeführt worden sind, als sogenannte Streifarbeiten erachtet.  
4. Zur Entscheidung, ob im speziellen Fall Arbeiten dieser oder jener vorstehend bezeichneten Art in Frage kommen, soll unverzüglich eine paritätische Kommission gebildet werden, welche aus einem unparteiischen Vorsitzenden und 6 Mitgliedern bestehen soll. Von letzteren sind je zwei aus dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise des Holzlegergewerbes und je ein aus den entsprechenden Kreisen des Maurergewerbes zu bestellen.  
Die Wahl der Mitglieder erfolgt durch die beiderseitigen Parteien im Holzlegergewerbe, desgleichen die des Vorsitzenden.  
v. g. u. gez. Le Sieur. gez. E. Bernhard, R. Vahl, H. Juppenplatz, Jul. Gebl.

Vorstehendem Schiedspruch haben die Parteien sich unterworfen. Berlin, den 6. Juni 1907. Der Vorsitzende des Einigungsamtes. gez. Le Sieur.

**Landpartie-**  
Vereins-Vorlesungs-Gegenstände, Lampen, Papiermützen, Radul-Instrumente in hervorrag. Auswahl. Außergewöhnlich billig z. B.: transparente 1 Dutzend Stocklaternen! 45 Pf. \*  
**Bernhard Keilich,**  
Größt. Spielwaren-Gesch. Dtschl. Gr. Hamburgerstr. 21-23, Ecke Oranienburgerstr. 19 Schauf.



**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben  
Anfertigung nach Maass. Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37, Eingang Strandberger Weg.

**Dr. Schünemann**  
Spezial-Arzt für 44112 Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Anerkannt reellste Bezugsquelle für solide und preiswerte Teppiche  
billigst im Spezialhaus  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Süd. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.  
Unterhalte nirgends Filialen!  
**Pracht-Katalog**  
(ca. 600 Illustrationen künstlerisch ausgestattet) gratis und franko.

# Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstr. 72: 55/13

Vortrag des Schriftstellers Heinrich Schulz über: Erziehungsfragen. Der Vorstand.



## Billige Dampfer-Sonderfahrten

von Jannowitzbrücke (Belvedere) und Hochbahnstation „Schlesisches Tor“:

**Täglich** (außer Sonnabend 9 Uhr:  
nach **Woltersdorfer Schleuse**  
**Werktäglich** (außer Sonnabend) 10 Uhr  
nach **Rauchfangswerder.**  
Um **2 Uhr: 50 Pfennig-Fahrten**  
nach **Woltersdorf, Zwiebusch, Rauchfangswerder, Neue Mühle, Müggelheim, Hessenwinkel.**  
**Jeden Dienstag**  
früh durch die **Dubrow** nach **Teupitz**  
Täglich regelmäßiger Verkehr auf der Oberspre, Havel, Lücknitz und Scharnitzsee. Dampfer und Motorboote für Vereine, Schule usw. billigst.

## Meissener Zuschußkasse

G. G. S. - Begr. 1891. 11506\*

Personen jeden Berufs können bis zum 45. Lebensjahre eintreten.  
Vert. Stellen über 400. Mitgliederzahl 20 000. Reservefonds 100 000 M.  
Die Kasse zahlte im Jahre 1906 über 300 000 M. Krankengeld.  
Bessere Kunst sowie Statuen, Aufnahmefähigkeit usw. durch den Geschäftsführer **Bruno Reinhold**, Helles 1. S., Wartenstr. 2.

## Neu-Helgoland bei Rahnsdorf.

Schönster Ausflugsort an der Oberspre. Für Dampferpartien von Gewerkschaften, Vereinen und Fabriken besonders geeignet. Säge, circa 1000 Personen fassend. - Wald. - Spielplätze. - Gute Küche. - 11 Bier. - Tägliche Dampferfahrten vom Brauerei-Ausgang in Friedrichshagen. - Telefon: Amt Friedrichshagen 63. 10816

W. Erdmann Jr.

## Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,

Lindenstr. 69, Laden.

Jedem Naturfreund, jedem Wanderer, Spaziergänger, jedem, der nach dem Milde und Hasen der Woche des Sonntags hinauszieht in die Natur, dort Erholung und Erfrischung zu suchen, empfehlen wir:

## Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur :: ::

von Carl Grottelwitz, mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche  
Mit Buchschmuck Broschüre 60 Pfennig.  
- und dem Portrait des Verfassers. - Gebunden 1 Mark. -

Wilhelm Bölsche schreibt in seinem Vorwort:  
„Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht leicht wieder so schlichte Naturbeschreibungen gibt, mit so schwebend allerhöchsten Mitteln, wie in diesem Buchlein.“ 234/10\*

## „Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstraße 185  
Gegründet im Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.

Empfehlen sich allen **Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter

## Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge in allen Größen und Preislagen.  
Reichhaltiges Lager in fertigen Sommer-Paletots, Ulster, Fantasie-Westen sowie Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend, des Berliner Konsum-Vereins sowie des Charlottenburger Konsum-Vereins.

**!! Wo !!** **!! Wer !!**

kaufe ich preiswert für mich Stoff? freigeht mir einen Herrenanzug, wenn Herrenanzug? Bei Ludwig Engel, ist Stoff? Ludwig Engel, Franzlauerstr. 23, II, Alexander-Platz, Franzlauerstr. 23, II, Alexander-Platz, Gegründet 1892. Großes Stofflager für 20 M., feinste Statuten, 2 M. Reineste Muster Wandener Adrillstoffe, proben, für guten Stoff bekam goldene reinnollene Stoffe, Reize von Metall. Ein Versuch führt zu 5 M. an der Meter. Sportbillig! dauernder Standhaft.

**!! Ohne Konkurrenz !!** 32\*

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

# Achtung! Streik!

Infolge der enormen Aussparungen haben wir uns entschlossen, die Preise auf das Allerniedrigste zu bemessen, um trotz des Streiks jedem Arbeiter zu ermöglichen, sich elegant für wenig Geld zu kleiden.

# Blitz

oder das Wunder Berlins

## Ausnahme-Tage

Herren-Hosen.		Herren-Anzüge.	
Serie 100. Hose, Marke Eisenfest, gestreift, Stek.	1 85 M.	Serie 100. Karriert, hellgrau, Stek.	6 05 M.
Serie 101. Hose, Buckskin, Stek.	2 45 M.	Serie 101. Gestreift, Buckskin Stek.	7 65 M.
Serie 102. Hose, elegante Muster, Stek.	2 90 M.	Serie 102. Cheviot, blau u. schwarz Stek.	8 25 M.
Serie 103. Hose, Cheviot, schwarz, Stek.	3 25 M.	Serie 103. Elegante Muster, pr. Buckskin, Stek.	9 50 M.
Serie 104. Hose, Kammgarn, alle Muster, Stek.	3 75 M.	Serie 104. Sommer-Anzug, wunderbar, Stek.	10 25 M.
Serie 105. Hose, prima, sehr elegant, Stek.	4 25 M.	Serie 105. Kammgarn, gestreift und kariert Stek.	11 50 M.
Serie 106. Hose, Ersatz für Maß, Stek.	4 75 M.	Serie 106. Partie-Posten alle Muster Stek.	12 75 M.
Serie 107. Hose, prima Kammgarn Stek.	5 25 M.	Serie 107. Sonntags-Anzug Ia Stek.	13 00 M.
Serie 108. Kollner-Hose Stek.	2 15 M.	Serie 108. Maß-Ersatz Stek.	14 75 M.
Serie 109. Hose, div. Burschen-Hosen Stek.	1 45 M.	Serie 109. Seltene Gelegenheit Stek.	15 80 M.
Serie 110. Hose, Kinder-Hosen Stek.	58 Pf.	Serie 110. Maß-Verarbeitung a. Roßhaar Stek.	17 50 M.

Ein Posten Sommer-Paletots bis 60 Proz. unter Preis abzugeben.  
Ein Posten Wasch-, Lüster-, Leinen-Joppen ganz enorm billig.  
Ein Posten Maß-Anzüge, das allerneueste, weit unter Preis.

**Nur kein Meid, wer kann, kann.**

**Nur so lange der Vorrat reicht, seltenste Gelegenheit!**

jetzt 85 **80 Chaussee-Strasse 80** **137 Gr. Frankfurterstr. 137**  
**9 Rosenthaler-Strasse 9** **29-30 Kottbuser Damm 29-30**

Ecke Auguststr. **Schöneberg**  
**10 Hauptstraße 10.**

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

## Zur Kenntnisnahme!

Die Firma **Julius Lindenbaum**  
Gr. Frankfurterstr. 141 - Franseekistr. 15

hat unter dem 22. März 1907 mit uns einen Vertrag abgeschlossen, wonach sie verpflichtet ist, Lagerfachen auf Betriebswerkstätten herstellen zu lassen.

**Diese Bestimmung erfüllt die Firma nicht!**

Wir bitten daher die Firma zu meiden.  
**Verband der Schneider und Schneiderinnen, Filiale Berlin.**  
Die Ortsverwaltung.

Außergewöhnlich billige, modern und solid gebaute Wohnungen von 4, 3, 2 und 1 Zimmer mit allem Zubehör  
Berlin N., Uferstraße 12/13 und Martin Opitzstraße 21-24  
bis-a-bis dem Brunnenplatz, 5 Minuten vom Bahnhof Wedding  
durchschnittlich 220,00 M. pro Zimmer per 1. Juli 1907 zu vermieten. 28035\*

**Ganz einfach**

alle gratis und franco erhalten Sie aus Wunsch sofort unseren großen Hauptkatalog über die weltberühmten deutschen Fahrrad-Marken „Jagdrad“, „Nimbus“, „Husselmann“, „Schwarze“, „Zweiräder“, „Koffelrad“, „Bettendorfer“ und „Sportrad“. Verkauf direkt an jedermann, ohne Zwischenhandel. 5 Jahre Garantie. Auf Wunsch Anlieferung.

Deutsche Waffen- u. Fahrrad-Fabriken in Breitenen 47 (Hartz).

**Hochbaugebäude.**  
4 Etagen, geschlossene Bauordnung, direkt anschließend an den **Bahnhof Seefeld**  
unweit der Döberitzer Heerstraße  
**□ R. S. - Mark an**  
Gesamtheit Güterbahnhof vorhanden. Ort im größter, schnellster Entwicklung begriffen. Ausblick durch Berliner Häuser im Bahnhof-Restaurant Seefeld. **Belger Nischelke & Nitsche**, Berlin, Landwehrstraße 96.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung  
Befors elegante, fertige **Herren-Moden**  
Ersatz für Haus-  
Haus-Anfertigung.  
feinste Verarbeitung.  
Garantie tadelloser Sitz.  
**J. Kurzberg**  
An der Jannowitzbrücke 1. i. Direkt am Bahnhof.

Deutsche Arme-, Marine- und Kolonial-Ausstellung, Berlin 1907  
zu Gunsten der Veteranen und Invaliden von Meer-, Marine- u. Schutztruppen.

## Lotterie

100 000 Serien je 20 Stück à 1 Mk.  
10001 Serien im Wert von nur

**300.000**  
Hauptgewinne im Werte von  
**60.000** Mark  
**40.000** Mark  
**25.000** Mark  
**10.000** Mark  
2 mal 5000, 5 mal 2000  
10 mal 1000, 20 mal 500  
50 mal 200, 100 mal 100 usw. usw.

**LOSE à 1 Mark**  
berichtigt zum Brutto der Auszahlung.  
12 Lose für 10 Mark  
(Porto u. Liste 20 Pf.)  
**A. MOLLING, Berlin**  
Kaiserhofstraße 1.  
LOSE à 1 Mark sind in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben.

**J. Baer**  
Danstr. 28. Ecke Prioz.-Allee  
Herren- und Knaben-Moden, Berufs- u. Naviolocke, Paletots u. Havelocke.  
Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß.  
Allerbilligste, streng feste Preise.

**Wer - Stoff - hat**  
fertige Anzüge nach Maß 20 M.  
Ladellor Eig. billige Futterstoffe.  
Bei Stofflieferung billige Preise.  
Frankfurt, Adersstraße 143, 4442L\* Ecke Dammstraße.

**S. Kaliski**  
Kleiststraße 21, am Wittenbergplatz.  
**Bellealliancstr. 107** Hallesches Tor.  
**Chausseestraße 80**, an der Boyenstrasse.  
**Frankfurterstr. 115**, an der Andreasstrasse.  
**Oranienstraße 31**, an der Adalbertstrasse.  
**Beusselstraße 18**, an der Turmstrasse.  
**Invalidenstr. 160**, an der Brunnenstrasse.  
**Brunnenstraße 92**, an der Rügenstrasse.

Singer A 75,00, B, versenkbar, 106,00  
Bobbin, Adler etc.

12,00, 16,00, 18,00 bis 60,00.

Breunabor Jockey etc. Spezialrad, von 58,00 an.

für Kinder 7-60,00, für Erwachsene 8-100,00.

**Sportwagen** 3,50, 6,25-30,00.

Die **Möbel-Fabrik**  
von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**

empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M. in nur anerkannt geüblicher Ausführung in jeder Holz- und Eichenart sowie auch **Vollstücken** eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng rechte und gewissenhafte Bedienung. Rufante Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. 150472\*



Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Der gestern versandten Auflage des „Mitteilungsblattes“ wurde eine Broschüre des Verbandes der Bäcker beigelegt, in welcher den Bezirksführern und Genossen Verlus die Situation nochmals klargestellt wird.

Wir empfehlen diese Broschüre am Zahlabende den Genossen zur Beachtung.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Fünfter Wahlkreis. Die zweite Abteilung hält am kommenden Mittwoch gemeinsamen Zahlabend bei Feind, Weinstraße 11, ab. Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Der Abteilungsführer.

Tempelhof. Mittwoch, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Müller, Berlinerstr. 41/42, eine Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kurt Heinig über: Bildungsbekämpfungen des Proletariats. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 5. Verschiedenes. — Der Zahlabend beginnt eine Stunde vor der Versammlung. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Am Mittwoch findet in den drei bekannten Lokalen der Zahlabend statt. Die Wahlvereinsmitglieder werden ganz besonders aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Es ist dies der letzte Zahlabend, an dem die alten Beitragsmarken (25 Pf.) ausgegeben werden.

Ober-Schöneweide. Auch am hiesigen Orte findet heute früh 1/8 Uhr eine Flugblattverbreitung zugunsten der Bäckerarbeiter statt. Die Genossen werden gebeten, sich zahlreich an der Arbeit zu beteiligen.

Rudow. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Palm statt. Die Genossen werden erlucht, ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen, da vom 1. Juli ab nur noch 30 Pf.-Marken geliebt werden, auch für die rückständigen Beiträge.

Karlshorst. Die heutige Flugblattverbreitung erfolgt von dem Parteilokal Gruba, Prinz Adalbertstraße, Ecke Hünower Wiesenweg, aus. Zahlreiche Beteiligung erforderlich.

Berliner Nachrichten.

Im Friedrichshain.

Eine der schönsten Parkanlagen Berlins bildet der Friedrichshain. Mit seinen hohen, altherwürdigen Bäumen und seinen weiten, mit saftigem Grün bedeckten Rasenflächen, mit seinen gut gepflegten Wegen und den zweckmäßig angelegten Kinderspielplätzen besitzt er die ungeteilte Liebe und Verehrung der anwohnenden Bevölkerung. Des Morgens herrscht eine idyllische Ruhe und Stille. Nur einige Kindermädchen führen die Sprößlinge ihrer Herrschaften aus und die einzelnen Spaziergänger wandeln die einsamen Wege entlang. Sie und da trifft man einen Handwerksburschen auf einer Pant stehend, oder einen Odbachlosen, der, den Kopf weit zurückgelegt, mit offenem Munde schläft.

Um die Mittagszeit da beginnt es sich dann zu regen. Wie in einem Ameisenhaufen wimmelt und trübbelt es und fröhliches Kinderjauchzen erfüllt die Luft. Da herrscht ein Leben und Treiben, ein Bauen, Graben und Dämmern beginnt, und in emsiges Schaffen aufgelöst, vergißt die kleine Welt alles um sich herum. Hier haben zwei Anriffs eine Burg aus Sand errichtet. „Gewaltig“ ragen die Zinnen zu „schwindelnder Höhe“ empor und schauen gar trugiglich drein. Treppen, mit unendlicher Geduld mühsam hergestellt, führen den „steilen Berg“ hinan. Das Ganze zeigt gut erfasste architektonische Linien und legt Zeugnis ab von der Auffassungs- und Beobachtungsgabe der kleinen Baumeister. Daneben haben mehrere Mädchen eine Bäckerei improvisiert und backen mit viel Ernst und Verständnis Kuchen und Brot (selbstverständlich buntrottfreies), in allen Formen. Nicht weit davon ist ein Areal. Man kann da „alles“ haben. Und die Wege ist nicht, wie in den meisten großen Kaufläden, hinter aufgestapelten Waren versteckt, sondern steht frei, und die Verkäuferinnen befehligen sich, sorgsam und gewissenhaft zu wiegen, schon um ihre „Kundschaft“ zu erhalten. Auch Gänse- und Butterblümchen in niedlichen Töpfchen kann man daselbst „billig“ erstehen. Abwärts werden Puppen singend in den Schlaf gewiegt. Eine Schar Knaben vergnügt sich damit, „Buffalo-Bill“ zu spielen, was allerdings weniger erhebend wirkt.

Weiter hinten spiegeln sich die Sonnenstrahlen in den Wellen eines kleinen Sees und träumerisch wiegen sich die dichtbelaubten Baumkronen darüber. Eine Entenmutter bewacht eifersüchtig ihre Jungen, die gierig nach den Brotkrumen haschen, welche ihnen vom Ufer her zugeworfen werden. Ein schöner weißer Schwan reißt den schlanken Hals empor und blickt mit sonderbarer Verachtung auf die Gaffer, indem er elegante Kurven auf der blanken Wasseroberfläche zieht.

Kommen aber erst die Abendstunden heran und spielen die Fabriken und Geschäfte den schwarzen Strom müder, lust- und ruhebedürftiger Menschen aus, dann ändert sich das Bild. In Scharen strömen sie dem weiten Park zu und verlieren sich zwischen den Bäumen und Büschen. Liebespärchen, engumschlungen, suchen abgelegene Wege auf oder schmiegeln sich auf einer Bank im lauschigen Dunkel aneinander und tuscheln sich Geheimnisse zu. Ehemänner wandeln rauchend und wortfarg mit ihren Frauen vorbei. Passsische lesen beim Zwielicht rührselige Liebesgeschichten oder verbrochen sentimentale Gedichte, die sich auf Herz und Schmerz, Sonne und Sonne reimen. Vielleicht träumen sie sich auch in die Rolle einer 10 Fennigheftkomtesse hinein und täuschen sich über ihr leeres Dasein hinweg.

Wir aber gehen weiter und lenken unsere Schritte einem stillen, einsamen Fleckchen Erde zu. Durch eine hölzerne Pforte tritt man ein. Blumen und Sträucher, verwiterte Grabsteine mit verwachsenen Inschriften geben ihm ein harmloses, friedliches Gepräge. Nichts erinnert den oberflächlichen Beschauer an das welterschütternde, politische Drama, dessen

Opfer hier unter den eingefallenen Grabhügeln schlummern. — Alles still. — Das Brausen der Weltstadt dringt nur dumpf und verschommen an unser Ohr. Fernher, aus einem Gartenlokal klingen weiche, prickelnde, leichtsinnige Weisen herüber und mischen sich in das geheimnisvolle Klammern der Bäume. Die untergehende Sonne wirft ihre letzten Strahlen über die Gräber, wie zu einem letzten, innigen Kusse. Alles scheint in purpurne Blut getaucht. Eine kühle Brise streicht über die Bäume und es ist, als dehnten sie sich lichterloh, gleich riesigen Feuerfäulen zum Himmel empor, weit über die finsternen Schornsteine hinaus, in flammender, hoffnungsvoller Blut.

Die schulärztliche Fürsorge wurde in vergangener Woche von einer Vertreterversammlung der schulärztlichen Vereine Groß-Berlins beraten. Zahnarzt Moruse gab eine Uebersicht über die Entwicklung der schulärztlichen Fürsorge. In 24 deutschen Städten ist eine schulärztliche Fürsorge für Volksschulkinder eingeführt oder beabsichtigt in Form einer Schulzahnklinik oder Unternehmung und Behandlung durch Privatärzte. Von den Gemeinden Groß-Berlins hat zuerst Charlottenburg ein lebhaftes Interesse bekundet, seit zwei Jahren das darauf bezügliche Material gesammelt und wird voraussichtlich noch in diesem Jahre die Einführung der schulärztlichen Fürsorge vorschlagen. Schöneberg und Wilmersdorf haben sich in letzter Zeit mit der Frage beschäftigt. Berlin selbst hat in der Stadtverordneten-Versammlung vom 22. Februar 1906 gelegentlich eines Antrages bezüglich Einführung von Spezial-Schulärzten die schulärztliche Fürsorge abgelehnt. Die Millionenstadt sei aber kein Gegenstand, daß Berlin nicht die kommunale Pflicht ähnlich anderen Städten erfülle. Man könne vorhandene geeignete schulärztliche Kliniken mit einem städtischen Zuschuß versehen; eine große Entlastung aber würde für Berlin die Angliederung einer Schulzahnklinik an das zu erbauende schulärztliche Universitätsinstitut bedeuten. In der Erörterung sprachen sich die meisten Vertreter von Berlin für Schulzahnkliniken aus. In der Form von Anträgen wurden die Wünsche kundgegeben, daß das Universitätsinstitut oder auch die Krankenhäuser Räume für Schulzahnkliniken zur Verfügung stellen, daß aber auch bei Schulneubauten auf solche Zwecke Rücksicht genommen werden sollte. Zum Schluß teilte der Berichterstatter mit, daß Geh. Rat Kirchner vom Kultusministerium entgegen einer früheren Zeitungsmeldung sich für Schulzahnkliniken ausgesprochen habe.

Die Stadt Berlin ist also auch auf diesem Gebiete noch erheblich im Rückstande.

Weiteres zur Massenflucht aus der Kirche.

In pastorenfreundlichen Blättern finden wir einen Artikel, der noch einige Mitteilungen über die Zahl der Personen macht, die in Berlin im Jahre 1906 aus der evangelischen Landeskirche ausgeschieden sind. Seine Angaben stützen sich auf die amtlichen Jahresberichte, die den diesjährigen Synodalversammlungen vorgelegt wurden.

Genaue Zahlen sind nur den Verichten für die Synoden „Berlin II“, „Köln-Stadt“ und „Friedrichswerder II“ zu entnehmen. Ueber „Köln-Stadt“ haben wir sie bereits mitgeteilt, wobei wir feststellten, daß in diesem Gebiet die Zahl der Austrittserklärungen von 1906 zu 1906 von 254 auf 884 gestiegen ist. In „Friedrichswerder II“ soll in derselben Zeit die Austrittsziffer nur von 178 auf 200 gestiegen sein. Das ist glaubhaft; denn zum Gebiete von „Friedrichswerder II“ gehören vor allem die Kirchengemeinden des Westens. Desto gewaltiger scheint aber die Wehrung der Abtrünnigen in „Berlin II“ gewesen zu sein. Dort sind nämlich im Jahre 1906, nach Ausweis der amtlichen Berichte, 711 Personen aus der evangelischen Landeskirche ausgeschieden. Der Verfasser des oben erwähnten Artikels hat unterlassen, hier hinzuzufügen, daß im Jahre 1905 in demselben Gebiet nur 61 Personen ihren Kirchenaustritt vollzogen hatten. Von 61 auf 711, das bedeutet eine Steigerung auf das Elf- bis Zwölffache! Zu „Berlin II“ gehören die großen Arbeiterviertel des Nordens und Nordwestens der Stadt, in denen die Dankstiftungsgemeinde, die Nazarethgemeinde, die Heilands-gemeinde usw. ihren Sitz haben. Da dranhin wird noch fleißig gebaut und die Bevölkerung ist noch in ständiger Zunahme begriffen. Aber diese Zunahme ist bei weitem nicht so stark, daß man die gewaltige Steigerung der Austrittsziffer von 61 auf 711 erklären könnte.

Die den Synodalversammlungen vorgelegten Berichte enthalten auch mancherlei Anmerkungen, die uns aufs neue zeigen, womit die Pastoren sich darüber zu trösten suchen, daß so viele jetzt auch formell die Loslösung von der Kirche und ihren Pastoren vollziehen. So wird in dem Bericht über „Berlin II“ gesagt, eine Anzahl beabsichtigter Austritte sei schließlich doch nicht vollzogen worden, und die Macht der Sozialdemokratie habe sich eigentümlich nicht gerade als sehr stark erwiesen. Noch mehr-fach macht in diesen Verichten der Grimm über die Massenflucht aus der Kirche sich Luft in Anzettelungen der Sozialdemokratie. Wir gönnen den Verlassenen das billige Vergnügen.

Für die Ruder-Regatta auf der Wendischen Spree bei Grünau hat der Regierungspräsident ein für allemal eine besondere Strom- und Schiffs-Polizei-Verordnung erlassen, welche mit dem gestrigen Tage in Kraft getreten ist. Danach darf an den Regatta-Tagen von mittags an der gesamte Schiffsverkehr nur auf dem rechten Ufer, außerhalb der markierten Bahn, stattfinden; Segel dürfen nicht geführt werden. Das Hinlegen von Fahrzeugen an den Ufern ist nur mit besonderer Erlaubnisakte gestattet; diese Fahrzeuge sind mit zwei Anker auszustatten. Von 3 bis 7 Uhr nachmittags ist der gesamte Schiffsverkehr vom Wendenschloß bis zur „Bammelde“ gänzlich verboten; nur den fahplanmäßigen Tourendampfern ist das langsame Passieren am rechten Ufer gestattet.

Verkehrsgemeinschaft Berlin und der Vororte.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner fand gestern eine Sitzung der Vertreter von Groß-Berlin im Rathaus statt. Die in der letzten Sitzung angeregten Änderungen des angenommenen Statutenentwurfs für die Gründung einer Verkehrsgemeinschaft der Stadt Berlin und seiner Vororte wurden genehmigt und beschlossen, das nunmehr fertige Statut der demnächst einzuberufenden Generalversammlung vorzulegen. Das Statut muß natürlich auch von den einzelnen Gemeinden genehmigt werden, woran indes kaum zu zweifeln ist, da die Gemeinden, welche es ablehnen sollten, ihre Interessen nur schädigen würden.

Die dritte Ausflugsklinie der Großen Berliner Motor-Omnibus-Gesellschaft, welche Tegel mit dem idyllischen gelegenen Schulzendorf verbindet, wird am heutigen Sonntagnachmittag um 2 Uhr bei günstigem Wetter eröffnet werden. Die Autobusse verkehren von Tegel, Berlinerstraße, Ecke Derrsdorfer Weg, in etwa 10 bis 15 Minutenabständen und beträgt der Fahrpreis für Erwachsene 15, für Kinder 10 Pf. Die Wagen fahren um 1,00, 1,15 und 1,30 Uhr mittags vom Halleschen Tor (Wäckerplatz), ab und

nehmen auf der Fahrt nach Tegel auch von hier aus Fahrgäste mit. Der Fahrpreis für diese Strecke beträgt für Erwachsene 60, für Kinder 30 Pf. Außerdem verkehren, wie an den vorigen Sonntagen, derartige Ausflugsbombusse vom Rollendorfsplatz nach Ostel Toms Hüte und von Charlottenburg (Wilhelmplatz) nach Karls-hof (Zingstsee).

Warnung vor Schwindlern. Das Krankenversicherungsgesetz bestimmt unter anderem, daß das den Ortskrankenkassen-Mitgliedern zustehende Sterbegeld demjenigen ausbezahlt ist, der die Beerdigung besorgt hat. Die Legitimation zur Empfangnahme desselben ist deshalb in der Regel — außer der Uebergabe der Sterbeurkunde — die Vorlage der Belege über die bezahlten Beerdigungskosten. Diese Bestimmung benützte ein Schwindler, um sich in den Besitz des Sterbegeldes für den plötzlich verstorbenen Sohn eines Straßenbahnfahrers zu setzen, welcher Maurer-lehrling war und der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Charlottenburg als Mitglied angehörte. Neuer Schwindler erschien in Abwesenheit des Straßenbahnfahrers bei dessen Ehefrau, stellte sich als Berufsgenossenschaftsbeamter vor und bat um Auftrage seiner Berufsgenossenschaft um Aushändigung der Sterbeurkunde usw., da die Genossenschaft diese Papiere brauche. Die Frau ließ sich durch das sichere Auftreten des Mannes verblüffen und handigte ihm das Gewünschte aus. Der Mann hat sich darauf sofort nach dem Bureau der Ortskrankenkasse begeben und sich hier unter Weinen und Lamentieren als Vater des Verstorbenen ausgegeben. Auf Grund der der Frau abgeschwindelten Urkunden erhielt er das Sterbegeld anstandslos ausgezahlt. Zu einer Beanstandung dieser Auszahlung oder auch nur zur Forderung einer Legitimation über die Empfangsberechtigung war die Kasse nicht befugt, so daß die hinterbliebenen Eltern weiteren Sterbegeldanspruch an die letztere nicht hatten. Diefelbe hat in Anbetracht der ganzen Sachlage und insbesondere mit Rücksicht auf die eben nicht günstige wirtschaftliche Position des Vaters des Verstorbenen in Uebereinstimmung mit der Aufsichtsbehörde das Sterbegeld nochmals bezahlt, doch hatte sie hierzu eine rechtliche Pflicht nicht. Die Angelegenheit ist der Kriminalpolizei unterbreitet, jedoch ist jener Schwindler noch unentdeckt und es ist bei seiner anscheinend genauen Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse zu befürchten, daß er seinen Schwindel noch bei anderen Hinterbliebenen versucht.

Aus der Selbstmordchronik. Einen schaurigen Selbstmord verübte der Maurermeister Karl Weise aus Berlin, der seit Jahren in Böhmen ansässig war und zuletzt in Gablonz wohnte. Der 55jährige Mann nahm eine mit Pulver gefüllte Patrone in den Mund, die er mittels einer Zündschnur zur Explosion brachte. Dem Lebensmüden wurde der Kopf buchstäblich auseinandergerissen. Das Motiv zu dem ungewöhnlichen Selbstmorde war unheilbare Krankheit. — In der Nähe des Bahnhofes Westend wurde gestern die Leiche eines Unbekannten auf freiem Feld aufgefunden. In der Rechten hielt der Lebensmüde noch krampfhaft den Revolver. Die rechte Schläfe wies eine Schußwunde auf. In der Brusttasche des Toten wurde ein Eisenbahnausweis mit der Nummer 2634 auf den Namen Alexander Schmidt, Brunowald, vorgefunden. Ob der Tote mit Sch. identisch ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Die Leiche wurde zur Bestattung dem Scharhaufe überwiesen.

Zu dem Unglücksfall in der Brüderstraße auf dem Neubau von Geld u. Franke, bei dem ein Lehrling schwer zu Schaden kam, sendet uns die obige Baufirma folgendes Schreiben:

Es ist unwar, daß auf genanntem Bau 4 Poliere beschäftigt sind. Wahr ist, daß 2 Poliere und 2 Poliergehilfen tätig sind, welche bereits vor der Aufsperrung als solche fungierten. Es ist unwar, daß sich die Lehrlinge die Schuttern wunden getragen haben, da das zu verarbeitende Material mittels Karren an die Winde herangefahren wurde. Es ist unwar, daß die Lehrlinge das Hochwinden des Materials unter größter Kraftanstrengung verrichten mußten, denn die großen Ueberlegungen der Winde gestatten das Heben von 50 Zentnern durch zwei Arbeitskräfte, während beide Lehrlinge nur sieben Zentner durch die Winde zu fördern hatten.

Ferner ist der Unglücksfall nicht beim Hochziehen des Materials geschehen, sondern beim Herablassen des leeren Aufzugkastens durch das Eingreifen eines Monteurs einer fremden Firma, der während des Herunterlassens des Kastens die Winde ausrückte, ohne irgend welchen Auftrag hierzu zu haben. Hierdurch entstand der Unfall.

Es ist unwar, daß sich niemand um den Verletzten kümmerte: Der Verletzte ging mit dem anderen Lehrling nach dem Unfall die Treppen hinauf und meldete sich beim Voller, der hierdurch erst von dem Unfall Kenntnis erhielt. Die Unfallstation legt einige Häuser vom Bau entfernt in derselben Straße. Dorthin wurde der Verletzte geführt, da die Verletzung nicht als schwer erkannt wurde. Von der Unfallstation wurde der Verletzte mittels Dreifels in Begleitung des älteren Lehrlings nach dem Krankenhaus gefahren. Dieser ältere Lehrling war vom Voller auch beauftragt, nach der Rückkehr vom Krankenhaus den Eltern des Verletzten Kenntnis von dem Unfall zu geben.

Der Vorwurf der Scheulosigkeit entbehrt jeder Begründung. Zu dieser Verletzung haben wir folgendes zu bemerken: Ob die vier auf dem Bau Beschäftigten sämtlich Poliere oder ob davon nur zwei Poliere und zwei Poliergehilfen waren, ist zur Sache selbst unerheblich. Daß die Lehrlinge das zu verarbeitende Material mittels Karren an die Winde herangefahren haben, beweist noch nicht, daß sie nicht außer dieser Tätigkeit zur Herbeiführung von Material verwendet worden sind, wobei sie sich die Schuttern wund getragen haben. In der Tat ist dies auch der Fall, die Spuren sind heute noch zu sehen.

Daß der Unfall beim Herablassen des Aufzugkastens passiert ist und nicht beim Hochziehen, bedurfte keiner Verichtigung, etwas anderes ist in unserer Notiz nicht behauptet worden. Daß sich lediglich der ältere Lehrling um seinen verunglückten Kollegen kümmerte, ihn nach der Unfallstation und von da nach dem Krankenhaus brachte, auch die Eltern benachrichtigte, wie wir behaupteten, wird in der Verichtigung nur bestätigt.

Das Opfer einer verhängnisvollen Flaschenverwechslung ist der Schneider Andreas Strumpf aus der Uhländstr. 15 geworden. Et. war in einer Engros-Schneiderei in der Wilhelmstraße tätig gewesen und wollte, um den Durst zu löschen, eine Flasche Bier trinken. Im Dunkeln griff er nach der Flasche, setzte sie an die Lippen und tat einen kräftigen Schluck daraus. Zu seinem Entsetzen bemerkte er erst jetzt, daß er nicht Bier, sondern Salmiak getrunken hatte. Nachen, Hals und die inneren Teile waren dem Unglücklichen fast gänzlich durch die ätzende Flüssigkeit verbrannt worden. Nachdem Et. auf der Rettungswache in der Mauerstraße die erste Hilfe erhalten, wurde er in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert.

Ein Geisteskranker im Clownanzug rief an der Ecke von Brunowald und Potsdamerstraße allgemeines Aufsehen hervor. Der Zerklümmerte, ein etwa 40jähriger Mann, hatte sich dabei vollständig als Clown gekleidet und holzierte nun mit seiner spitzigen Nase und mit bewalktem Gesicht in den Straßen umher. In der Ecke der Potsdamer- und Brunowaldstraße wollte er einige kleine Kunststücke zum besten geben, die aber mißglückten. Erst durch einen hinzukommenden Schuttmann wurde dem Treiben des seltsamen Kranken ein Ende bereitet.

Es gepflegt. In der Nacht vom Freitag versuchte die 22 Jahre alte Wirtschaftlerin Ida G. in der Wohnung der Witwe H. in der Brunnenstraße, bei der sie in Stellung war, sich durch Einnehmen von Cocain zu töten. Ein herbeigerufener Arzt wandte sofort Gegenmittel an und beseitigte bald jede Gefahr. Die G. wollte ihrem Geliebten, der sich verheiraten wollte, nicht mehr hindernd im Wege stehen.

Aus dem Fenster gestürzt. Freitag nachmittag stürzte der fünfjährige Sohn Franz des Landwärters Allee 38 wohnhaften Bauers Wiczorek, als er sich kurze Zeit allein im Wohnzimmer befand, auf den gepflasterten Hof hinab und blieb mit gebrochenem Schädel, Bruch des rechten Oberschenkels und mehreren Rippenbrüchen bewußtlos liegen. Hausbewohner trugen das Kind in die elektrische Wohnung hinauf, wo ein herbeigerufener Arzt vergeblich versuchte, den berunglückten Knaben zu retten. Er starb ihm unter den Händen. Stimmten der auf dem Hofe spielenden Kinder hatten den Kleinen an das Fenster gelockt, zu dem er über einen Stuhl und die vor dem Fenster stehende Nähmaschine geklettert war. — In der Schaperstr. 31 hatte die in der vierten Etage wohnende 57 Jahre alte Witwe Schöple in Fenster gelegen und dem Spiel der Kinder auf dem Hofe zugehört. Als sie sich erheben wollte, wurde sie plötzlich von einem Schwindelanfall heimgegriffen. Sie wurde die Befestigung stürzte vornüber auf die niedrige Fensterbank und fiel in die Tiefe. Mit dem Kopf schlug die Ärmste auf das Pflaster auf und der Schädel wurde ihr vollständig zerschmettert. Ein Arzt, der sofort von der Unfallstation am Zoologischen Garten an der Unfallstelle erschien, vermochte leider nur noch den Tod bei der Frau festzustellen.

Ueberfahren und schwer verletzt wurde gestern der Ruffahrer eines Dingerwagens. Der Führer kam in scharfen Trab durch die Wollnerstraße. Vor dem Hause Nr. 27a fiel er vom Wagen und kam unter die Räder. Nachdem ein Arzt einen Kotschleimband angelegt hatte, mußte der Schwerverletzte in ein Krankenhaus gebracht werden.

„Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“ betitelt sich ein neuer Vortrag, der durch zahlreiche Lichtbilder veranschaulicht, gestern zum ersten Male in der Urania in der Taubenstraße gehalten wurde. Der Vortragende führt uns im Geiste in das Land der Latwines und der Gletscher, nach der Schweiz und Tirol, und schildert in wissenschaftlicher, aber populärer Weise die Vorbedingungen für die Bildung von Latwines und deren gewaltigen Wirkungen. Nach einer Kennzeichnung der verschiedensten Gletschertypen, der Alpen, norwegischen und grönländischen Gletscher, lernen wir die Hauptgletscher der Alpen kennen, die Wichtigkeit ihrer Eisbedeckung und ihren Rauminhalt. Bei dieser Gelegenheit begeben wir uns als Touristen auf eine Gletschervandlung, ihre Schönheiten, aber auch ihre oft den Tod bringenden Gefahren kennen lernend. Im zweiten Teil seines Vortrages wurden wir in die Vorzeit zurückversetzt und uns die Ausdehnung der diluvialen Gletscher geschildert; wie werden mit älteren Ansichten über die Herkunft der eiszeitlichen Wälder und nordischen Gletscher bekannt gemacht. Lebendig vor unser geistiges Auge treten die Rinnenseen und die Pfühle Norddeutschlands, das diluviale Flußsystem unserer Heimat und schließlich die Rieseneiszeit der Interglazialzeit. Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag wurde mit regem Interesse verfolgt.

Arbeiterbildungsschule Berlin. Der Unterricht in Literaturgeschichte fällt bis auf weiteres aus. Sonnabend, den 15. Juni, findet kein Unterricht in Naturerkennnis statt; derselbe wird am Sonntag, den 23. Juni, vormittags 1/11 Uhr, nachgeholt.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird der neue, mit zahlreichen farbigen Bildern ausgestattete Vortrag: „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“ am Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend zur Darstellung gelangen. Am Dienstag wird noch einmal der Vortrag: „Von der Zugspitze zum Watzmann“ und am Freitag der Vortrag: „Im Lande der Rittmarnschonke“ wiederholt. Am Sonnabend findet eine Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen statt, und zwar wird der Vortrag: „Durch Dänemark und Südschweden“ gehalten.

Sportpark Spandau. Ein Hundertkilometer-Rennen wird heute im Sportpark Spandau zur Entscheidung gelangen.

Arbeiter-Samaritaner-Kasse. Montag abend 9 Uhr: 1. Abteilung. Vredenerstr. 45: Vortrag über Verletzungen, Wundbehandlung, Blutstillung. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintraten. — Donnerstag: Auktorientalische Verammlung der dienstverwendenden Abteilung zwecks Prüfungen. Jedes Mitglied muß erscheinen. Die ordentlichen Versammlungen der Abteilung finden von jetzt ab jeden letzten Donnerstag im Monat statt.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

In den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beginnen bereits die einzelnen Parteien ihre Vorbereitungen zu treffen. Auch der Magistrat hat das Seine getan, indem er die neue Bezirkseinteilung für die Stadtverordnetenwahlen zur öffentlichen Kenntnis gebracht hat. Die letzte Volkszählung hatte wieder eine beträchtliche Vermehrung der Einwohnerzahl ergeben, demzufolge ist die Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von 60 auf 66 erhöht worden; auf jede Wählerabteilung fallen also zwei neue Mandate. In der dritten Abteilung bestanden bisher zehn Wahlbezirke, jeder Bezirk hatte zwei Stadtverordnete zu wählen. Jetzt ist die Zahl der Bezirke um einen vermehrt worden. Der neugebildete Bezirk, welchem die beiden neuen Mandate zufallen, besteht aus der Gothen- und Sedanstraße. Hier ist ein Hausbesitzer und ein Mieter zu wählen.

Mit Ausnahme des 6. und früheren 10. (jetzt 11.) Bezirks, haben alle übrigen Bezirke Veränderungen erfahren. Der 1. Bezirk ist erweitert durch: Frankenstr. 1—16, Freisingerstraße, Pallasstr. 21—23 und Rosenhainerstraße.

Dem 2. Bezirk sind abgegangen die oben bezeichneten dem 1. Bezirk zugeteilten Straßen; hinzugekommen ist Grunewaldstr. 17 bis 105.

Der 3. Bezirk ist erweitert durch die Klazienstraße, Verlängerte Belzigerstraße, Verlängerte Gleditschstraße und Vorderstraße.

Dem 4. Bezirk ist zugeteilt die Nordseite der Belzigerstraße, abgenommen dagegen: Grunewaldstr. 17—105, Klazienstraße, Verlängerte Belzigerstraße, Verlängerte Gleditschstraße und Vorderstraße.

Der 5. Bezirk hat eine Erweiterung erfahren durch: Ebersstr. 37—47, Frey Reuterstraße und Gutzkowstraße; abgegangen ist die Nordseite der Belzigerstraße.

Der 7. Bezirk ist verkleinert um Kolonnenstr. 1—31.

Von dem früheren 8., jetzt 9. Bezirk ist abgenommen die Gothen- und Sedanstraße, die jetzt einen eigenen, den 8. Bezirk bilden. Zu den übrigen Straßen ist hinzugekommen: Kolonnenstr. 1—31, Ebersstr. 1—13, Feurigstr. 1—20 und 56—72, Verbertstraße, Kaiser Wilhelmplatz und Verlängerte Feurigstraße.

Der frühere 9., jetzt 10. Bezirk ist verkleinert worden durch die dem 5. und 9. Bezirk zugeteilten Straßen.

In der dritten Abteilung sind bei den im November stattfindenden Wahlen neun Stadtverordnete zu wählen. Es scheiden aus die Stadtverordneten Lufay und Gottheimer (1. Bezirk), Gottschalk (2. Bezirk), Küter (5. Bezirk), Päumler (6. Bezirk), Priesch und Dr. Freund (jetzt 10. Bezirk). Wir haben also 2 Mandate zu verteidigen (5. und 6. Bezirk). Mit Hausbesitzern müssen die beiden Mandate im 1. Bezirk und das Mandat im 2. Bezirk besetzt werden. — Wird die Zeit bis zu den Wahlen von unseren Parteigenossen gehörig ausgenutzt, so wird es uns möglich sein, die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament wesentlich zu verstärken.

Drei Telegraphendrahtharber mit ihren drei „Bräuten“ gefaßt. Gestern abend bei Eintritt der Dunkelheit wurden drei in dem jugendlichen Alter von 19 Jahren stehende Burchen beobachtet, wie sie mittels einer Leiter zu den in der Nähe des Tempelhofer Weges befindlichen Telegraphenleitungen hinaufstiegen, die Drähte durchschnitten und sie, nachdem sie einen großen Vorrat zusammengekauft, nach einer zu der Laubenkolonie „Japan“ nahe der Tempelhoferstraße gehörigen Laube brachten. Der sofort benachrichtigte Wächter der Laubenkolonie holte sich einige Männer zu Hilfe und umstellte die Laube, so daß ein Entweichen der sechs Personen unmöglich war. Derbeigerufene Kriminalbeamten beachten die Gesellschaft zur Wache.

### Rixdorf.

Unter einem einfallenden Ganzen begraben. Von einem schweren Unglücksfall ist gestern der fünfjährige Sohn des Arbeiters Velreich, Hermannstr. 65, betroffen worden. In dem Augenblick, als der Knabe an dem Neubau Olerstr. 5 vorüberging, stürzte plötzlich ein Teil des Ganzen ein und begrub den Kleinen unter sich. Hinzubringende Postkanten befreiten das Kind und brachten es zu einem Arzt in der Rixdorfstraße. Dieser stellte einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels und schwere Verletzungen an der Stirn fest.

### Wilhelmsruh-Rosenthal-Nordend.

Ueber einen Akt skandalöser Armenfürsorge wird uns berichtet: Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, in welcher „nobler“ Weise sich ein Armenwäter der Gemeinde Nieborschönhausen einen Ortsdarmen entleibt habe. Der Mann der behauertenwertigen Unglücklichen wurde vor etwa 4 Jahren in einer Zerknirschung interniert. Die Frau, welcher ein reichlich zwei Jahre altes Kind zum Ernähren und Erziehen blieb, befand sich außerdem zur Zeit der Fortschaffung des Mannes im vorgezeichneten schwächeren Zustande, geriet deshalb in die bitterste Not und mußte die Armenunterstützung der Gemeinde Schönhausen in Anspruch nehmen. Der Armenpfleger gab der in den Fallstricken der modernen Gesellschaft unerfahrenen Frau den „guten Rat“, sie solle doch nach dem benachbarten Nordend (zur Gemeinde Rosenthal gehörig) ziehen, da doch dort die Wohnungen billiger seien und sie mit ihrer Unterstützung dann besser durchkäme. Als sich nun die Frau wieder die Unterstützung von Schönhausen holen wollte, wurde ihr aber gesagt, daß sie ja gar nicht mehr in Schönhausen wohne, deshalb auch von dieser Gemeinde keine Unterstützung mehr empfangen könne. Der famose Armenwäter hat durch seinen „guten Rat“ die Frau um deren Unterstützungsbroschje gebracht. Man wies die von allen Mitteln entblöhte Frau nun an die Gemeinde Rosenthal, wo ihr aber entgegen wurde, daß sie noch nicht zwei Jahre am Orte wohne, mithin auch keine Unterstützung beanspruchen könne. Der Gemeindevorsteher Schmidt hat sich bei dieser Gelegenheit gewaltig über die Handlungsweise des Schönhauser Armenwäters entäuert, denn er richtete sofort eine geharnischte Beschwärde an die Ausschichtbehörde, wenn auch der Grundgedanke derselben nur der war, daß Rosenthal selber nichts geben wolle.

Jetzt ist in diesem wahrhaft sozialen Drama ein weiterer Akt erfolgt. Der Wirt des Hauses Rosentaler-Allee 2 in Nordend hat der Unglücklichen, weil sie keine Miete mehr bezahlen konnte, am Dienstagabend die Wohnung gesperrt, so daß die behauertenwerte mit ihrem drei Monate alten Säugling und dem dreijährigen Kinde die Nacht auf der Straße kampieren mußte. Als die Frau im selben Hause bei einem Mieter übernachtet wollte, jagte sie dieser „empfehlenswerte“ Hauswirt mit ihren Kindern aus von dort wie einen Hund hinaus. Mit welchem Recht dies letztere geschehen konnte, ist uns unerfindlich.

Und nun kommt das Bescheidende. Als am nächsten Tage — Mittwoch — die Frau zum Rosenthaler Gemeindevorsteher nach Wilhelmsruh ging, wurde ihr dort, jedenfalls abermals als „guter Rat“, auf ihre Beschwerden und Bitte um Unterstützung als Antwort die kategorische Aufforderung zuteil, das Gemeindegeld sofort zu verlassen, da sie ohnehin und mittellos und in Rosenthal nicht unterstützungsberechtigt sei. Sollte sie dem keine Folge geben, so würde man ihr das mit 3 M. Geldstrafe oder 1 Tag Haft begreiflicher machen. Punktum! Bezeichnend ist, daß dem Gemeindevorsteher Schmidt, dem die Verantwortung für diese Handlungsweise zufällt, erst vor etwa drei Wochen das Gehalt um volle 2400 M. erhöht worden ist, ein wohl beispielloses Fall, der unter Protest unseres Genossen Hofsch und unter Umgehung des Ortsrats vollzogen wurde. Der in der „Vetterwirtschaft“ viel genannte Gemeindevorsteher und Geschäftsmacher Walter, — als solcher hat er sich freudlos in derselben Vertretung bezeichnet, indem er 1 Proz. Gebühr für eine etwaige Vermittlung von 30000 M. verlangte —, konnte sich gar nicht genug tun, alle die Verdienste des Vorstehers zur Befestigung des Gemeindegelds aufzuführen, obwohl er doch als Armenwäter wissen mußte, wie schlecht es gerade mit dem Armenrat bestellt sei. Also kurz — für eine geradezu unvernünftige Gehaltserhöhung war Geld vorhanden, aber nicht zur Erfüllung reiner Menschenspflichten einer Unglücklichen gegenüber! „Der Menschheit ganzer Jammer“ überkam die im Schloßchen Lokale zufällig versammelten Wahlvereinsmitglieder, als sie sahen, daß auch am Mittwoch nachts gegen 12 Uhr die Frau mit ihren zwei Kindern immer noch obdachlos und mittellos auf der Straße umherirrte, also schon die zweite Nacht. Eine auf der Stelle vorgenommene Sammlung wurde der Armen übergeben, während der ebenfalls anwesende Gendarm dann die drei Personen in seine Obhut nahm und sich in anerkannter Weise bemühte, für diese Nacht ein Unterkommen zu beschaffen, — der einzige Lichtblick in diesem Drama, soweit beamtete Personen in Frage kommen. — Wir werden die Angelegenheit im Auge behalten.

### Reinickendorf-West.

„Unser Parteiprogramm“ lautete das Thema, das Genosse Boldt in der letzten Wahlvereinsversammlung behandelte. In seinen Ausführungen beschränkte sich der Referent auf die Darlegung der Grundideen der Sozialdemokratie und der Mittel zur Erreichung des Endzwecks. Dann erstattete Genosse Dambenberger Bericht von der Generalversammlung von Groß-Berlin. Da die Erhöhung der Beiträge am 1. Juli in Kraft tritt, wird erjucht, bis zu diesem Termine die Beiträge zu entrichten.

Es wurde noch bekannt gegeben, daß es dem Vorstand in Verbindung mit der Lokalkommission gelungen sei, die Etabornfälle frei zu bekommen. Dadurch werde es möglich sein, in diesem schönen Saale in Zukunft den Genossen Lichtbildvorträge, Rezitationen usw. zu bieten. Das Stiftungsfest des Wahlvereins soll in diesem Lokale am Sonnabend, den 20. Juli, stattfinden. Am nächsten Jahlabend wird die Broschüre „Rede des Genossen Fischer im Reichstage“ an die anwesenden Mitglieder gratis verteilt.

### Steglitz.

Abermals beantragt wurden in der letzten Gemeindevertreterversammlung die Wahlen der dritten Abteilung des zweiten Bezirks. Vom Gemeindevorstand wurde die Angehörigen-Qualifikation des Herrn Rabitz, des Erwählten des Mietervereins, angezweifelt und beantragt, die Prüfung dieser Frage einer Kommission zu übertragen. Herr Weinhausen unternahm zwar einen Versuch mit untauglichen Mitteln an einem untauglichen Objekt, um das Mandat seines Parteifreundes zu retten, doch es gelang ihm nicht, seine Kollegen zu überzeugen, daß Mieter, Pächter und Nie-

braucher im Sinne der Landgemeindevorstellung begrifflich ein und dasselbe sei. Der Antrag des Gemeindevorstandes wurde angenommen. Die übrigen Wahlen wurden für gültig erklärt und die Neuwahlen eingeführt. Das Schulgeld für die neu zu errichtende Realschule wurde auf 100 M. jährlich festgesetzt, während es bei den übrigen höheren Lehranstalten 120 M. beträgt, mit Ausnahme der Vorschule, die 110 M. erhebt. Da außer dieser Realschule auch noch ein Realgymnasium im Entstehen ist, so kann sich unser Dorf in Zukunft mit seiner Fürsorge für die Kinder wohlhabender Eltern jedenfalls sehen lassen. Wir heißen dann Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule, Realschule, Vorschule und höhere Mädchenschule. Trotz des Schulgeldes erfordern diese Anstalten ganz bedeutende Zuschüsse aus dem Gemeindegeld. Aber hier spielt die Geldfrage keine Rolle. Anders bei den Volksschulen. Der seit Jahren bei der Staatsberatung gestellte Antrag auf Unentgeltlichkeit der Lernmittel für die Gemeindeglieder wird freiz abgelehnt. In diesem Jahre wurde dem Antrag wenigstens ein onständiges Begründnis dadurch bereitet, daß der Gemeindevorsteher versprach, ihn der Schuldeputation vorzulegen. Die Antwort dieser wohlwollen Behörde, der u. a. der Gemeindevorsteher, zwei Pastoren und zwei Schuldirektoren angehören, wurde vorgestern abend verkündet. Die Herren haben den Antrag einstimmig abgelehnt. Was zu erwarten war! —

In der vorigen Sitzung tobte ein heftiger Kampf um die Frage, ob bei der sich als nötig erweisenden Vergrößerung der Jumpsation der Dampf Allein herrschen bleiben, oder ob die Elektrizität in Konkurrenz treten solle. Diese Frage wurde nunmehr in höchst einfacher Weise dadurch gelöst, daß die Gemeindevertretung das Anerbieten der Berliner Vorort-Elektrizitätswerke annahm, einen elektrischen Probebetrieb völlig unentgeltlich und ohne jede Verpflichtung seitens der Gemeinde einzurichten. Zu den nötigen Vorarbeiten hierzu wurden 15000 M. bewilligt.

Volksschule und Volksbildung — ein dankbares Thema für einen Redner in einer Arbeiterversammlung; und nun gar, wenn der Redner sein Thema so beherzt und in so interessanter, mit Humor und Sarkasmus gewürzter Weise vorzutragen versteht, wie Genosse H. Schulz in der letzten Wahlvereinsversammlung. Da ist die gespannte Aufmerksamkeit der Zuhörer begreiflich und der rauschende Beifall am Schluß des Vortrages eine spontane Dankesbezeugung, die wirklich aus dem Herzen kommt.

In der Diskussion gab ein Genosse, der die ganze hingebende Fürsorge unseres ostelbischen Junkertums für die Volksschule an eigenen Leibe erfahren hat, seine diesbezüglichen Erfahrungen zum besten, damit die Ausführungen des Referenten bestätigend. Ein anderer Genosse machte Mitteilung von dem eigenartigen Geschichtsunterricht, den eine hiesige Lehrerin an 13jährige Mädchen der Volksschule erteilt. Eines Tages wurde der Genosse von seiner Tochter interpelliert, was eigentlich die rote Farbe bedeute. Auf die verblühte Antwort: „Aber, Kind, das weißt Du doch längst, daß rot die Liebe bedeutet“, erklärt die Aelce: „Gewiß weiß ich das, aber unsere Lehrerin hat heute gesagt, daß rot Blut bedeutet und daß die Sozialdemokraten deshalb die rote Farbe gewählt haben, weil sie das Blut des Kaisers haben wollen. Rot sei auch die Farbe der Jakobiner in Frankreich gewesen, und diese hätten denn auch den König und die Königin hingerichtet und nur deren Sohn leben lassen, den sie dann zu einem Schächer in die Lehre gegeben hätten. Dort hätten sie ihn so lange mit Schnaps gefüttert, bis er daran gestorben sei. Die Sozialdemokraten seien eben solche Menschen wie die Jakobiner“. Der Genosse meinte, daß er nach dieser Leistung einer Lehrerin im Zweifel sei, ob es sich um eine bewusste Verleumdung unserer Partei handle oder ob der Geschichtsunterricht in den Seminaren derart verfaßt sei, daß es diese Lehrerin nicht anders wisse. In dem einen wie in dem anderen Falle bleibt ein derartiger „Geschichtsunterricht“ ein Skandal.

Der Bäckerstreik bildete den nächsten Punkt. Es entspann sich eine rege Debatte, als deren Fazit registriert sei, daß die Versammlung es als Pflicht der gesamten Arbeiterschaft erklärte, die Bäckergehilfen nachdrücklich moralisch zu unterstützen, um ihren Forderungen zur Anerkennung zu verhelfen.

Genosse Ahmann kritisierte noch die laue Beteiligung bei der Gemeindevahl und beantragte genaue Nachprüfung der Wählerliste, um die Genossen, die ihrer Wahlpflicht nicht genügt haben, festzustellen.

### Niedow.

Die Solidarität der hiesigen Arbeiterschaft gegenüber den Bäckergehilfen in ihrem Kampfe für ihre berechtigten Forderungen läßt noch vieles zu wünschen übrig. Obgleich der Bäckermeister Weigt bewilligt hat, bezieht doch der größte Teil der Arbeiter ihre Vorkosten nach wie vor von dem als Sozialistenkinder bekannten Bäckermeister Jahn, demselben Herrn Jahn, der als Saalhaber der Arbeiterschaft seinen Saal zu Versammlungen verweigert. Durch dieses Verhalten der Arbeiterschaft wird dieser Reaktionsär in seiner Handlungsweise nur bestärkt. Es ist zu erwarten, daß die politisch wie gewerkschaftlich organisierten Genossen sich auf ihre Pflicht besinnen und diesem Herrn die Röhre zeigen. Den Frauen und Parteigenossen von Niedow, Orly, Köpenick und Adlerhof, wozu dieser Bäckermeister Jahn seine Waren liefert, bringen wir diesen Herrn nochmals in empfehlende Erinnerung.

### Eichwalde.

In der am Dienstag stattgefundenen Versammlung des Wahlvereins wurde beschlossen, die monatlichen Versammlungen von jetzt ab am letzten Dienstag im Monat abzuhalten und zwar abwechselnd in Zeuthen, Eichwalde und Niedersow. Zweck dieser Verlegung ist, die Jahlabende der einzelnen Orte am gleichen Tage wie die Berliner abhalten zu können. — Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung wurden gewählt die Genossen Wilhelm Schulz, Max Reich und Huch. — Das Sommerfest des Wahlvereins soll am Sonntag, den 11. August, bei Witte in Eichwalde stattfinden. — Wegen Richtwahlen bei der letzten Niedersow-Gemeindevorsteherwahl soll gegen das Mitglied Steinfeiger Eisholz, der auch einer Vorladung vor den Vorstand in dieser Angelegenheit keine Folge leistete, das Ausschließungsverfahren eingeleitet werden.

### Tegel.

Die Gemeindevertretung Tegels hatte sich gestern in dringlicher Angelegenheit verammelt. Es handelte sich um die Bedingungen, unter denen die von der Gemeindevertretung beschlossene Anleihe von 100000 M. für den Gemeindeamtshaus gegeben werden sollte. Die Preussische Zentral-Waden-Kredit-Anstaltengesellschaft zu Berlin, von welcher die Anleihe zu 4 1/2 Proz. Verzinsung, 2 Proz. Amortisation und 1 Proz. Abschlußprovision entnommen werden sollte, wollte aber statt des bestimmten Rindigungsvertrags nach 5 Jahren einen solchen nur nach 10 Jahren, ab 1. Januar 1917 zulassen und statt 1 Proz. Amortisation deren zwei hören. Die Gemeindevertretung erwog, daß die Bedingungen immerhin noch nicht so scharf wie die anderer Berliner Vororte seien und beschloß daher die Genehmigung der Anleihebedingungen. Auch sonst wurde noch einiges Wichtiges erledigt. Zunächst teilte der Gemeindevorsteher mit, daß es nicht in der Machtbefugnis des Amtsvorstehers, als Leiter der Polizei, läge die sog. „Kummelpläne“ zu verbieten. Die Schanzler hätten als Besitzer ihres Wandergewerbescheines das Recht, sich bald hier bald da niederzulassen. Sie hätten nur die Pflicht, anzugeben, wo sie sich niedergelassen hätten. Dann müßten sie die Aufwartungszweck zahlen. Augenblicklich könne er nur die Rußl dampfen, verbieten dürfe er sie nicht. Felsen könnten in dieser Sache nur die Besitzer der betreffenden Grundstücke und die Deffenlichkeit. In Sachen der Veransteuerung hat der Militärstatistik auf eine Beschwerde der Handelskammer geantwortet, daß der Weg im Laufe der nächsten zwei Jahre gebessert werden würde. Der Brief wurde verlesen und mitgeteilt, daß die Tegeler Polizei bereits den in der Seestraße erfolgreichen Weg einer Klage auf sofortige Herstellung im Interesse der öffentlichen Sicherheit beschritten hätte. Der Bewohnungsplan für die verlängerte Schönebergerstraße und den Reichsweg (BRAN-

ablageplatz) wurde genehmigt. Der Einwand der Forstbehörde konnte nicht anerkannt werden, da der dabei angelegte Charlottenburger Weg längst eingezogen werden soll. Dagegen erklärte sich die Gemeindevertretung bereit, einen eigenen Bedarfsplan für das anstehende Gelände des Forstzins entgegenzunehmen. Die Aenderung des Gewerbegerichtsstatuts, wonach die Weisiger künftig für den Tag (bis nach 12 Uhr mittags) statt 3 M. 6 N., und für den halben Tag (bis 12 Uhr mittags) statt 1,50 M. 3 N. Entschädigung erhalten, wurde ebenso genehmigt, wie der Erlass des Namens Dalborf im Statut durch den neuen Namen Wittenau. Sodann wurde noch die Uebernahme der Schulbaracke und der für sie bestehenden Anleihe von 14000 M. von der Schulgemeinde auf die bürgerliche Gemeinde beschlossen. Endlich hatte sich die Gemeindevertretung mit einem Antrag des Ortsvereins Ziegel wegen Entsendung von Kindern in die Ferienkolonien zu beschäftigen. Dem Verein wurde einstimmig eine Summe von 300 M. bewilligt. — In der vorausgehenden Sitzung der Schulgemeindevorstellung wurden wegen der Anleihe zum Schulbau von 290000 M. die gleichen Bedingungen genehmigt.

### Potsdam.

Die Mitglieder des Wahlvereins hörten in der letzten Versammlung einen Vortrag des Genossen N. H. Baegge-Friedrichshagen über „Schöpfung und Entwicklung“. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurden von den Genossen eine Reihe Fragen an den Vortragenden gerichtet. Vom Vorsitzenden wurde auf die hiesige Arbeiterbildungsschule aufmerksam gemacht, welche auf den verschiedenen Gebieten lehrreiche Vorträge veranstaltet und zu reger Beteiligung an denselben aufgefordert. Sodann kam Bewußte Staat auf den Prozeß des Genossen Lieblich gegen das Raucener „Arbeitsblatt“ zu sprechen und stellte fest, daß die von sozialdemokratischer Seite noch am Wahltag angestellten Nachforschungen nach solchen falschen Stimmzetteln auch nicht einzigen zutage gefördert hätten. Knaufnahmen waren erscheinungsweise 16 zu verzeichnen.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der zum Stadtrat gewählte Stadt- u. Rechnungsrat Hühne in sein Amt eingeführt. Neben verschiedenen Bewilligungen für Staatsüberschreitungen wurde zum Schluß ein Dringlichkeitsantrag betreffend Bewilligung von 2000 M. für die Kosten des Besuchs der Londoner Stadtvertreter verhandelt. Dieselben werden gelegentlich ihres Berliner Besuchs am 20. Juni eine Besichtigung der königl. Gärten und Schloßer vornehmen. Für die Dampferfahrt von Wabersberg für ein Fräulein und für eventuelle Wagenfahrt wird die geforderte Summe bewilligt. Nach einzelnen komischen Zwischenfällen gelang es denn auch, unter den Stadtverordneten einige englisch sprechende Vertreter zum Empfang auszuwählen.

Zwei Leichensunde waren diese Woche in Potsdam zu konstatieren. Anfang der Woche wurde der obdachlose Arbeiter Sch auf dem Wasserplat, dessen Bewußte er sich als Raubinvalier ausgegeben hatte, als Leiche aufgefunden. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. — Im zweiten Falle handelt es sich zweifelsohne um ein Verbrechen. Am Mittwochabend wurde nämlich am Havelufer hinter dem Lustgarten bei den Landenkolonien die Leiche eines jüdischen acht Monate alten Kindes männlichen Geschlechts gefunden. Die Leiche war in einen Pappkasten, der mit Steinen beschwert war, verpackt. Beide Leichen schaffte unsere Berufsfeuerwehr — das Mädchen für alles — nach dem Kirchhof.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauen, Genossinnen, Arbeiterinnen!

Der von den Wädergesellen verhängte Boykott tut seine Schuldigkeit; sicher nicht zum wenigsten durch das Eingreifen der Frauen. Das beweist die Verschärfung des Boykotts seit Stattden der von den Frauen arrangierten Versammlungen am Dienstagabend.

Kunmehr soll durch die unglücklichsten Maßnahmen der Polizei der Boykott unwirksam gemacht werden.

Die Durchführung des Boykotts ist vorwiegend Sache der Frauen, deshalb richtet sich der Polizeikampf im besonderen gegen unseren Einfluss.

Umsonst wird es daher für uns Ehrensache, mit allen Kräften für die strikteste Durchführung des Boykotts einzutreten.

Darum Frauen, Genossinnen, Arbeiterinnen, tut Eure Pflicht!

### Wahlrecht für die Frauen.

Der Verband für die Gleichberechtigung der russischen Frauen unterbreitete gestern der Arbeitsgruppe eine von etwa 20000 Frauen unterzeichnete Petition, in der die Gleichberechtigung der Frauen bei den nächsten Reichsdumawahlen verlangt wird. Die Reichsdumafraktion hat nun diese Petition weitergegeben.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Dienstag, den 11. Juni: Kundgebung der Lesenden nach der Jungfernhöhe. Treffpunkt bis 6 Uhr im „Waldlater“. Gäste willkommen.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Sittenschutzmännchen an der Arbeit.

Wegen angeblicher Beleidigung durch die Presse wurde bekanntlich am 10. Dezember v. J. vom Landgericht I in Berlin der Redakteur der „Zeit am Montag“ Karl Schmidt zu der unangelegentlich Strafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll drei Kriminalschulleute durch die Artikel „Der Sittenschutzmännchen an der Arbeit“ und „Berlin unter Sittenskontrolle“ beleidigt haben, in denen Sittenpolizei-Mißstände beleuchtet wurden. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Diese war von Erfolg. Das Reichsgericht hob am Freitag das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Der Angeklagte hatte in der Hauptverhandlung den Wahrheitsbeweis führen wollen und deshalb die Vernehmung der von ihm geladenen und auch erschienenen Zeugen beantragt. Das Gericht hatte diesen Antrag als „nicht genügend substantiiert“ abgelehnt. Das Reichsgericht war der Ansicht, daß diese Formel nicht genügt, daß vielmehr die Zeugen gemäß § 244 Str.-P.-O. zu vernehmen waren, da der Angeklagte nicht auf deren Vernehmung verzichtet hatte.

### Ein Massenkautionsschwindel

Tag einer Anklagsache zugrunde, die gestern vor der 134. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte zur Verhandlung kam. Aus der Untersuchungshaft wurde der Kaufmann Wilhelm Meyer vorgeführt, welcher sich wegen Betruges in 14 Fällen verantworten mußte. — Der Angeklagte, welcher sich noch heute den Titel eines „Direktors“ der „Türkischen Zigaretten- und Tabak-Kompagnie“ beliegt, hat es längere Zeit verstanden, sich auf Kosten anderer Leute, die in der Hoffnung, eine gute Stellung zu erlangen, ihre geringen Ersparnisse herzugeben, ein müheloses und gutes Leben zu verschaffen. — Vor etwa 2 1/2 Jahren gründete der Angeklagte ein Zigaretten- und Tabak-Engrosgeschäft, welches er „Türkische Zigaretten- und Tabak-Kompagnie“ nannte. Das Unternehmen hatte schon nach wenigen Monaten abgewirtschaftet. In der Hauptsache sollte es mit den

Kautionen der zu engagierenden Verkäuferinnen und sonstiger Angestellten arbeiten. Im Herbst vorigen Jahres kam der große Strich; die „Kompagnie“ mußte Konkurs anmelden, der aber infolge Mangels jeglicher Masse eingestellt wurde. Trotzdem operierte der Angeklagte mit der vertrauenswürdig klingenden Firma weiter und legte es auf einen Kautionschwindel im großen an. Er errichtete in verschiedenen Stadtteilen Filialen und suchte durch der Annoncenstell bürgerlicher und sogenannter „parteiloser“ Zeitungen, des „Lokal-Freier“ u. dgl., Verkäuferinnen, die Kautionen stellen konnten, für eine „Lebensstellung“. Wie es mit dieser beschaffen, sollten mehrere der Stellungsuchenden bald in sehr trüber Weise erfahren. Es meldeten sich auf die Annoncen hin eine große Anzahl junger Damen. Der Angeklagte engagierte nacheinander eine Verkäuferin, eine Kaderin, ein Kontoristin und selbst eine Inspektorin, die angeblich die Filialen kontrollieren sollte. Den Damen wurde eine Kautions von 100 bis 500 M. mißsam erspart oder erborgter Gelder abgenommen. Die Engagementsverträge unterzeichnete der Angeklagte immer noch als Direktor der Türkischen Zigaretten- und Tabak-Kompagnie, die längst im Konkurs war. Schon nach wenigen Tagen merkten die Angeklagten, daß das ganze Geschäft unrettbar war. Als sie ihre Kautionen zurückverlangten, erklärte der Angeklagte in aller Gemütsruhe, er habe sie, wie verabredet, als Geschäftseinlagen verwendet, und sei infolge des schlechten Geschäftsganges nicht in der Lage, das Geld zurückzuerstatten. Wenn eine der Angestellten Vornamen schlug und mit dem Staatsanwalt drohte, engagierte der Angeklagte scheinbar ein neues Opfer und zahlte mit der nun erlangten Kautions die alte zurück. Ein Fräulein M., die sich auf eine Annonce hin gemeldet hatte, bot als Kautions ein Sparfassenbuch über 500 M. an. Der Angeklagte lehnte dies jedoch mit den Worten ab: „Ich als Direktor kann mich doch nicht mit Sparfassenbüchern abgeben!“ Die junge Dame ließ sich verleiten, hob die 500 M. ab, um sie dem Angeklagten in der auszuhändigen. Sie wurde dann als Verkäuferin für eine Filiale in der Bergstraße engagiert, hatte aber, wie sie vor Gericht behauptete, wiederholt die ganze Woche über auch nicht für fünf Pfennige verkauft. Ihre Tätigkeit bestand darin, am Sonntag Virtuositäten zu verkaufen, auf welche der Angeklagte einen Aufschlag von 50 Pf. erhob. Da Meyer nicht einmal die Miete für das Geschäftsflokal bezahlt hatte, machte der Wirt eines Tages einfach das Geschäft zu und setzte die Verkäuferin auf die Straße. Als sie von dem Angeklagten ihre 500 M. wiederverlangte, hatte dieser nur höhnische Redensarten für sie übrig. In gleicher Weise erging es etwa zwanzig anderen jungen Damen, die zu der gestrigen Verhandlung als Zeuginnen erschienen waren und bisher auch nicht einen roten Pfennig von ihren Kautionen wiedergesehen haben. — Die Verhandlung, zu der etwa 30 Zeugen geladen waren, zog sich bis in die späte Nachmittagsstunde hin. Amtsanwalt Sonnensberg hielt den Angeklagten, der jede betrügerische Absicht in Abrede stellte, durch die Beweisführung in volstem Umfang für überführt, beantragte drei Jahre Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Dauer, da ein derartiges Treiben höchst ehrlos und verwerflich sei. Das Schöffengericht erkannte den Angeklagten des Betruges in zehn Fällen schuldig und verurteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis. Mit Rücksicht darauf, daß das ganze Unternehmen des Angeklagten nur auf Schwindel beruhte und darauf berechnet war, Stellung suchende Personen um ihre Spargroschen zu bringen, verhängte das Gericht ferner über den Angeklagten den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Trotz der gerechten Strafe, die diesen Kautionschwindler erteilt hat, wird leider die Schaar der durch ähnliche Mauther Geschädigten insbesondere so lange nicht alle werden, so lange derartige Schwindler Zeitungen finden, die bereitwillig den Raum für solche Schwindelannoncen gegen Bezahlung freistellen und in ihrem redaktionellen Teil für Verdummung ihrer Leser ihr redlich Teil beitragen.

### Die Revolutionsparagrafen vor dem Reichsgericht.

Am Freitag verwarf das Reichsgericht die Revision des Redakteurs des „Freien Arbeiter“, Rudolf Oestreich, der am 31. Januar vom Landgericht I in Berlin wegen vermeintlicher Verächtlichmachung der Heereseinrichtung durch Verbreitung erdichteter Tatsachen — begangen durch zwei Artikel in der Zeitschrift „Antimilitarismus“ — zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden ist.

Daselbe Gericht hat am 1. März den Elektrotechniker und früheren Redakteur des „Revolutionär“, Karl Sauter, wegen Aufforderung zur Verübung strafbarer Handlungen, Anreizung zu Gewalttätigkeiten und Aufforderung zur Fahnenflucht und Meuterei und Anstiftung dazu sowie wegen unbefugten Gebrauches des kaiserlichen Wappens zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Ferner ist wegen gleicher Straftaten verurteilt worden der Schuhmacher Peter Schaaf in Kreisfeld. Die Revision Sauters wurde vom Reichsgericht verworfen, soweit das Rebellenviehbuch in Frage kommt. Dagegen hob das Reichsgericht auf die Revision Sauters das Urteil gegen beide Angeklagte auf, soweit das Soldaten-Übervier in Betracht kommt. Die Feststellung, daß dieses Buch verbreitet worden sei, war zu beanstanden. Verbreitung setzt voraus, daß der betreffende Gegenstand dem Publikum zugänglich gemacht worden ist. Das ist nicht festzustellen. Schaaf hat die Schriften nicht dem Publikum zugänglich gemacht, sondern seinem Genossen Sauter, der ihn angestiftet hatte, und dem Genossen Waldha, der nur die Deckperson für Sauter war. Diese beiden Personen konnten nicht als Vertreter des Publikums angesehen werden; sie wollten erst den Anfang der Ausbreitung der Verbreitung machen.

Unsere Leser erinnern sich, daß die Art der „Entdeckung“ der Schriften stark nach Rücksicht zu sein.

Zahlreiche Diebstähle in städtischen Badeanstalten fielen dem Zimmerlehrer Max Kattich u. d. zur Last, der vorgestern der dritten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Der Angeklagte hat geständig Diebstähle durch die städtischen Badeanstalten gemacht und dort Diebstähle an Obfachen und Kleidungsstücken verübt, indem er die Gelegenheit abpaßte, wo die Badenden ins Wasser gegangen waren und sich dann in höchst raffinierter Weise Eingang zu den verschlossenen Ankleidekabinen verschaffte. Jezu solcher Diebstähle machte er im gestrigen Termin zugabe. Seine Entdeckung erfolgte, als er durch einen jungen Mann eine gestohlene Uhr verlegen wollte. Er wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

### Zweimal angeklagt.

Vor dem Schöffengericht Niddorf erhob gestern der Richter Baegel aus Mariendorf gegen die Anklage schuldiger Transportgefährdung den Einwand, daß er ja wegen derselben Sache bereits am 24. April rechtskräftig freigesprochen sei, da auf Grund der Zeugenaussagen das Gericht sich davon überzeugt hatte, daß an dem Zusammenstoß des vom Angeklagten gefahrenen Arbeitswagens mit einem Motorwagen den Angeklagten keine Schuld treffe. Tableau! Der Angeklagte hatte sogar die Rechte, das Altschildchen (S. D. 244 07) anzugeben. Die Akten werden herbeigeschafft und — bestätigen die Angaben des Angeklagten in vollem Umfang. Es erübrigte sich natürlich nunmehr die Vernehmung der drei geladenen Zeugen. Das Gericht erkannte auf Einstellung des Verfahrens als eines unzulässigen.

Sanktus Bureaukratismus hat eine eigenartige Arbeitswilligkeit, die Unschuldigen Arbeit, Mühe und Verdruß schafft.

Wenn Sozialdemokraten sich nicht autwischig niederbreiten lassen, werden sie bestraft.

Vor dem Schöffengericht in Wusterhausen a. D. hatten sich dieser Tage zwei Genossen wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Uebertretung des Forst- und Feldpolizei-

gesetzes vom 1. April 1880 zu verantworten. Der Sache liegt folgender Tatbestand zugrunde. Im Januar dieses Jahres, während der Zeit der Wahl, hatten zwei Parteigenossen aus Anrich es unternommen, Wahlflugblätter in einigen Orten des Kreises Ost-Prignitz zu verbreiten. In Heinrichsdorf wurden sie von dem Gutsbesitzer Schulte vom Gutsdorf beunruhigt.

Um nach dem nächsten Ort zu gelangen, schlugen sie einen Landweg ein. Hier kam Schulte ihnen nachgesprengt und verlangte unter der Drohung, sie niederzureiten, daß beide den Weg zurückgehen sollten, da dieser seinem Freunde, dem Pächter des Gutes Ledbin gehöre. Beide Angeklagten behaupten, nur die Drohung, nicht aber die Belohnung gehört zu haben. Als beide Genossen sich anschickten weiterzugehen, ließ der Gutsbesitzer seiner Drohung die Tat folgen und ritt mit dem Pferde auf sie ein. Um sich vor den Pferdehufen zu retten, sprangen sie auf den zur Seite liegenden Acker. Auch hier kam Schulte ihnen nachgeritten und da der jüngere von beiden schleunigst die Flucht ergriff, ritt er gegen den zweiten, älteren Genossen an; angeblich um ihn mit dem Pferde nach dem Wege zurückzubringen. Dem so Bedrängten waren jedoch seine gesunden Gliedmaßen lieber als der Gaul des Herrn Gutsbesizers und schlug er deswegen jedesmal, wenn das Tier auf ihn einspringen wollte, diesem mit einem Stoß über die Nase.

Als das Pferd in richtiger Erkenntnis, daß Stoßschläge weh tun, dem Schenkelfeud des fähigen Reiters nicht mehr gehorchte, sprang dieser vom Gaul herunter und drang mit der Reitpeitsche in der Rechten auf den Verfolgten ein.

Als er jedoch zum Schläge ausdolen wollte, erhielt er einen Stoß über den Arm, so daß er die Peitsche fallen lassen mußte.

Wie unser Genosse behauptet, habe er aus Furcht, der Herr Schulte würde eventuell seinen Revolver ziehen und schießen, blindlings darauf losgehauen. Der Herr Gutsbesitzer will aber nur den einen Schlag über den Arm erhalten haben.

Bei ihrer polizeilichen Vernehmung, wie im Termin bestritten beide Angeklagten, sich strafbar gemacht zu haben, denn von dem Vorhandensein einer Revolver- oder Warnungstafel war ihnen nichts bekannt. Ferner hatten sie in berechtigter Notwehr gehandelt und dies Recht nicht überschritten.

Trotzdem kam das Gericht zur Verurteilung beider. Und zwar erhielt der, der vor den Angriffen des Schulte geflohen war, eine Geldstrafe von 20 M. subsidiär, während der andere, den der Gutsbesitzer besonders bedrängte, mit 2 Monaten Gefängnis und 40 M. Strafe belegt wurde. Berufung ist selbstverständlich eingelegt.

### Darf eine Leiche getragen werden?

Der Transport von Leichen ohne Verletzung eines Leichenwagens, d. h. das Tragen von Leichen nach dem Friedhof, ist durch eine Polizeiverordnung des Amtsdirektors zu Ramin verboten worden. Konpost sollte sich dagegen vergangen haben. Das Landgericht Deutsch sprach ihn jedoch frei, weil es die Verordnung für nicht gültig erachtete. Dieses Urteil wurde vom Kammergericht aufgehoben. Das Landesgericht soll sich nochmal mit der Sache befassen. Das Kammergericht führte aus: Es könne dahingestellt bleiben, ob die Verordnung etwa aus gesundheitspolizeilichen Gründen hätte erlassen werden können. Nach ihrem Inhalt ist sie eine Transportverordnung, die den Verkehr auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen vor Benachteiligung bewahren sollte. Sie sei deshalb rechtmäßig, und zwar mit Rücksicht auf § 6b des Polizeiverordnungsgesetzes, wonach zu den Aufgaben polizeilicher Regelung die Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen usw. gehöre.

### Wegen fünf Pfennigen vor dem Schwurgericht!

Daß sich das Schwurgericht auch mit an sich ganz nichtigen Sachen zu beschäftigen hat, zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht. Der Vater Pfüller, der im Nachbarort Auerswalde wohnt und in Chemnitz arbeitet, wurde am Abend des 26. April auf der Station Auerswalde angehalten, weil an seiner Fahrkarte Veränderungen sichtbar waren. P. hatte eine Fahrkarte vierter Klasse von Götha bis Untervittgensdorf für 10 Pfennig gelöst, war aber bis Auerswalde, eine Station weiter gefahren. Diese Fahrt hätte 15 Pfennig gekostet. Pfüller bezahlte nun die verlangten 10 Pfennig für die Strecke zwischen den letzten Stationen. Weil aber die Fahrkarte infolgedessen verändert worden, als die Endstation unkenntlich gemacht worden war, und P. bei der Feststellung große Verlegenheit zeigte, aber leugnete, daß er den Stationsnamen weggekragt habe, wurde die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. Eine Eisenbahnfahrkarte gilt als inländische öffentliche Urkunde. Deshalb kam die Sache vor das Schwurgericht, wo sich Pfüller wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugsversuches zu verantworten hatte. Die Geschworenen nahmen aber nur Beschädigung der Urkunde, nicht Fälschung an und verneinten die Schuldfragen. Daraufhin erfolgte Freisprechung.

### Ungeredete Freisprechung.

Der Großgrundbesitzer Hochheim von Schaffstädt hatte den Arbeiter Kammer des Diebstahls beschuldigt. Die Beschuldigung stellte sich aber gelegentlich der Vernehmung vor der Polizei als durchaus ungeredfertig heraus. Hierbei tat Hochheim in Beziehung auf Kammer die Äußerung: „Das ist die moderne Sozialdemokratie. Während andere Leute sich plagen, gucken die Spitzhüben zum Fenster hinaus und lachen einem aus.“ Kammer fühlte sich durch jene Äußerung beleidigt, klagte und das Landgericht Schöffengericht verurteilte Hochheim zu zehn Mark Geldstrafe. Die Halle'sche Strafkammer hob aber auf eingelegte Berufung Hochheimers das Urteil auf, sprach Hochheim frei und legte Kammer die Kosten zur Last. Begründend hieß es, die Äußerung sei nur allgemein anzufassen und nicht direkt auf den Kläger zu beziehen. — Das Urteil entspricht toder dem Recht noch der auch von der Halle'schen Strafkammer, insbesondere gegen Sozialdemokraten geübten Praxis. Aber — es gibt keine Klassenjustiz.

### Was schimpfen Sie, Herr Lizenziate?

An die Taten des Herrn Wahn erinnert ein vor der Halle'schen Strafkammer verhandelter „Eiternprozeß“. Zwei Studenten hatten den Kaufmann Schlüter, der Pariser Gummiartikel vertreibt, gebeten, ihrem Freunde, einem frommen Theologen, eine Zeitschrift über Gummiartikel anzufertigen. Der Theologe fühlte sich durch Zusendung der Zeitschrift in seinen sittlichen Gefühlen verletzt, entriestete sich entsprechend, ließ zum Staatsanwalt und die Folge davon war, daß Schlüter wegen Verbreitung unzulässiger Schriften und Beleidigung zu 30 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Die Verhandlung fand auch noch wegen Sittengefährdung unter verschlossenen Türen statt. Und doch verbreiten „par'lose“ und, wie wir erst jüngst feststellten, agrarische Zeitungen straflos Äußerungen solcher „unzulässigen Artikel“ im Annoncensteil, während sie im redaktionellen Teil über die sündige Welt zetern.

### Die Reichspost als Arbeitgeber.

Vor dem Schwurgericht in Trier stand der 28-jährige Postbote K. K. K. aus Wittburg wegen Unterschlagung im Amte. Der Angeklagte wurde vor fünf Jahren als Hilfsbote angestellt. Später wurde er Postbote. Als er vor zwei Jahren heiratete, nahm er ein Darlehen von 450 M., das er in Monatsraten von 5 M. zurückzahlen sollte. Als er diesen Verpflichtungen nicht nachkam, wurde das ganze Darlehen zurückverlangt. Nach einem Dienstgange, auf dem er auch einige Rezipien besuchte hatte, fehlten ihm an einer Post-

antreibung einige Mark. Er dedie das Geld durch einen Vertrag, der ihm in amtlicher Eigenschaft ausgehändigt worden war. So machte er immerfort Erhebungen, um eine Verrentung durch die andere zu decken. Zuletzt war ein Heftbetrag von 80 M. vorhanden, der von seinen Schwiegereltern gedeckt wurde. Die Geschworenen billigten dem Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß er sich in einer Notlage befunden habe, mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis; ferner wurde er auf drei Jahre unfähig erklärt, ein öffentliches Amt zu bekleiden.

Wie fast in allen Postunterwerfungsprozessen, war es auch hier ein wahres Jammergehül, das den Beamten dem Verbrechen in die Arme getrieben hat. Der Mann sollte mit dem Hungerlohn von 60 M. monatlich eine Familie ernähren! Das sollte ihm die Verantwortlichen der Reichssozialpolitik mal vormachen, ohne zu zögeln.

#### Verurteilter Rechtsanwalt.

Vom Landgericht I in München ist am 8. April der frühere Rechtsanwalt Friedrich Wilhelm Schiffer zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem ein früheres freisprechendes Urteil aufgehoben worden war. Die erkannte Strafe ist mit zwei anderen noch unverurteilten Strafen zu einer Gesamtstrafe von einem Jahre acht Monaten vereinigt worden. Der Angeklagte hatte zehn Aktien zum Nominalbetrage von 10 000 M. zum Verkauf erhalten, aber keinen Käufer gefunden. Als ihm dann eine Wechselklage drohte, übergab er dem Rechtsanwalt seines Gegners die Aktien als Sicherheit dafür, daß er ihm eine erste Hypothek auf einem fremden Grundstücke einräumen werde. Diese Hypothek erhielt er aber nicht, worauf er nach Italien „reiste“. Einlösen konnte er die Aktien nicht. — Die Revision des Angeklagten, der den Vorfall der Unterwerfung bestritt und nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt haben will, wurde am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen.

### Literarisches.

Sozialistische Literatur. Zwei Vorträge von Paul Lench. Verlag der Leipziger Buchdruckerei, 1907.

„Einen Ueberblick über die sozialistische Literatur geben, heißt einen Ueberblick über die sozialistische Bewegung geben.“ Mit diesen Worten beginnt Genosse Lench seine Vorträge, und sie bezeichnen die Auffassung, womit er an die Arbeit gegangen ist. Sie sind gewissermaßen sein Programm. Man darf sagen, daß er dieses Programm gewissenhaft eingehalten hat. Nicht zwar als ob er in den zwei kurzen Vorträgen von zusammen 19 Druckseiten eine erschöpfende Behandlung der sozialistischen Bewegung hätte geben können. Aber er hat an der Hand des historischen Vordringens der Sozialdemokratie das Werden ihrer Literatur gezeigt und dadurch nicht nur diese Literatur, sondern auch die historische Entwicklung der Sozialdemokratie selbst in kurzen, treffenden Strichen gezeichnet; er hat gezeigt, unter welchen historischen Umständen die bedeutenden Werke unserer Literatur entstanden sind, und hat dadurch ihr Verständnis dem fleißigen Leser außerordentlich erleichtert. Dieser Gang der Darstellung führte ihn mehrfach zu der Erörterung der grundlegenden Fragen unserer Bewegung, und hier hat er auf gedrängtem Raume hervorragendes geleistet. Wir kennen wenige Schriften, die in gleicher Kürze eine solche Fülle von Arbeit enthalten. Wer nicht selbst sich mit den hier behandelten Gebieten schon näher beschäftigt hat, wird kaum ahnen, wie viel Fleiß und Schweiß des Verfassers in den wenigen Seiten steckt. Seine Darlegungen können geradezu als Grundriß und Plan eines ausführlichen Kurses über die Geschichte unserer Partei gelten.

Was den praktischen Nutzen der Schrift anlangt, so liefert sie uns den so lange schmerzlich entbehrten Führer durch die sozialistische Literatur. Allerdings mit der Einschränkung, daß er nur diejenigen gut führt, die schon einige, und sogar nicht einmal beträchtliche Vorkenntnisse haben. Wie schon bemerkt, ist die Darstellung historisch und deshalb im wesentlichen chronologisch, d. h. es werden die Werke in der Reihenfolge ihres Entstehens angeführt. Wer nun in der sozialistischen Bewegung sich praktisch und theoretisch schon fleißig umgibt hat, der wird zweifellos großen Nutzen daraus ziehen, wenn er sich an die von Lench gegebene Reihenfolge hält. Er wird dadurch sein schon erworbenes, aber ungeordnetes Wissen systematisieren, in Ordnung bringen, was ja die erste Vorbedingung zur Vertiefung und Bereicherung des Wissens ist. Gegen das Ende der Prosäure freilich, je mehr der Verfasser sich der Gegenwart nähert, desto mehr häufen sich die Bücherzitate, so daß dem Anfänger damit auch nicht viel gebietet ist. Das wird sich aber kaum anders machen lassen, wenn die Prosäure sich nicht zu einem umfangreichen Buch auswaschen soll. Es schadet aber auch nichts, denn wer bis dahin der Führung des Verfassers gefolgt ist, der kann sich dann selbst weiter helfen. Tüchtigen Anfänger, der überhaupt erst in die sozialistische Gedankenwelt den Eingang finden will, wird mit der chronologischen Reihenfolge nicht viel genützt sein. Er braucht eine logische Reihenfolge, d. h. eine vom leichteren zum schwereren fortschreitende Aufzählung der Literatur. Indessen muß anerkannt werden, daß sich beide Aufgaben in einer Schrift wohl kaum lösen lassen. Und so kann das Schriftchen von Lench als eine sehr wertvolle Bereicherung unserer Bildungsmittel warm begrüßt werden.

J. B.

### Verfammlungen.

Zentralverband der Maurer. In der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung des Zweigvereins Berlin erstattete der Kassierer Wartenberg den Kassenerbericht vom 1. Quartal. In den Zahlstellen und Sektionen wurden eingezogen 109 431,20 M., ausgegeben 12 381,74 M., bleibt ein Bestand von 157 049,46 M. Die Zweigvereinskasse hatte eine Einnahme von 191 366,77 M., eine Ausgabe von 55 784,47 M., einen Bestand von 135 582,30 M. — Am Schluß des Quartals hatte der Zweigverein 15 643 Mitglieder, davon sind 10 369 Maurer, 2577 Arbeiter, 2697 Gips- und Zementarbeiter.

Es wurde mitgeteilt, daß die durch Beschluß des Verbandstages erhobene Unterstufungsfrage am 1. Juli in Kraft getreten sind, was also auch für die Streifenunterstützung gilt.

Eine längere Debatte entstand darüber, ob der Lokalzuschlag zum Verbandsbeitrag, 5 Pf. wöchentlich, im gesamten Zweigverein zu zahlen ist. Die Zahlstellen der Maurer und die Sektion der Arbeiter hatten den Zuschlag bereits beschlossen, die Sektion der Gips- und Zementarbeiter dagegen hat ihn abgelehnt. Die Versammlung beschloß nun, daß der Zuschlag auch in der Gips- und Zementbranche zu erheben ist.

Ferner nahm die Versammlung die Wahl des Verbandsauschusses vor. Da dieselbe durch Stimmzettel stattfand, konnte das Resultat bis zum Schluß der Versammlung noch nicht festgestellt werden.

Die Filiale I des Zentralverbandes der Steinarbeiter nahm in ihrer am Freitag stattgefundenen Versammlung eine Sympathieerklärung für die kämpfenden Bauarbeiter an. Darüber berichteten wir unter „Der Kampf im Baugewerbe“.

Ferner wurde über die Unterwerfung der in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen beraten. Sowohl die durch den Kampf im Baugewerbe arbeitslos gewordenen, wie auch die anderen arbeitslosen verbeirateten Mitglieder erhalten aus der Zentralkasse die Streifenunterstützung, während die ledigen zur Abreise verpflichtet sind und unterliegen erhalten. Die Versammlung beschloß zu dem vom Zentralvorstand bewilligten Sägen bestimmte Zuschüsse aus der Ortskasse. Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß die Steinmehrer in Pienza seit Mitte vorigen Monats sich im Ausstand befinden, und daß wahrscheinlich in Berlin Streifenarbeit gemacht wird. Da jedoch hierüber noch keine Klarheit

geschaffen werden konnte, beauftragte die Versammlung den Vorstand, die Sache zu untersuchen. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Vertriebsmaurer der Firma Gebr. Frieside, Kunststeinfabrik in Brix, streifen, und daß die Firma nun Steinmehrer als Streifenbrecher heranzuziehen sucht. Wenn auch die Steinmehrer das Versehen als eine ihnen und nicht den Maurern zustehende Arbeit ansehen, werden sie sich selbstverständlich nicht als Lohnarbeiter der Firma Frieside gebrauchen lassen, die bisher der Billigkeit halber nur Maurer für diese Arbeit einstellte.

Der Zentralverband der Töpfer Deutschlands, Filiale Berlin, beschäftigte sich in einer am 5. Juni stattgefundenen Versammlung nochmals mit der Sache Huhn, die dadurch ihre Erledigung fand, daß Huhn sämtliche ihm von der Organisation übertragenen Ämter niederzulegen hat und in Zukunft keine Ämter mehr bekleiden kann. Ein Antrag, welcher besagt, Huhn soll zur Herstellung seiner Ehre die Firma Schuppmann wegen Beleidigung verklagen, wurde dadurch erledigt, daß Huhn erklärte, dies zu tun. Sodann wurde Stellung genommen zum Bauarbeiterkampf. Da die Zeit aber schon zu weit vorgeschritten war, wurde beschloffen, in kürzester Zeit eine neue Versammlung einzuberufen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, die Fäden in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen, durch strikte Durchführung des Boykotts und rege Beteiligung an der Flugblattverbreitung.

Mit der Lohnbewegung der Bäcker beschäftigten sich die zahlreich versammelten Mitglieder des Verbandes der Friseurgehülfen am Donnerstag im „Rosenthaler Hof“. Der Delegierte der Gewerkschaftskommission Volljahn und der Vorsitzende Schmidt erstatteten Bericht über den Verlauf des Lohnkampfes und gaben die Beschlüsse bekannt, welche dieserhalb angenommen wurden. Folgende Sympathieerklärung wurde von den Versammelten einstimmig angenommen: „Die im „Rosenthaler Hof“ versammelten organisierten Friseurgehülfen sprechen den im Lohnkampfe befindlichen Bäckergehülfen ihre vollste Sympathie aus und wünschen, daß es ihnen gelingen werde, den Kampf siegreich zu beenden. Die Friseurgehülfen verpflichten sich, den verhängten Boykott wirksam zu unterstützen. Der Kampf gegen das Kost- und Logiswesen, unter dem auch die Friseurgehülfen noch zu leiden haben, muß energisch durchgeführt werden. Der Kampf gegen diese Uebelstände der mittelalterlichen Zustände verbindet die Bäcker und Friseurgehülfen gemeinsam gegenüber dem profanen Benehmen der Arbeitgeber. Der Kampf der Bäcker ist der unsere.“ Hierauf hielt Genosse Volljahn einen Vortrag über soziale Gesetzgebung.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Jülich. Dienstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Palt, Dragonerstr. 15: Außerordentliche Generalversammlung.

Allgemeine Familien-Verbände. Heute: Jahrlag Kaserstr. 123 bei Welschling von 3-8 Uhr.

Verein der Verheirateten Jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. (Abteilung Koaliti VIII u. IX.) Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 9. Juni, nachm. 2 1/2 Uhr, bei Pieleke, Baldui 8.

Polnische Sozialisten zu Berlin. Montag, den 10. Juni, abends 9 Uhr: Versammlung der Feuerstein, Alte Kottb. 75. Die Parteigenossen werden ersucht, ihre polnischen Mitarbeiter auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

### Vermischtes.

Der verunglückte Bahnhof. In dieser im vermischten Teil der Nummer 129 vom 6. Juni 1907 enthaltenen Notiz schreibt die königliche Eisenbahndirektion: „Im Interesse der zahlreichen Arbeiterklasse der am Rosenkammer gelegenen Werke der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske wurde auf Kosten dieser Gesellschaft der Haltepunkt Fürstenbrunn mit größter Beschleunigung errichtet und vor etwa zwei Jahren in Betrieb genommen. Das im Enteignungsverfahren zu erwerbende Gelände für den eisenbahntauglichen vorgelassenen bahneigenen Zugangsweg konnte bis zur Inbetriebnahme nicht beschafft werden. Die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske legte deshalb nach Vereinbarung mit der Mineralwasserfabrik „Quelle Fürstenbrunn“ auf deren Grundstück einen vorläufigen Zugangsweg an. In Rücksicht auf Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Charlottenburg, die auf eine Aenderung des ursprünglichen Planes für die Bahnhofsanlage abzielten, aber noch nicht abgeschlossen sind, konnte das Enteignungsverfahren bisher nicht durchgeführt werden.“

Zur Abklärung des Weges zum Haltepunkt um 1 bis 2 Minuten waren die Jahrgäste eigenmächtig über das Waltersche Privatgrundstück — an der Stelle, wo der bahneigene Zugang vorgehen soll — gegangen. Ebenso wie bereits im März d. J. die Eisenbahnverwaltung durch Schließen einer Jaulücke auf ihrem Grundbesitz diesem widerrechtlichen Betreten des Walterschen Grundbesitzes vorzubeugen suchte, hat der Grundbesitzbesitzer Walter neuerdings — und mit vollem Recht — durch Abbruch des Grundbesitzes aus von seiner Seite aus dessen Betreten unmöglich gemacht. Es ist demnach nicht richtig, daß dadurch, daß der Grundbesitzbesitzer des Bahnhofsvorlandes den Zugang zum Bahnhof durch einen Zaun unmöglich gemacht hat, der Bahnhofsbetrieb hätte eingestellt werden müssen. Der Zugang zum Bahnhof Fürstenbrunn ist nach wie vor gesichert. Aber wie!

Ein Fontane-Denkmal wurde gestern in Neu-Ruppin, dem Geburtsort Theodor Fontanes enthüllt.

#### Der Kaiser vor Gericht.

In Lit- und Westpreußen ist der Kaiser belänlich Grundbesitzer. Als solcher ist er auch nicht von Prozessen verschont geblieben. Wie die „Elbinger Zeitung“ berichtet, wurden gegen den Kaiser 4 Prozesse geführt. Alle vier Prozesse hat der Kaiser verloren, trotzdem seine Anwälte es an Eifer und Mühe gewiß nicht fehlen ließen. Als die Gaffnerbahn den kaiserlichen Gütern von Cabinen verlagte, wurde er verurteilt zur Anerkennung des Wegerechts, wodurch die öffentliche Haltestelle Cabinen überhaupt erst möglich wurde. In dem Prozeß mit seinem Richter in Neuberg, einem Bestandteil von Cabinen, wegen Reparaturarbeiten im Betrage von etwa 20 000 M. erkannte das Elbinger Landgericht die kaiserlichen Ansprüche nur zum zehnten Teil an und legte dem Gutsherrn von Cabinen auch neun Zehntel der Kosten zur Last. In dem Prozeß gegen den Romintener Gastwirt auf vorzeitige Kündigung des Gasthofs wegen angeblicher Vertragswidrigkeit konnte das Landgericht Justerburg den Ansprüchen des Kaisers nicht stattgeben, und endlich verfiel die gegen diesen Gastwirt gerichtete und auf Entziehung der Schankerlaubnis lautende Klage dem Schicksal der Abweisung, welches Urteil der Bezirksausschuß in Gumbinnen fällte.

Ein Wirbelsturm ging über Teile von Illinois, Indiana und Kentucky hinweg und verursachte viele Verluste an Menschenleben sowie großen Schaden an Eigentum. Bei einem Wollenbruch in Greensburg (Kentucky) wurden 15 Personen getötet.

### Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Ranon. Montag: Weisling von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Die Regimentstochter. Donnerstag: Launischer. Freitag: Carmen. Sonnabend: Geflohen. Sonntag: Pignon. Montag: Salome. (Anfang 8 Uhr.)  
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Ein Fallstrick. Montag: Die Rabensteinerin. Dienstag: Die Welt, in der man sich langweilt. Mittwoch: Die Rabensteinerin. Donnerstag: Ein Fallstrick. Freitag: Die Rabensteinerin. Sonnabend: Geflohen. Sonntag: Die Rabensteinerin. Montag: Ein Fallstrick.  
Neues königl. Opernhaus. Sonntag: Ranon. Montag: Weisling von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Die Regimentstochter. Donnerstag: Launischer. Freitag: Carmen. Sonnabend: Geflohen. Sonntag: Pignon. Montag: Salome. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater O. Sonntag: Ranon. Montag: Weisling von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Die Regimentstochter. Donnerstag: Launischer. Freitag: Carmen. Sonnabend: Geflohen. Sonntag: Pignon. Montag: Salome. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Ranon. Montag: Weisling von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Die Regimentstochter. Donnerstag: Launischer. Freitag: Carmen. Sonnabend: Geflohen. Sonntag: Pignon. Montag: Salome. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Sonntag bis Montag: Drei Paar Schuhe.

Voss-Theater. Sonntag: Die Hedermaus. Montag bis Sonntag: Geflohen.

Deutsches Theater. Sonntag bis Montag: Der Jongleur. Neues Theater. Sonntag bis Montag: Die Gondolier.

Kaisers Theater. Sonntag bis Montag: Die Welt ohne Männer. Neues Theater. Sonntag bis Montag: Frank Bedelund.

Prinzen-Theater. Sonntag bis Montag: Maria Stuart. Abends und allabendlich: Das Mittel seiner Ehe. Sonntag: Maria Stuart. Abends: Die Schmutzler. Sonntag: Maria Stuart. Abends: Die Schmutzler. Montag: Die Schmutzler.

Bernhard-Rose-Theater. Sonntag bis Montag: Die rote Nase. Großes Reinemachen. Die Jäger. Abends: Der große Unbekannte. Ab Montag: Die rote Nase. Großes Reinemachen. Die Jäger.

Neuburg-Theater. Abends: Haben Sie nichts zu vergolten? Werpol-Theater. Abends: Der Zerkel laßt dazu.

Thalia-Theater. Sonntag bis Montag: Charles Fante. Apollo-Theater. Abends: Der lustige Witwer. Spezialitäten.

Walhalla-Theater. Spezialitäten. Reichshallen-Theater. Sittlicher Sänger. Vossage-Theater. Spezialitäten.

Wintergarten. Abends: Spezialitäten. Nigoro-Theater (im Hofes Caprice). Abends: Geisteraus Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.

Carl-Sauerland-Theater. Spezialitäten. Gustav-Wehrand-Theater. Berlin W., Goltstr. 9. Die Katzen in der Perücke. Spezialitäten.

Krona-Theater. Taubenstraße 48/49. Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat. Dienstag und Sonntag: Von der Jagdwild zum Bahmann. Freitag: Im Lande der Winternacht. Anfang 8 Uhr.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde Andrei Friedrichstr. 16, Anfang 4, eine Treppe (Gandelsstraße-Vorkasse, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentags von 7 bis 9 Uhr abends. Sonntag: 7 bis 9 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid mit einer Frist als Verzögerung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Billige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

U. S. 100. Den Schwestern steht zusammen ein Anspruch auf die Hälfte des Nachlasses ihrer Schweltern zu. Geht der Anspruch nicht in Güte durch, so können Sie sich an das Gericht wenden. — R. S. 100. Ja, die Kasse selbst kann durch Erkundung von den Berufsangehörigen verlangt werden. — R. S. 92. Wenn die Ferienspiele beginnen, werden wir näheres veröffentlichen. — R. S. 20. Die Polizeikasse könnten Sie auf Grund des § 185 des Strafgesetzbuches anstrengen und haben auch Aussicht, dieselbe zu gewinnen, wenn Sie die Neugier durch Zeugen befunden lassen können. Sonst wäre von einer Klage abzuraten. — Vermischtes.

1. Ein Unklarer kann nach der herrschenden Praxis, die allerdings im Widerspruch mit den Staatsverträgen steht, ohne Grund ausgewiesen werden. 2. Ja. 3. Ja, aber der Beweis des Zusammenhanges der Bunde mit dem Leiden muß geführt werden und ebenfalls muß bewiesen werden, daß die Folgen erst jetzt bemerkbar geworden sind. — O. S. 27. Das während der Ehe Erworbenes ist Eigentum Aveds Balers geworden. Die Auflösung Aveds Balers entspricht also dem Gesetz. — R. S. Schwelternstraße. 1. bis 3. Auf Antrag an die Eisenbahndirektion kann Ermäßigung gewährt werden. — R. S. 27. 1. Nein. 2. Dagegen läßt sich leider nichts tun.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktkauf-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 66 68 pr. 100 Pfd., IIa 60-65, IIIa 55-56, Bullenfleisch Ia 62-66, IIa 52-60, Rühge, fett 50-58, do. mager 38-48, Brasser 50-62, Wurst, dün. 0,00, do. hell 0,00, Kalbfleisch, Doppelpacker 100-125, Rastfäßer Ia 88-94, IIa 76-84, IIIa 0,00, Kälber ger. 50-65, do. hell 60-65, dün. 0,00, Hammelfleisch Rastkammer 70-74, Ia 65-70, IIa 58-65, Schmalz 53-58, Schweinefleisch 47-54, Schmalz Ia per Pfund 0,60-0,73, IIa 0,70-0,58, Rohwoll, Wollsch 0,56-0,59, Damwid, Wollsch 0,00, Bilschweine 0,35-0,40, Frischfleisch 0,00, Kaninchen per Stück 0,90-0,75, Hühner, alte, per Stück 1,45-1,80, IIa 1,00-1,40, do. junge 0,50-0,80, Bolognabühner 1-1,75, Tauben 0,40-0,55, Haisische 0,00, Enten per Stk. 1,50 bis 1,80, dito Gls. per Stk. 0,00, do. Hamburger per Stk. 1,75-4,00, Wänse per Pfd. 0,80-0,85, do. per Stk. 2,00-2,50, do. Hamburger per Pfund 0,80-0,90, per Stk. 3,50-5,00, Ghalonsbühner IIa 1,50, Deutsche per 100 Pfund 94-109, groß und mittel 0,00, dito matt 75, dito groß 88, Zander 150, Seltene, hell 85-97, dito klein 115-125, do. 86-108, Kote, groß 121-127, do. klein und mittel 0,00, dito mittel 110-126, do. unsortiert 85-107, Wägen 0,00, do. klein 0,00, do. matt 0,00, Karpen 0,00, do. 0,00, Hele 0,00, Bunte Fische 45-69, Barie 0,00, do. matt 0,00, Karasische 74-82, Bleifische 0,00, Hele 0,00, Wlad 62-72, Crapen 60, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 70, Seelachs 15-20, Sprotten, kleiner, Wall 0,00, Dausiger, Riste 0,00, Rundern, kleiner, Etage Ia 3-6, do. mittel der Riste 2-3, Hamd. Fische 4-6, halbe Riste 2,00-3,00, Wäflinge, kleiner der Wall 2,00-3,50, Straubler 2,00-3,00, Kote, groß per Pfd. 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Heringe per Schock 5-9, Scheffelgroß Riste 5,00-7,00, 1/2 Riste 3-3,50, Kabsan, geräuch. per 100 Pfd. 15-20, Dorsch, Riste 2,50-3,50, Heilfische, Schock 2-6, Sardellen, 1900er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 95, 1906er 85-90, Schottische Vollhering 1905 0,00, large 40-44, fall. 38-40, med. 36-42, deutsche 37-44, Geringe, neue Matjes, per 1/2 To. 50-100, Garbieren, russ. 7-7, 1,50-1,60, Präheringe, Wäfler (4 Alter) 1,25-1,50, Neunaugen, Schock 11, klein 5-6, Neunaugen 14, Eier, Land, unsort. Schock 3,20, gr. 3,75, Butter per 100 Pfd. Ia 106-108, IIa 105-106, IIIa 100-102, abfallende 90-95, Saure Butten Schock 4,50, do. neue 6-8, Pfersgeruten 4,50, Rostfein per 100 Pfund magnum bonum 3,25-3,75, Dabersche 3,00-3,50, Rosen 0,00, weiche 3,00-3,25, Salzfartoffeln 0,00, Svinat per 100 Pfund 6-10, Karotten, hiesige, Schock 2,50-6,00, Sellerie, hiesige, per Schock 10,00-25,00, do. pommerische 0,00, Zwiebeln große, per 100 Pfund 0,00, do. kleine 0,00, do. hiesige (Preis-) 0,00, Charlotter 0,00, Peterlinge, grün, Schock 0,80-1,00, Kohlrabi Schock 0,80-1,50, Kettig, bayr., neue Stück 0,12-0,16, Nordbraten p. 100 Pfd. 4,00-8,00, Tellerer Rüben per 100 Pfd. 0,00, Weiße Rüben, große 0,00, kleine 0,00, Rote Rüben 0,00, Alumentoffel, holländischer per Kopf 0,10-0,20, Kohlraben per Schock 2,00-3,00, Springkohl holländ., per Schock 0,00, Koffel holländ., per Schock 0,00, Weißkohl, dün. per 100 Pfd. 0,00, Rosenkohl per 100 Pfd. 0,00, Sprinkohl per 100 Pfund 0,00, Khabarder 100 Pfund 0,60-3,50, Bergdorfer per 100 Pfund 0,00, Korkeln per Pfund 0,00, Sandmorcheln per 100 Pfd. 0,00, Waldmeister per Mandel 0,30-0,45, Rabieschen per Schock 0,50-1,00, Enlat per Schock 0,60-1,75, Spargel Ia 100 Pfd. 40-58, do. IIa 25-35, do. IIIa 10-20, do. unsort. 0,00, do. Weiliger Ia 45-58, do. Weiliger IIa 30-40, do. Weiliger IIIa 15-28, Sichelberren, grün, per 100 Pfd. 11-13, Birnen, austral., in Bissen von 20 Stk. Riste 12-22, ital. 0,00, Kestel, per 100 Pfd., hiesige 20-25, Äpfel, Riste 0,00, Galvise, Riste 0,00, Australier in Bissen 8-22, Italienische in Bissen 0,00, extra 0,00, Zitronen, Messina, 300 Stück 0,00-12,00, 300 Stück 8,50-13,00, 200 Stück 6,00-12,00, Apfelsinen, Rasse, per Riste 0,00, Murcia 200er Riste 0,00, do. 300er 0,00, Valencia 420er Riste 18,00-25,00, do. 714er 22-30,00, Messina, 100er 4-7,00, 150er 5-8,00, 16er 8-12,00, 200er 7,50-12,50, 300er 0,00, Blut 100er 5,50-9,00, do. 150er 7-9,00, 60er 6-7,50, 200er 13-14.

Witterungsübericht vom 8. Juni 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C
Stettin	760,2	SW	3	13,0	Königsberg	760,0	SW	3	12,0
Hamburg	760,2	SW	3	13,0	Petersburg	763,0	SW	3	12,0
Berlin	761,8	SW	4	13,0	Wien	768,0	SW	3	12,0
Frankfurt	764,8	SW	1	11,0	London	767,0	SW	3	12,0
München	764,8	SW	2	13,0	Paris	763,0	SW	3	12,0
Wien	760,2	SW	3	12,0					

Wetter-Prognose für Sonntag, den 9. Juni 1907.

Wärmer, zunächst vielst. heiler bei mäßigen fühlbaren Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und etwas Regen zu erwarten.

Berliner Wetterbureau.



**Nieder-Schönhausen.**  
 Beuthstr. 11, Krüger.  
 19, Eger.  
 Manfenergerstr. 18, Hübner.  
 Buchholzerstr. 8, G. Richter.  
 Wafanenstr. 28, Harbke.  
 Waldstr. 21, Luz.  
**Ober-Schöneweide.**  
 Edisonstr. 9, Peter.  
 Reichenstr. 2, Peter.  
 Ratsenauerstr. 31, Peter.  
 Zaberstr. 2, Peter.  
 35, Seidelmann.  
**Pankow.**  
 Brechmstr. 52, F. Danke.  
 Binzstr. 3, Denben.  
 Mühlentstr. 32, Müller.  
 Wolanstr. 68, F. Danke.  
**Wiesensee.**  
 Charlottenstr. 12, Thiele.  
**Reinickendorf.**  
 Berlinerstr. 104, Kaj.  
 134, Gottschall.  
 Grüner Weg 51/52, Max Rodrow.  
 Markstr. 12/13, Bollmer.  
 Provoststr. 51, Langer.  
 80, Schwarz.  
 129, Schneider.  
 Residenzstr. 61, Witte.  
 105, Giesch.  
 118, Brode.  
 Willestr. 62, Neue Berliner Genossen-  
 schaft "Nixdorf".  
**Nixdorf.**  
 Alleestr. 3, Perleke.  
 46, Reddi.  
**Bergstr. 12, Danke.**  
 54, Schenck.  
 Berlinerstr. 16/17, Schibgill.  
 20, Boigländer.  
 86, O. Danke.  
**Bodestr. 16, Eger.**  
 31, Topf.  
 Eibestr. 1/2, O. Danke.  
 6, Kirchhüter.  
 15/16, Lunow.  
 Emmerstr. 78, König.  
 Erlangerstr. 8, Wehlteber.  
 Kallstr. 1, Bäckerei-Genossenschaft  
 "Berlin".  
 Kallstr. 25/26, Perleke.  
 Kiebelstr. 3, Normul.  
 Klotzstr. 32, Kunz.  
 Heidebergerstr. 76, O. Danke.  
 Herdstrasse, Hlamer.  
 Hermannstr. 19, Bäckerei-Genossen-  
 schaft "Nixdorf".  
 Hermannstr. 28, Mertens.  
 Hermannstr. 159a, Hagen.  
 54, Hildebrand.  
 118, Barth.  
 170, Thaler.  
 175, Koczaneck.  
 231, Karl.  
 Herrfurthstr. 28, Knur.  
 34, O. Danke.  
 7, Bäckerei-Genossen-  
 schaft "Nixdorf".  
 Herrfurthplatz 10, Schmutz.  
 Hohenstr. 71, Frode.  
 Hohenstrassenplatz 6, O. Danke.  
 Jannstr. 30, Krause.  
 Jannstr. 7, Red.  
 11, Bäckerei-Gen. "Berlin".  
 Jägerstr. 63, Romiger.  
 Jannstr. 7, Wien.  
 Neue Jannstr. 33, Puls.  
**Karlsgartenstr. 19, Vonnach.**  
 Kaiser Friedrichstr. 25, Barth.  
 31, Schmidt.  
 345, O. Danke.  
**Knefelstr. 33, Gallet.**  
 38, Wolf.  
 41, Belgig.  
 68, Richter.  
 146, Dabowatz.  
**Kopstr. 38, Bäckerei-Genossenschaft  
 "Nixdorf".**  
 Kopstr. 45, Hoppe.  
 Kottbuser Damm 103, O. Danke.  
 Köpenicker Ufer 72, Müller.  
 Kessingstr. 34, Perleke.  
 Krahowerstr. 6, Barth.  
 Kriegerstr. 15/16, Bruner.  
 56, Döbler.  
**Mänchenstr. 18, Wöller.**  
 25/26, Bäckerei-Genossen-  
 schaft "Nixdorf".  
**Mänchenstr. 44, Belgig.**  
 Rausenstr. 33, Sehl.  
 Riemerstr. 10, Bach.  
 Rogatzstr. 32, Orledat.  
 Rannierstr. 4, Riemer.  
 13, Fischmann.  
 20, Runder.  
 27, Kuchler.  
 34, Spura.  
 57, O. Danke.  
**Pflügerstr. 70/71, Linsener.**  
 Prinz Jandjersstr. 58, Barth.  
 70, Schmidt.  
**Reuterstr. 33, Spletzthier.**  
 76, Pöbel.  
 94, Lehmann.  
**Richardstr. 23, Ehrentraut.**  
 63, Lüblke.  
**Schöneweidestr. 9, Bäckerei-Genossen-  
 schaft "Nixdorf".**  
**Seldomerstr. 23/24, Grünhagen.**  
 Siegfriedstr. 48, Bintel.  
 Steinmehstr. 34, O. Danke.  
 39, Senftleben.  
 46, Perleke.  
**Steinmehstr. 121, Böhlig.**  
 129, Bäckerei-Genossen-  
 schaft "Berlin".  
**Thomasstr. 37, Redig.**  
 Thuringerstr. 7, Barth.  
 18, Klein.  
**Wartstr. 9, Giesler.**  
 15, Kantenhl.  
**Welschstr. 13, Hagemann.**  
 31, Schwarz.  
 55, Fischmann.  
 60, Gollensberg.  
**Wellestr. 2, Bäckerei-Genossenschaft  
 "Nixdorf".**  
**Wellestr. 24, Bäckerei-Genossenschaft  
 "Berlin".**  
**Wellestr. 28, Winde.**  
 73/74, Wolf.  
**Weserstr. 47, Ried.**  
 168, Wielig.  
**Wielandstr. 27, Reich.**  
**Wilmannstr. 7, Troster.**  
 29, Krüger.  
**Zietenstr. 20, Bäckerei-Genossenschaft  
 "Nixdorf".**  
**Zietenstr. 41, Eger.**  
**Rudow.**  
 Köpenickerstr. 84, Belgig.  
**Schöneberg.**  
 Barbarossastr. 67, Bethel.  
 Belgierstr. 61, Kersch.  
 Oberstr. 42, Reich.  
 Eisenacherstr. 83, Mähler.  
 Erdmannstr. 5, Kulinski.

Der Brotfabrikant **Geinrich Wittler**, Müllerstr. 33/34, hat die Unterschrift der Bewilligung, die sein Bruder gegeben hatte, zurückgezogen, dann hat er ebenfalls versucht, einzelne ältere Kollegen als Streikbrecher zu kaufen, um alle übrigen, teils lange Jahre bei ihm tätige Familienväter, aufs Straßenspflaster zu werfen, was natürlich ebenfalls mißlang. Die hierauf angebahnten friedlichen Verhandlungen, an denen außer den Arbeitern noch Werner vom Transportarbeiter-Verband und Geshold vom Bäcker-Verband teilnahmen, scheiterten, weil der reichgewordene Wittler kurz und schroff den Arbeitern mit folgenden Worten die Türe wies: „Wem nicht paßt, der geht und mit den Verbänden überhaupt will ich in Zukunft nichts mehr zu tun haben!“ Wittler ist mit Obermeister Schmidt und Liebig-Reinickendorf in der Leitung der Großbetriebsvereinigung, daher die Scharfmacherstellung. — Die Verbandsmitglieder haben darauf einmütig die Arbeit niedergelegt.

Die **Blottner'sche Großbäckerei** hat ihre Bewilligung in der hinterhältigsten Weise durchbrochen, sogar die Arbeiter noch verhöhnt. Die Verbandsmitglieder, denen die Firma sogar einen Judaslohn von 20 Mark für Streikbruch anzubieten wagte, haben hierauf einmütig die Arbeit niedergelegt, worauf Herr Blottner versuchte, Arbeitswillige durch die Zünnungen und seinen Freund, den bekannnten Kommissionär Knuth, Krautstr. 33, der den Gesellen 3—10 Mark und mehr für jede elende Arbeit abnimmt, einzustellen.

Durch den **Hefe-Terrorismus** der Bäcker-Zünnungen waren, nur um am Sonnabendabend Hefe zu erlangen, 25 Bäckermeister gezwungen worden, im Zünnungshaus, Chausseest. 110, die Zurückziehung der Bewilligung der Gesellenforderungen zu unterschreiben. Der größte Teil davon hat aber sofort in derselben Nacht oder am anderen Tage der Streikleitung erklärt, daß die Unterschrift bei der Zünnung nur eine unter den Umständen erzwungene und daher ungültige sei. Nach Recherche durch die Streikleitung haben folgende **Bäckerei-Inhaber** erklärt, daß sie die

**Bewilligung zurückziehen:**

- Bruno Barth**, Drontheimerstr. 13.
- August Boekisch**, Kostizstr. 9.
- Otto Mörhe**, Kostizstr. 49.
- Reinhold Kruppe**, Böttcherstr. 5.
- Schön**, Mühlentstr. 51.
- F. Dähne**, Stralauer Allee 23.
- Ferd. Susiat**, Nixdorf, Falkstr. 21.
- F. Lorenz**, Nixdorf, Steinmehstr. 131.

Wir bitten das verehrliche Publikum, diese Namen in dem am Sonntag erscheinenden Flugblatt zu streichen.  
**Achtung, Kirchhofsbesucher von Nordend!** Den Kirchhofsbesuchern von Nordend teilen wir mit, daß die Bäckerei und Café von **Admus, Nordend**, gesperrt ist. Admus weigert sich hartnäckig, die Forderungen des Verbandes zu bewilligen.  
 Ferner bitten wir zu beachten, daß die Inhaber der Cafés **Holland**, Beuthstr. 19; **Schild**, Blumenstraße; **Meier**, Dresdenerstr. 128; **Nitter**, Koffstr. 2 Brot und Backwaren aus unbewilligten Bäckereien beziehen.

**Mitbürger! Arbeiter! Hausfrauen!**

Unterstützt die um **Bekämpfung ihrer Menschenrechte** streikenden Bäckergejellen.

Die verehrliche Bevölkerung von Berlin und Umgegend fordern wir hierdurch auf, falls sie aus bewilligten Bäckereien Ware haben wollen, in **denjenigen Stadtvierteln oder Straßenzügen, wo keine bewilligt habende Bäckereien vorhanden**

**Kundensammelstellen**

ihre Adresse gelangen zu lassen und zugleich mitzuteilen, wie viel Backware und Brot sie täglich brauchen und um welche Zeit die Ware geliefert werden soll.  
 Die Streikleitung wird dafür sorgen, daß den sich Meldenden auf dem schnellsten Wege die Ware ins Haus geliefert wird.  
 Auf Wunsch der dortigen Bevölkerung haben wir vorläufig folgende Kundensammelstellen eingerichtet:

- |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>C.</b><br/>         Goehnow, Parochialstr. 38.<br/>         Arnold, Spittelmarkt 3.<br/>         G. Wallberg, Kaiser Wilhelmstr. 18 a.</p> <p><b>W.</b><br/>         R. Koch, Kirchbadstr. 16.<br/>         Schmidt, Schwerinstr. 12, Hof IV.<br/>         F. Lehmann, Großgörschenstr. 27.</p> <p><b>SW.</b><br/>         Günsel, Alte Jakobstr. 172, Hof I L<br/>         C. Wetmer, Feilnerstr. 15.<br/>         W. Hermann, Laukwitzstr. 5, Stfl. III.<br/>         R. Werner, Eylauerstraße 2.<br/>         C. Müller, Kostizstr. 56, IV.</p> <p><b>NW.</b><br/>         Gaedke, Calvinstr. 6, linker Seitensügel 1 Lr.</p> | <p><b>Petermann</b>, Birkenstr. 28, Ecke Stephanstraße.<br/> <b>Eduard Nothe</b>, Flensburgerstr. 24.</p> <p><b>S.</b><br/> <b>G. Zieph</b>, Camphausenstr. 5.</p> <p><b>NO.</b><br/> <b>Walter Sieber</b>, Lippehnerstr. 24.</p> <p><b>O.</b><br/> <b>Germann Varentin</b>, Tilsiterstr. 81.</p> <p><b>N.</b><br/> <b>Otto Schellenberg</b>, Weichenburgerstr. 57<br/> <small>(erbetet 64, den Kunden kostlospreis Brot in N., O. und O. ins Haus zu bringen).</small><br/> <b>Paul Dietrich</b>, Friedenau, Lauterstr. 22 II.<br/> <b>Ender</b>, Friedrichsberg, Kronprinzstr. 17, Seitensügel I.<br/> <b>Hartmann</b>, Vohagen-Rummelsburg, Holteistr. 11.<br/> <b>Ferdinand Krause</b>, Hohen-Schönhausen, Berlinerstr. 66.<br/> <b>Pühl</b>, Dichtenberg, Pfarrstr. 74.<br/> <b>Thiessen</b>, Dichtenberg, Hagenstr. 56.</p> | <p><b>Knapp</b>, Ober-Schöneweide, Edisonstr. 44.<br/> <b>Emil Witte</b>, Pankow, Florastr. 45.<br/> <b>Gronau</b>, Reinickendorf-West, Waldstr. 65.<br/> <b>Otto Wedermann</b>, Steglitz, Fichtestr. 71, v. I.<br/> <b>Winkelmann</b>, Steglitz, Schloßstr. 104, Hof II.<br/> <b>Gülzow</b>, Steglitz, Niederlage, Forsterstr. 23.<br/> <b>Geidschmidt</b>, Steglitz, Niederlage, Marksteinstr. 1.<br/> <b>Klein</b>, Steglitz, Niederlage, Herthastraße.<br/> <b>August Jhrke</b>, Weihensee, Straßburgstr. 27.<br/> <b>Widlich</b>, Wilmerddorf, Berlinerstr. 37.</p> <p>Ferner die Verkaufsstellen des Berliner Consum-Vereins:<br/> <b>Michaelskirchplatz 4; Krautstr. 7; Zorndorferstr. 61;</b><br/> <b>Liebigstr. 7; Kopenikusstr. 33; Nostockerstr. 35;</b><br/> <b>Havelbergerstr. 6; Emdenerstr. 50; Erasmustr. 5;</b><br/> <b>Rummelsburg, Türschmidtstr. 6; Dichtenberg-Friedrichs-</b><br/> <b>berg, Frankfurter Chaussee 103; Kronprinzstr. 1;</b><br/> <b>Stralauer Allee 20a.</b></p> |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Wo das Bedürfnis vorhanden, werden wir auf Wunsch weitere Sammelstellen einrichten. Bäckermeister, die gewillt sind, auch für weitere Touren Lieferungen zu übernehmen, bitten wir, ihre Adresse im Streikbureau niederzulegen.  
 Falls bei der Lieferung im Anfang nicht alles nach Wunsch gehen sollte, bitten wir die verehrliche Bevölkerung um Nachsicht, aber bei der Hartnäckigkeit unserer Gegner um **energische Ausdauer.**

**Die Streikleitung.**

Zentral-Streikbureau: Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18. — Telephonruf: Amt III Nr. 1243.